



LEUCOREA
Sitzung des öffentlichen Rechts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Romy Höhne
Peer Pasternack
Steffen Zierold

**Ein Jahrzehnt
Hochschule-und-Region-
Gutachten für den
Aufbau Ost (2000-2010)**
Erträge einer Meta-Analyse

5'12

HoF-ARBEITSBERICHTE

Romy Höhne, Peer Pasternack, Steffen Zierold: **Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000-2010). Erträge einer Meta-Analyse** (HoF-Arbeitsbericht 5'2012). Hrsg. vom Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2012, 91 S. ISSN 1436-3550.

Bis zum Jahr 2000 dominierten in und in Bezug auf Ostdeutschland optimistische Wachstumserwartungen das politische Handeln. Seit spätestens dem Jahr 2000 sind die Problemlagen unabweisbar, die sich mit den Stichworten demografische Schrumpfung durch Veralterung in Folge geringer Fertilität und Abwanderungsmobilität, Produktivitätsrückständen und Unterkapitalisierung der Unternehmen sowie geringen Steueraufkommen verbinden. Daraus resultierten und resultieren unter anderem neue öffentliche Förderprogrammatiken. Diese wiederum werden regelmäßig evaluiert bzw. durch begleitende Analysen auf ihre Wirksamkeit hin untersucht. Ein Teil der Förderprogramme bezieht sich darauf, Hochschulen dafür zu ertüchtigen, zur Entwicklung ihrer Sitzregionen beizutragen. Mit den dazu vorliegenden Evaluationen und Studien – so darf angenommen werden – liegt ein Reservoir an handlungsbegleitend gewonnenem Wissen vor, das Erkenntnisse für die weitere Gestaltung einer abgestimmten Hochschul- und Regionalentwicklung bereithält. Dieses Wissen war bislang ungehoben, insbesondere im Hinblick darauf, was ihnen an fallübergreifendem Wissen zu entnehmen ist. Einer entsprechenden Auswertung widmete sich daher die vorliegende Untersuchung. Ausgewertet wurden 68 Evaluationen, Gutachten und Studien, die von 2000 bis 2010 entstanden und sich auf einzelne Förderprojekte, Förderprogramme, Hochschulen oder Regionen bezogen.

Until the year 2000, the political climate was dominated by optimistic expectations on the economic growth in Eastern Germany. However, the problematic issues of the region, such as demographic decline (as result of the low fertility and high migration mobility), productivity gaps, undercapitalization of enterprises and low tax revenues became obvious since 2000 at the latest. As a consequence, new public funding programmes emerged and are still emerging. These programmes were evaluated regularly or assessed for effectiveness in accompanying research. Some of these funding programmes aim at strengthening the capacities of universities to contributing to their regional development. The related studies and evaluations represent a rich resource of practical knowledge for future streamlined development of universities and its regions. This potential, and particularly its cross-case applications, was previously unexploited. The study at hand bridges this gap and analyses 68 evaluations, studies and reports, which were published mostly between 2000 and 2010 and refer to publicly funded projects, promotional programmes, universities and regions.

Der Report entstand im Rahmen des im Programm „Wissenschafts-ökonomie“ geförderten Verbundvorhabens „Hochschulstrategien für Beiträge zur Regionalentwicklung unter Bedingungen demografischen Wandels“ (RegDemo). Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01PW11011 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.



GEFÖRDERT VOM

**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**

Inhalt

Verzeichnis der Übersichten	4
Zentrale Ergebnisse	5
1. Problemstellung	9
2. Detailauswertungen	13
2.1. Bildungsfunktion der Hochschulen	13
2.1.1. Gestaltung des tertiären Bildungssystems.....	13
2.1.2. Studienplatznachfrage und -kapazitäten	16
2.1.3. Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung	18
2.1.4. Gewinnung neuer Studierendengruppen und neue Bildungsformen.....	20
2.1.5. Regionale Profilierung des Studienangebots	22
2.1.6. Zwischenfazit.....	23
2.2. Forschungs- und Transferfunktion der Hochschulen.....	26
2.2.1. Rahmenbedingungen der Forschung	26
2.2.2. Regionale Innovationsaktivitäten.....	29
2.2.3. Kooperationsaktivitäten.....	33
2.2.4. Absolventen als Unternehmer und Spin Offs.....	37
2.2.5. Zwischenfazit.....	39
2.3. Sozialräumliche Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit	42
2.3.1. Monetäre Auswirkungen.....	43
2.3.2. Regionale Arbeitsmarkteffekte	44
2.3.3. Stadtpolitik und Gewinnung neuer Akteure	45
2.3.4. Weiche Faktoren	45
2.3.5. Sozial- und geisteswissenschaftliche Transfereffekte.....	48
2.3.6. Zwischenfazit.....	49
3. Gesamtauswertung	53
3.1. Zusammenhangsannahmen, Erfolgs- und Risikofaktoren	53
3.2. Die Handlungsempfehlungen.....	57
3.2.1. Adressaten	57
3.2.2. Funktionsspezifisch: Bildung, Forschung/Transfer, Sozialraum.....	58
3.2.3. Ressourcen-, struktur- und prozessspezifisch	60
3.2.4. Vor- und Nachteilsbewertungen	62
3.2.5. Bestehende Umsetzungsaktivitäten	70

4. Schlussfolgerungen	73
4.1. Herausforderungen	73
4.2. Potenziale.....	75
4.3. Systematisierte Konzepte: Schema eines Handlungsprogramms.....	77
4.3.1. Problembestimmung, Zieldefinition, Zielhierarchie.....	78
4.3.2. Strukturen und Akteursbeziehungen qualifizieren	79
4.3.3. Prozessentwicklung.....	80
 Literatur	
Ausgewertete Studien	85
Weitere Literatur.....	88

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Auswertungsmodell	12
Übersicht 2: Handlungsempfehlungen zur Hochschulbildung im Überblick.....	25
Übersicht 3: Drittmittel pro Professor/Jahr nach Bundesländern (2009)	27
Übersicht 4: Handlungsempfehlungen zu Forschung und Transfer im Überblick.....	41
Übersicht 5: Handlungsempfehlungen zu sozialräumlichen Bedingungen und Effekten der Hochschultätigkeit im Überblick	51
Übersicht 6: Ressourcen-, struktur- und prozessorientierte Handlungsempfehlungen	60
Übersicht 7: Begründungen und konkurrierende Einschätzungen der Handlungsempfehlungen.....	63
Übersicht 8: Priorisierungsprozess	78
Übersicht 9: Die Handlungsempfehlungen im Überblick	81

Zentrale Ergebnisse

Die östlichen Bundesländer haben eine **Großtransformation** hinter sich gebracht und befinden sich mittlerweile in einer neuerlichen. Diese wird bestimmt und erzwungen durch den demografischen Wandel und den gleichzeitigen sukzessiven Abschied von transfergetriebener Entwicklung. Allerdings: Wie in anderen frühindustrialisierten Ländern, so wird auch in *ganz* Deutschland in den nächsten Jahrzehnten „Schrumpfung“ zu gestalten sein – lediglich die Zeitpunkte, zu denen sich der entsprechende Problemdruck als unabweisbar darstellt, werden regional unterschiedlich ausfallen. Der vergleichsweise frühe Zeitpunkt dieser Herausforderung und seine Verschärfung durch das Auslaufen von Finanztransfers und Sonderfinanzierungsmodalitäten erzeugen weniger eine ostdeutsche Sondersituation, sondern eher einen **Problemvorsprung** gegenüber Westdeutschland.

Bis zum Jahr 2000 dominierten in und in Bezug auf Ostdeutschland **optimistische Wachstumserwartungen** das politische Handeln. Seit spätestens dem Jahr 2000 sind die **Problemlagen** unabweisbar, die sich mit den Stichworten demografische Schrumpfung durch Veralterung in Folge geringer Fertilität und Abwanderungsmobilität, Produktivitätsrückstände und Unterkapitalisierung der Unternehmen sowie geringen Steueraufkommen verbinden. Daraus resultierten und resultieren unter anderem neue öffentliche Förderprogrammatiken. Diese wiederum werden regelmäßig evaluiert bzw. durch begleitende Analysen auf ihre Wirksamkeit hin untersucht.

Ein Teil der Förderprogramme bezieht sich darauf, Hochschulen dafür zu ertüchtigen, zur Entwicklung ihrer Sitzregionen beizutragen. Mit den dazu vorliegenden Evaluationen und Studien – so darf angenommen werden – liegt ein Reservoir an handlungsbegleitend gewonnenem Wissen vor, das Erkenntnisse für die weitere Gestaltung einer abgestimmten Hochschul- und Regionalentwicklung bereithält. Dieses Wissen war bislang ungehoben, insbesondere im Hinblick darauf, was ihnen an **fallübergreifendem Wissen** zu entnehmen ist. Einer entsprechenden Auswertung widmete sich daher der vorliegende Report.

Ausgewertet wurden 68 Evaluationen, Gutachten und Studien, die von 2000 bis 2010 entstanden waren und sich auf einzelne Förderprojekte, Förderprogramme, Hochschulen oder Regionen bezogen. Seitens der Auftraggeber waren die Evaluationen und Studien in der Regel mit der Auflage versehen, handlungsrelevantes Wissen zu generieren. Als **allgemeine Ergebnisse** der Auswertung lassen sich festhalten:

- Inhaltlich dominieren **ökonomische Betrachtungsweisen**. Der Handlungsbereich, Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen zu liefern, ist dagegen wenig ausgearbeitet.
- In der vergleichenden Betrachtung wird deutlich, dass sich die formulierten **Handlungsempfehlungen stark ähneln**.
- Aussagen mit stark verallgemeinernder Aussagekraft – wie die Empfehlung, Kooperationen und Netzwerkstrukturen zu fördern – überwiegen gegenüber der Benennung konkreter Maßnahmen und Wirkungszusammenhänge deutlich. **Konkrete Empfehlungen**, die sich mit der Entwicklung einzelner Regionen beschäftigen und einen weiteren Blick sowie weiter reichende Maßnahmenkataloge bieten, stellen **Ausnahmen** dar.
- **Thematisch** beziehen sich Überlegungen hinsichtlich der Effekte von Hochschulen auf die Region meist auf die Lehre und Ausbildung, Vermittlung von Absolventen sowie Kooperationen mit Unternehmen bzw. anderen regionalen Akteuren. Dabei wird meist ein Bezug zur Fachkräfteversorgung und (wirtschaftlichen) Innovationsfähigkeit der Regionen hergestellt.

- Die Auseinandersetzung mit dem **Schrumpfungsthema** spielt nur in einer kleinen Zahl der ausgewerteten Studien eine Rolle. Der regionalspezifische sozio-demografische Kontext wird häufig nicht oder nur unkonkret in die Überlegungen einbezogen. Dies wiederum betrifft insbesondere die Entwicklung der sog. weichen Standortfaktoren.

Sechs **Hauptprobleme** sind zu identifizieren, die sowohl die Situation in Ostdeutschland kennzeichnen als auch Herausforderungen für die dortigen Hochschulen markieren:

1. der Produktivitätsrückstand der Wirtschaft, welcher auf Schwächen der Innovationsstrukturen verweist, die wiederum wesentlich im geringen Umfang privat finanzierter Forschung und Entwicklung (FuE) gründen;
2. die sich anbahnende Fachkräftelücke in der regionalen Wirtschaft, alsbald aber auch im öffentlichen Beschäftigungssektor, welche die innerbetrieblichen Generationenübergänge gefährdet;
3. außerökonomische gesellschaftliche Verwerfungen, die soziale und finanzielle Kosten produzieren;
4. die unterdurchschnittlichen ostdeutschen Anteile an der bundesweiten Verteilung von Spitzenforschung (sog. Exzellenz);
5. die Notwendigkeit, in Folge der geringer werdenden relevanten Altersjahrgänge in Ostdeutschland die künftige Studienplatzauslastung aktiv zu organisieren, und die daraus folgende Anforderung, Angebote für eine heterogener werdende Studierendenschaft zu offerieren;
6. die problematische Entwicklung der Landeshaushalte mit nominalen Ausgabensenkungserfordernissen von bis zu einem Fünftel und realen, d.h. unter Einbeziehung von typischen Kostensteigerungen, von bis zu einem Drittel bis zum Jahre 2020 im Vergleich zu 2008.

Handlungserfordernisse bestehen im ostdeutschen Hochschulsektor zum einen in den zentralen Leistungsbereichen der Hochschulen – Lehre und Forschung –, zum anderen hinsichtlich ihrer sog. Third Mission, also gesellschaftlichen Aktivitäten und Wirkungen:

- In **Lehre und Forschung** ergeben sich Herausforderungen insbesondere hinsichtlich der Auslastung der Studienkapazitäten, der Bewältigung zunehmender Heterogenität der Studierendenschaft und der Sicherung wissenschaftlichen Nachwuchses. Um bestehende Leistungsreserven zu mobilisieren, erscheint zweierlei vordringlich: zum einen Organisations- und Personalentwicklungsanstrengungen zu unternehmen; zum anderen vorhandene Kooperationspotenziale mit den im jeweiligen Umfeld ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt zu nutzen.
- Die **Third Mission** dürfte für die ostdeutschen Hochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Erwartungen, die sich diesbezüglich an die Hochschulen richten, betreffen vor allem zwei Bereiche: die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region, Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen – weniger hingegen, ausweislich der ausgewerteten Studien, Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen.

Regionale Innovationsstrukturen benötigen Promotoren und Inkubationszentren:

- Als **Promotoren** können Politik, Verwaltung und Wirtschaft wirksam werden.
- Die **Inkubation** erfordert einen geschützten Raum, in dem Optionen durchgespielt werden können. Diesen Raum bietet die autonome Wissenschaft.

Indem die Hochschulen zu Inkubatoren regionaler Innovationssysteme werden, nehmen sie eine zwar regional fokussierte, aber nicht regional begrenzte oder begrenzende Aufgabe wahr: Die Hochschulen können regionale Wissensbedarfe dadurch bedienen, dass sie ihre jeweiligen Regionen an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -distribution anschließen.

Ein wichtiges Instrument, mit dem Hochschulen ihre regionalen Kontexte mit den ihnen eigenen Kompetenzen gestalten könnten, ist der Aufbau und die Unterhaltung eines **regional vernetzten**

Wissensmanagements. Dieses hätte die Aufgaben, ungenutztes Wissen zu aktivieren, die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anzuregen und gegebene Problemstellungen mit Problemlösungswissen zusammenzuführen. Dazu ist dreierlei sicherzustellen:

- Erstens ist der Zugang zu dem Wissen, das in der Region an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz vorhanden ist, niedrigschwellig zu ermöglichen – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation.
- Zweitens wird derart eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht, die potenziell jedes Problemlösungsbedürfnis mit den regional vorhandenen problemlösungsbezogenen Wissensressourcen verbindet.
- Drittens müssen Wissensbedarfe, die regional nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

Ein solch komplexes Wissensmanagement wird sich ohne Beteiligung der ortsansässigen Hochschulen kaum umsetzen lassen. Wenn sich die Hochschulen dadurch, dass sie ein solches Wissensmanagement (mit) aufbauen und unterhalten, zu Knotenpunkten der regionalen Innovationsentwicklung entwickeln, dann wird es ihnen leichter fallen, ihre Unentbehrlichkeit nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren.

Insgesamt sind die Herausforderungen so komplex, dass **systematisierte Konzepte** nötig erscheinen. Zusammengefasst geht es um

- aktive Akquisition von Studieninteressierten und Kapazitätsauslastung,
- Bewältigung deutlich gesteigerter Heterogenität der Studierenden,
- Nachwuchsgewinnung, -entwicklung und -sicherung,
- Besetzung zentraler akademischer Positionen mit Spitzenpersonal,
- möglichst weiträumige Herstellung von Antragsfähigkeit in der allgemeinen Forschungsförderung bzw. gleichgewichtigen Vertretung der ostdeutschen Forschung darin,
- Kommunikationsfähigkeit mit regionalen Akteuren hinsichtlich deren spezifischer Wissens-, Kooperations- und Innovationsbedürfnisse,
- Beiträge für regionale Innovationssysteme, wobei die Hochschulen eine Kompensationsfunktion für die unterkritisch vorhandene privat finanzierte FuE wahrnehmen müssen,
- Sicherung des Fachkräftebedarfs für die regionalen Beschäftigten.

1. Problemstellung

Politik und andere Akteure in den ostdeutschen Ländern stehen vor der Aufgabe, demografischen Wandel zu gestalten, dabei zugleich die Voraussetzungen für selbsttragende Entwicklungen zu schaffen und dies unter Bedingungen bis 2020 deutlich abgesenkter Landeshaushalte zu bewerkstelligen. In gesamtstaatlicher Perspektive ist das eine Anforderung, die lediglich zeitlich ein östliches Spezifikum darstellt: Zum Ende der 2010er Jahre wird sich zumindest die Herausforderung der demografischen Schrumpfung in zahlreichen westdeutschen Regionen ebenso stellen; in einigen Regionen sind die ersten Anzeichen bereits heute sichtbar (vgl. z.B. Brandt u.a. 2010). Insofern besteht hier gegenüber den westdeutschen Regionen weniger ein ostdeutsches Entwicklungsdefizit als vielmehr ein Problemvorsprung.

Die demografische Schrumpfung in Ostdeutschland geht einerseits einher mit einer insuffizienten Entwicklung sozioökonomischer Bedingungen – Veralterung in Folge geringer Fertilität, Abwanderungsmobilität, begleitet von Produktivitätsrückständen und Unterkapitalisierung der Unternehmen sowie geringem Steueraufkommen (vgl. van Deuverden 2010). Andererseits ist zu berücksichtigen, dass sich dieser Gesamtbefund in den ostdeutschen Regionen bei genauer Betrachtung als fragmentierte Entwicklung herausstellt.¹ Dies dementiert nicht den Gesamtbefund, verweist aber auf die Notwendigkeit differenzierter Betrachtungen.

Die Hochschulsysteme der östlichen Bundesländer waren in den 1990er Jahren unter optimistischen Wachstumserwartungen aufgebaut worden. Seit einigen Jahren hat indes eine demografisch bedingte Reduzierung der Studienanfänger-Jahrgänge eingesetzt – die gegenwärtig durch erhöhte Studierneigung und Überlaufeffekte aus den westdeutschen Ländern kompensiert werden kann. Jüngst sind die Studienanfängerprognosen deutlich nach oben korrigiert worden (CHE 2012; KMK 2012). Danach werde es bundesweit zu einer Stabilisierung der Studiennachfrage auf hohem Niveau kommen, und auch in Ostdeutschland würden die Einschnitte nicht so gravierend ausfallen, wie dies zuvor² vorhergesagt war. Gleichwohl bleiben die Einschnitte in Ostdeutschland (außer Brandenburg) deutlich, wenn man davon ausgeht, dass die Prognose des CHE die größere Verlässlichkeit aufweist – die Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK 2012) kann auf Grund ihrer Methodik einige Risiken nicht abbilden:

- So werden bei den Wanderungen der Studienanfänger/innen die Werte für 2010 konstant gesetzt, d.h. in die Zukunft verlängert (KMK 2012: 2).³ Die ostdeutschen Hochschulen können derzeit hohe Zuwanderungen aus westlichen Bundesländern realisieren. Diese kommen allerdings nur zustande, weil aktuell viele westdeutsche Studieninteressierte in ihren Heimatregionen keine Studienplätze in den von ihnen präferierten Studiengängen bekommen. Zugleich geht aber auch die KMK von einer gewissen Entspannung der Studiennachfrage in den westdeutschen Bundesländern aus. Damit ist zu erwarten, dass das traditionelle (Im-)Mobilitätsverhalten deutscher Studi-

¹ Dresden, Leipzig und Jena sind in mancher Hinsicht wirtschaftliche Prosperitätsinseln; Berlin-Potsdam, Dresden-Freiberg-Chemnitz, Leipzig-Halle und Jena-Ilmenau stellen wissenschaftliche Leistungsinseln dar (vgl. bspw. Kawka/Maretzke 2007, Maretzke 2006; Pasternack 2007).

² KMK (2009: Tab. I.1.1.), vgl. auch Statistisches Bundesamt (2010), Berthold/Leichsenring (2009)

³ Das CHE hingegen rechnet mit einem Mittelwert der Jahre 2005–2009: „Regionaler Nachfrageüberschuss: Auf dieser Analyseebene wird die über mehrere Jahre gemittelte Wanderung der Studienanfänger(innen) zwischen den Ländern (Land des Erwerbs der Studienberechtigung und Land des Hochschulorts bei Studienaufnahme) konstant gesetzt und fortgeschrieben. [...] Hiermit wird angenommen, dass die Verteilung der Studienanfänger(innen) auf bzw. zwischen den Ländern genau so bleibt wie im Mittel der Jahre 2005 bis 2009.“ (CHE 2012: 13)

enanfänger/innen wieder stärker zum Zuge kommt. Infolgedessen würden die derzeit realisierten Wanderungsgewinne der ostdeutschen Hochschulen zurückgehen.

- Die insgesamt geringer werdende Anzahl der Nachwachsenden in Ostdeutschland lässt erwarten, dass es zu einer verschärften Konkurrenz zwischen dem berufsbildenden Sektor und der Hochschulbildung kommt, denn auch die berufsbildenden Einrichtungen haben ein Bestandserhaltungsinteresse. Die Folgen verstärkter Bemühungen des Berufsbildungssektors um junge Menschen, verbunden ggf. mit der Attraktivierung der dortigen Angebote, sind nicht absehbar.
- Eine Unklarheit besteht schließlich darin, wieweit es gelingen wird, die gegebene Fächervielfalt in den Hochschulen der verschiedenen ostdeutschen Regionen aufrecht zu erhalten. Aus einer etwaigen Reduzierung der vergleichsweise breiten Angebote können sich Risiken ergeben, da ein empirisch nachgewiesener Zusammenhang besteht zwischen räumlicher Nähe zu Fächerangeboten und der individuellen Neigung, ein Studium aufzunehmen (vgl. Spiess/Wrohlich 2008).

Finanzwissenschaftliche Untersuchungen sehen bei ggf. schrumpfenden (Bildungs-)Nachfragebedingungen entweder Einsparpotenziale (Seitz 2006a) oder aber die Möglichkeit einer „demografischen Rendite“ für geringere Kohortengrößen (Baum/Seitz 2003; Poterba 1997). Bislang ist allerdings ungeklärt, ob es sich bei öffentlichen Pro-Kopf-Ausgabensteigerungen für Bildung (wie auch Forschung) um politisch gewollte Investitionen oder Trägheitseffekte handelt (Kempkes/Seitz 2004: 8; vgl. Hannan/Freeman 1978).

Die Regionen haben ein Interesse an selbsttragender Entwicklung. Die Hochschulen haben ein Interesse an organisationaler Stabilität. Unter Bedingungen quantitativer Reduzierung werden Entwicklungschancen regelmäßig dort vermutet, wo Größeneffekte durch Qualitätseffekte substituiert werden können. Hinsichtlich ökonomischer Entwicklung wird davon ausgegangen, dass sich solche Qualitätseffekte wesentlich durch verstärkte bzw. optimierte Wissensbasierung und damit erhöhte Innovationspotenziale erzeugen lassen.

Wird diese Annahme als gültig unterstellt, dann sind Hochschulressourcen eine zentrale Bedingung von Regionalentwicklung unter Bedingungen demografischen Wandels: Sie stellen Hochqualifikationsangebote bereit, können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen sowie ihre Sitzregionen an die überregionalen Kontaktschleifen des Wissens anschließen. Damit sind sie eine zentrale Voraussetzung, um die Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte Entwicklungen trotz demografischer Schrumpfung zu erzeugen bzw. zu erhalten.

Zugleich sind Regional- und Hochschulentwicklungen unterschiedlich getaktet, da sie voneinander abweichenden Funktionslogiken folgen. Deshalb kommt ein Zusammenhang zwischen Regional- und Hochschulentwicklung nicht zwingend und nicht umstandslos zustande. Er muss vielmehr durch die aktive Gestaltung von förderlichen Kontexten hergestellt werden.

Die geschilderten Problemlagen sind spätestens seit dem Jahr 2000 unabweisbar – während zuvor optimistische Wachstumserwartungen das politische Handeln in und in Bezug auf Ostdeutschland dominierten. Seit dem Jahr 2000 aber werden die Bevölkerungsschrumpfung, die Alterung der Verbleibenden, der anhaltende Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft, die – insgesamt betrachtet – Leistungsschwächen der ostdeutschen Wissenschaft und die Gefahr, das Ziel selbsttragender Entwicklungen zu verfehlen, zunehmend offensiver auch im politischen Raum thematisiert. Daraus resultierten und resultieren unter anderem neue öffentliche Förderprogrammatiken. Diese wiederum werden regelmäßig evaluiert bzw. durch begleitende Analysen auf ihre Wirksamkeit hin untersucht.

Ein größerer Teil der Förderprogramme bezieht sich darauf, Hochschulen dafür zu ertüchtigen, zur Entwicklung ihrer Sitzregionen beizutragen. Mit den dazu vorliegenden Evaluationen, Gutachten und Studien liegt – so darf angenommen werden – ein Reservoir an handlungsbegleitend gewonnenem Wissen vor, das auch begründete Erkenntnisse und Anregungen für die weitere Gestaltung einer abgestimmten Hochschul- und Regionalentwicklung bereithält. Diese Annahme wird insbesondere aus

einem Umstand gespeist: Seitens der Auftraggeber waren die Evaluationen und Studien in der Regel mit der Auflage versehen, handlungsrelevantes Wissen zu generieren. Aus der konkreten Einzelfalluntersuchung sollten Handlungsoptionen formuliert werden, und zwar entweder für

- die Weiterentwicklung der jeweiligen Förderprogrammatis,
- die förderungsunabhängigen Entwicklungspotenziale des zum Förderabschluss gelangenden Vorhabens oder
- die Gestaltung künftiger politischer Programmatiken zur Entwicklung der Hochschulen in ihrem regionalen Kontext.

Dieser Wissensbestand ist bislang ungehoben, insbesondere im Hinblick darauf, was ihm an *einzelfallübergreifendem* Wissen zu entnehmen ist. Daher widmet sich hier vorgelegte Report einer entsprechenden Auswertung.

Um ein möglichst umfassendes Bild der im Laufe der Zeit formulierten Handlungsempfehlungen zu gewinnen, soll ein möglichst breites Quellenspektrum abgedeckt werden. In die Auswertung werden daher 68 Texte einbezogen, die sich entweder ausschließlich oder auch den östlichen Bundesländern widmen:⁴ Evaluationen, Gutachten und Studien, bezogen auf einzelne Förderprojekte, Förderprogramme, Hochschulen oder Regionen.⁵

Dabei ist es für den hiesigen Zweck weder inhaltlich sinnvoll noch forschungsökonomisch möglich, textliche Vollausswertungen vorzunehmen. Die Studien und Evaluationen sind in der Regel – ihrem je konkreten Auftrag gemäß – sehr strikt am konkreten Untersuchungsfall orientiert. Dementsprechend befassen sie sich überwiegend mit dem analysierten Fall. In den Schlusskapiteln allerdings findet sich häufig auch einzelfallübergreifend relevantes Wissen: Dort werden die – von den Auftraggebern meist explizit geforderten – Handlungsempfehlungen formuliert oder zusammengefasst, und diese Empfehlungen beinhalten in aller Regel auch fallübergreifende Aspekte.

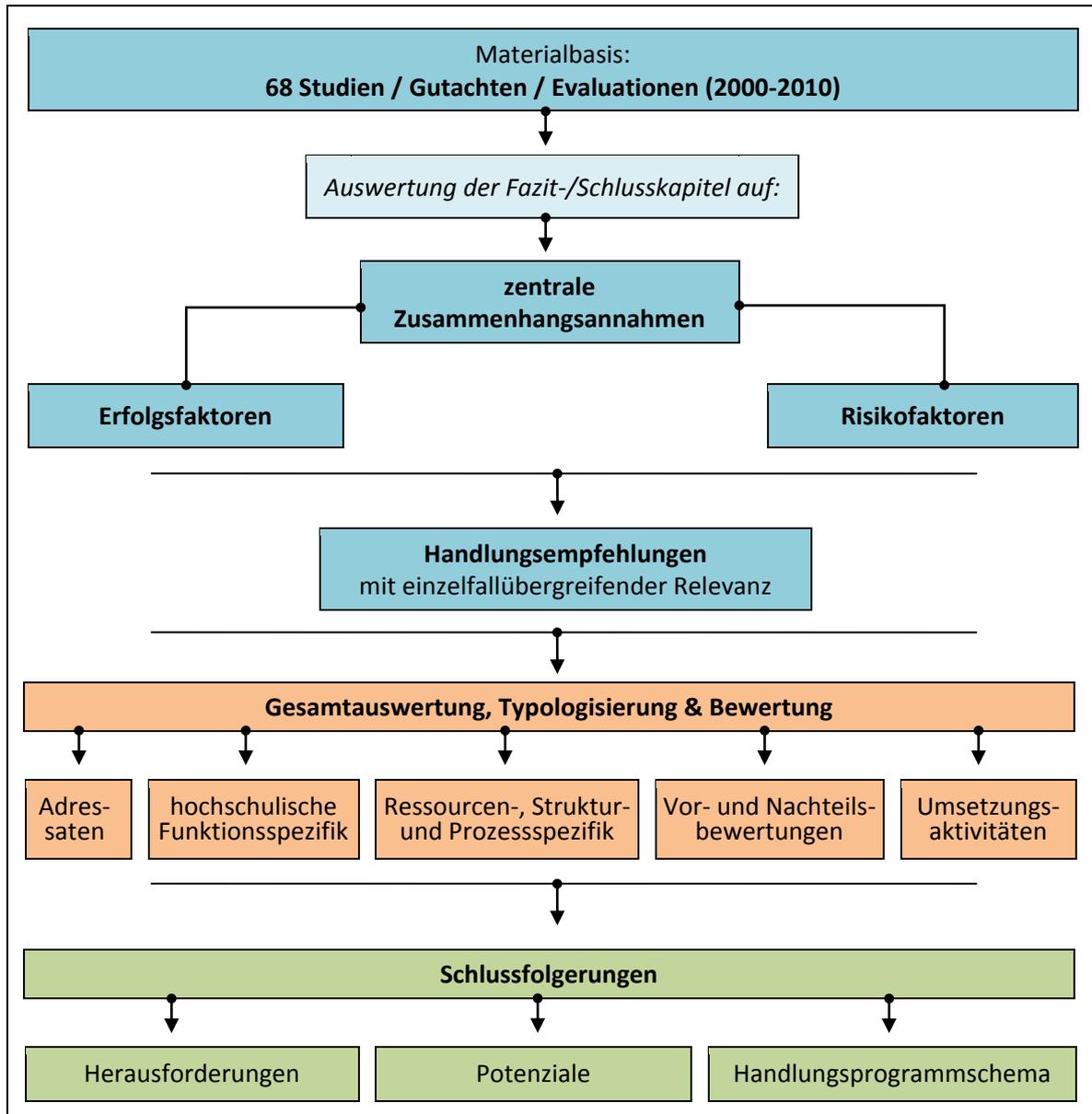
Daher werden ausschließlich die jeweiligen Fazit- bzw. Schlusskapitel der 68 Studien und Evaluationen in die Auswertung einbezogen. Derart lassen sich die insgesamt ca. 9.000 Textseiten auf eine auswertbare Größenordnung eingrenzen. Dies gilt es bei den im folgenden aufbereiteten Informationen insofern zu beachten, als dadurch ggf. relevante Empfehlungen, die (allein) in den einzelfallbehandelnden Kapiteln formuliert wurden, mit dem Wahrnehmungsraster der vorliegenden Analyse nicht erfasst werden.

Um die Handlungsempfehlungen zu kontextualisieren und zugleich ihre argumentative Stringenz überprüfbar zu machen, werden auch die ihnen zugrundeliegendem zentralen Zusammenhangsanahmen erfasst sowie Erfolgs- und Risikofaktoren, die von den Autoren der ausgewerteten Texte identifiziert worden waren. Am Ende steht eine zusammenfassende Übersicht der fallübergreifend relevanten Handlungsempfehlungen, strukturiert nach Adressaten, hochschulischer Funktionsspezifik (Bildung, Forschung & Transfer, sozialräumliche Aspekte), Ressourcen-, Struktur- und Prozessspezifik sowie Vor- und Nachteilsbewertungen. (Übersicht 1)

⁴ In einzelnen – angegebenen – Ausnahmen wurden auch allgemeingültige Aussagen aus Studien berücksichtigt, deren Untersuchungsgegenstand in einem westlichen Bundesland liegt.

⁵ im einzelnen aufgelistet unten unter Literatur >> Ausgewertete Studien

Übersicht 1: Auswertungsmodell



2. Detailauswertungen

2.1. Bildungsfunktion der Hochschulen

Betrachtet man die derzeitigen Diskussionen um die Ausgestaltung des deutschen Hochschulsystems, so prallen unterschiedliche Wirklichkeiten aufeinander: einerseits volle Hörsäle und mangelnde Lehrkapazitäten, andererseits Debatten um den demografischen Wandel mit möglichem Studierendenschwund und absehbarem Fachkräftemangel, besonders im Osten der Republik (vgl. Pasternack 2007: 371). Zukünftig wird die Herausforderung darin bestehen, Struktur, Dichte und Heterogenität der Hochschulbildungsangebote unter Bedingungen der demografisch bedingten Schrumpfung und reduzierter Haushalte zu gestalten. Prinzipiell bestehen hier drei Optionen: Anpassungs-Verzicht, Teilanpassung oder Anpassung der öffentlich unterhaltenen Hochschulkapazitäten an die künftige Situation. Erstere Varianten scheinen politisch nur durchsetzbar, wenn hinreichende Gründe auch jenseits der Nachfrage nach grundständigen Studienangeboten vorliegen. Im Bereich der Bildungsfunktion könnte dies in Angeboten jenseits grundständiger Studienangebote liegen.⁶ Neben der Öffnung für neue Klientelgruppen stellt die Steigerung der Attraktivität des Bildungsangebots einen Faktor dar, der das Bleiben und die Zuwanderungsmobilität erhöhen kann. Damit erlangt dies auch im Hinblick auf die Deckung regionaler Fachkräftebedarfe und bei der Gestaltung möglichst reibungs-freier Generationsübergänge in Unternehmen und bei öffentlichen Beschäftigern Bedeutung.

2.1.1. Gestaltung des tertiären Bildungssystems

Kritisiert wird die bisher unzureichende Auseinandersetzung der Politik mit den Folgen des demografischen Wandels für Hochschulpolitik und -organisation (ZDW 2007: 249). Allgemein wird eine stärkere Autonomie von Hochschulen gefordert.⁷ Dies geht einher mit einer ordnungspolitischen Neuorientierung des Hochschulbereichs (Eisenkopf 2007: 211). Neben der Förderung von Exzellenz (Deutscher Bundestag 2009: 54) wird empfohlen, einen Schutzschirm über dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich aufzuspinnen, bspw. mittels eines Bildungssolidaritätszuschlags, um bspw. neue Professuren zu schaffen und somit den regionalen *Brain Drain* zu verhindern (Dörre/Neis 2010: 161). Besonders im Osten der Republik sollten die Hochschulen gestärkt werden; so könnten diese als bundesdeutsches Experimentierfeld dienen, um mögliche Maßnahmen im Bereich der autonomie-stärkenden Neuorientierung zu erproben (Dörre/Neis 2010: 161). Ferner sei die Entwicklung Ostdeutschlands als Bildungs- und Wirtschaftsstandort besser umzusetzen, wenn das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei der (institutionellen) Hochschulfinanzierung gelockert würde (Holtmann et al. 2012: 15, 18). Langfristig sollten sich Hochschulen im Osten der Republik auf ihre indirekten Wirkungen in der Region konzentrieren, um den Anspruch auf besondere Förderungen zu rechtfertigen (u.a. Pasternack 2007, 2010; WZW 2008: 72).⁸

⁶ Darüber hinaus können dies externe Effekte, etwa die Bedienung der erhöhten Nachfrage an Forschungs- und Transferleistungen, sein (siehe unten Punkt 2.2. Forschung- und Transferfunktion der Hochschulen).

⁷ u.a. Eisenkopf (2007: 211); Diemel (2005: 90); Franz (2007: 158)

⁸ Ein Modell der Hochschulfinanzierung, welches Leistungen von Hochschulen für regionale Innovationstätigkeiten und die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen in ihrer Sitzregion anreizt, um ihre Ressourcenausstattungen zu legitimieren, stellt Pasternack (2010: 526ff.) vor.

Die Bildungsfinanzierung nimmt durch die knappe Ressourcenzuweisung einen hohen Stellenwert in der Diskussion über Zukunftsstrategien im tertiären Bildungssystem ein. Die demografische Entwicklung zusammen mit dem Auslaufen des Solidarpakts II und der Neuprogrammierung der EU-Förderungen, welche die Mitteltransfers in die ostdeutschen Länder weiter verknappen, machen die Frage der Hochschulfinanzierung brisant (Dohmen/Himpele 2007: 301). Dabei hätten sich gerade die ostdeutschen Hochschulen seit den 1990er Jahren als besonders anpassungsfähig und -bereit gezeigt. Das könne angesichts des sich vermutlich steigernden Reformtempos einen Vorteil gegenüber westdeutschen Hochschulen darstellen. (Ebd.: 300).

Die ostdeutschen Hochschulen sollten eine stärkere Finanzausstattung erhalten, damit sie qualifiziertes Personal anziehen können, um die Qualität in Lehre (und Forschung) halten zu können und strukturelle, aber auch finanzielle Nachteile (ebd.: 314) gegenüber westdeutschen, vor allem südwestdeutschen Hochschulen auszugleichen. Der Wettbewerb der Länder um Spitzenpersonal durch die föderalistischen Flexibilisierungen der Beamtenbesoldung könne sonst die Hochschulen Ostdeutschlands und damit dessen tertiäres Bildungssystem zusätzlich schwächen (ebd.: 314). Besonders Hochschulen in Regionen jenseits der Wachstumsinseln seien durch die wirtschaftliche Lage in den ostdeutschen Ländern bedroht (ebd.: 303).

In diesem Zusammenhang werden auch die globalen Mittelzuweisungen an Hochschulen kritisch gesehen. Diese sollten vielmehr angepasst werden an Erfolg und Studienplatznachfrage (Banscherus et al. 2009a: 156).⁹ Zugleich wird jedoch angemahnt, dass eine reine Bilanzierung über die Studierendenzahlen die Hochschulen langfristig vor Probleme u.a. bezüglich der Ressourcenausstattung und der damit verbundenen Gewährleistung der Bildungsfunktion stellen könnte (u.a. Pasternack 2007; WZW 2008: 72). Indes wäre auch eine reine Fokussierung der Hochschulfinanzierung auf Forschung nicht zielführend (Dohmen/Himpele 2007: 315).

Überlegenswert sei, so eine der ausgewerteten Studien, die Studierenden direkt an der Bildungsfinanzierung mittels Studiengebühren zu beteiligen. Der Länderfinanzausgleich könne die hohen Kosten nicht mehr tragen. (Leßmann/Wehrt 2005: 48) Dohmen/Himpele (2007: 315) plädieren hingegen für eine Befreiung von Studiengebühren während des Bachelor-Studiums, da gerade die Gebührenfreiheit einen Standortvorteil für die ostdeutschen Länder darstellen könne.¹⁰ Sie empfehlen die Einführung einer nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung, bspw. über die Abrechnung tatsächlich besuchter Lehrveranstaltungen, die zudem durch die Herkunftsländer der Studierenden finanziert werden könne (ebd.). Möglich wäre die Etablierung eines Hochschulfinanzausgleichs oder eine Ko-Finanzierung ostdeutscher Hochschulen durch den Bund (ebd.: 314).

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der Abwanderung von Hochschulabsolventen in westliche Bundesländer und des zukünftig möglichen Rückgangs der Studierendenzahlen sehen Pasternack et al. (2008) Bedarf am Aufbau von Hochschule-Praxis-Netzwerken. Unterteilt in verschiedene Bearbeitungsphasen¹¹ werden dabei strukturierte Maßnahmenbündel geschnürt. Diese werden nach Prioritätsstufen unterteilt:

- Als unverzichtbare Maßnahme gelte u.a. die frühe Einbindung von Praxiserfahrungen ins Studium, damit sich Abwanderungsorientierungen erst gar nicht verfestigten. Dafür könnten entsprechende Anlaufstellen innerhalb der Hochschule geschaffen werden (bspw. Praktika-Büros). Mit relativ geringem Ressourcenaufwand könnten Hochschulen studentische Eigeninitiativen, wie die Orga-

⁹ mittlerweile in den Ländern in unterschiedlichem Maße berücksichtigt in den Modellen der Leistungsorientierten Mittelverteilung (LOM)

¹⁰ Derzeit werden in den ostdeutschen Ländern Studiengebühren weder für Bachelor- noch konsekutives Master-Studium erhoben.

¹¹ (1) Problembestimmung, Zieldefinition, Zielhierarchie; (2) Strukturaufbau; (3) Akteure gewinnen, binden und Akteursbeziehungen qualifizieren; (4) Prozessentwicklung (Pasternack et al. 2008: 116-125)

nisation von Firmenkontaktmessen oder studentische Unternehmensberatungen, dadurch fördern, dass benötigte Infrastruktur bereitgestellt werde (Räume, Technik), Optionen zur Beschäftigung von studentischen Hilfskräften im Rahmen solcher Aktivitäten bestünden und entsprechendes studentisches Engagement als Studienleistung angerechnet werde. Im Sinne der Qualitätssicherung empfehle es sich, entsprechende Angebote und Initiativen durch Lehrpersonal begleiten zu lassen.

- Auf einer zweiten Prioritätsstufe¹² sollte die erweiterte Praxisintegration in das Studium gestaltet werden. Dies könne die Option umfassen, studentische oder Abschlussarbeiten in direkter Abstimmung mit Partnern aus der Praxis zu erarbeiten. Weiter werden u.a. berufsvorbereitende Instrumente wie der Erwerb von Zusatzqualifikationen oder das Durchlaufen von Bewerbungstrainings genannt.

Die skizzierten Handlungsbedarfe zielen auf die Attraktivitätssteigerung des Studiums und dessen frühzeitige Verbindung zur beruflichen Praxis. Dadurch aufgezeigte berufliche Zukunftsperspektiven könnten die Neigung Studierender bzw. (künftiger) Absolventen anregen, in der Region zu verbleiben.¹³ (Ebd.: 123-126) Eine solche Gestaltung der Hochschulbildung ebne zudem den Weg für erfolgreiche Forschungs- und Transferaktivitäten, insofern die dafür benötigten (künftigen) Fachkräfte vermehrt in der Region verblieben.

Bei zukünftigen Hochschulplanungen sollten die regionalen Bedingungen mit in die Betrachtung einbezogen werden. So empfiehlt bspw. das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt¹⁴ eine Zentralisierung der Medienausbildung in Halle (Saale), um durch eine derartige Konzentration Studienangebote mit deutschlandweiter Ausstrahlungskraft zu entwickeln (MWA 2006: 243). Im Falle ähnlicher Profilausrichtungen und Überschneidungen in den regionalen Wirkungsmöglichkeiten sei es denkbar, Verwaltungsprozesse und Serviceangebote von Hochschulen in der Region zusammenzuführen, das Studienangebot zu harmonisieren und in der wissenschaftlichen Ausbildung des Nachwuchses bspw. über gemeinsame Graduiertenkollegs zu kooperieren (Banscherus et al. 2009a: 154). Insgesamt seien voneinander isolierte Mehrfachangebote der Hochschulen zu vermeiden, stattdessen könnten Kooperationen zwischen den Studiengängen eine flexible und modularisierte Studienganggestaltung ermöglichen (ZDW 2007: 250). Zugleich könnten auf solche Weise regional gebundene Wissensressourcen geschaffen und Alleinstellungsmerkmale gefördert werden (Ziegenbein 2007: 374).

Grundsätzlich sollten die Ausbildungsleistungen trotz knapper Kassen nicht reduziert werden (Rosner 2005: 234; Ziegenbein 2007: 371); andernorts wird deren Ausbau empfohlen (Leßmann/Wehrt 2005: 48). Derart ließe sich die jeweilige Region weiterhin mit genügend Fachkräften versorgen und die Innovationsfähigkeit im interregionalen Vergleich stärken, was Standortvorteile mit sich bringe.

Allzu strikte regionale Harmonisierungen werden auch kritisch gesehen: Sie könnten ebenso zu Discrepanzen zwischen den Wünschen der Studierenden und der öffentlichen Hand führen, welche ausgeglichen werden sollten (Nutz 2004: 5). Zielführender, so Dohmen/Himpele (2007: 304), sei die Vermeidung einer zu engen Fächerspezialisierung. Dies bedeute nicht, Spezialisierungsbestrebungen von Hochschulen zu unterbinden, doch müsse eine bestimmte Breite an Ausbildungsangeboten gesichert sein. Um der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur Rechnung zu tragen, empfehle sich weiter, den Anteil praxisorientierter Studiengänge gegenüber den wissenschaftlich fokussierten zu erhöhen. Die geforderte Praxisorientierung der Hochschulausbildung stelle zudem die Trennung zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Frage; diese sollte abgeschafft, zumindest jedoch das Promotionsrecht auf Fachhochschulen erweitert werden, um Praxisnähe des Studiums zu fördern (ebd.: 308).

¹² „Initiativen, die zwar nicht prioritär, aber dringend wünschenswert sind“

¹³ detailliertere Ausführungen zu Hochschule-Praxis-Netzwerken vgl. Pasternack et al. (2008: 104-125)

¹⁴ Infolge Umstrukturierungen heute: Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft

Innerhalb der Hochschulen sei es zudem ratsam, die starren Grenzen zwischen den Fachbereichen und Fakultäten aufzuweichen, um trans- und interdisziplinäres Arbeiten gewährleisten zu können (ebd.: 309). Auch bei der Einstellungspraxis der Hochschulen wird Verbesserungsbedarf gesehen; empfohlen wird in dieser Hinsicht die stärkere Orientierung auch auf außeruniversitäre Berufserfahrungen und didaktische Erfahrungen zur Steigerung der Lehrqualität (ebd.). Diese sollte auch bei der leistungsorientierten Besoldung eine wichtigere Rolle spielen als bisher, da bspw. die W-Besoldung dies nur formal abdecke (ebd.: 310).

2.1.2. Studienplatznachfrage und -kapazitäten

Die Studierendenzahlentwicklung wirkt sich auf die bereitzustellenden Studienplatzkapazitäten der Hochschulen vor dem Hintergrund (a) der politischen Legitimierbarkeit und (b) der Finanzierbarkeit aus. Sollte es zu einer Reduzierung der Studienplatznachfrage kommen, erscheint in monokausaler Betrachtung eine entsprechende Anpassung der Ressourcenausstattung zunächst als folgerichtig. Stattdessen wird in den ausgewerteten Studien jedoch für die Beibehaltung bzw. den Ausbau der Studienplatzkapazitäten plädiert.¹⁵

So würden bspw. in Sachsen-Anhalt zu wenig Absolventen für den regionalen Arbeitsmarkt ausgebildet; gleichzeitig bestehe jedoch die Befürchtung, die Kapazitäten bei gleichzeitiger Abwanderung der Absolventen aus der Region vorrangig für andere Länder vorzuhalten (Leßmann/Wehrt 2005: 48). Auch Dohmen/Himpele (2007: 302) konstatieren, dass die ostdeutschen Hochschulen derzeit weniger für den Eigenbedarf als für die westdeutschen Bundesländer ausbildeten. Durch das geringere Lohnniveau in den östlichen Ländern sei die Abwanderungsquote besonders hoch, wodurch langfristig der Anteil an Höchstqualifizierten in diesen Regionen abnehmen werde. Derzeit sei dieser zu gering; diese Lücke könne auch durch duale Studiengangskonzepte nicht geschlossen werden. (Ebd.)

Besonders in stärker von Frauen nachgefragten Studiengängen sollten die Kapazitäten erhöht werden (Banscherus et al. 2009a: 182).¹⁶ Leßmann/Wehrt (2005: 48) empfehlen diesen Schritt, um die Humankapitalbasis in den Regionen zu erhöhen. Das stärke die Innovationsfähigkeit und führe zu einem Vorsprung im interregionalen Wettbewerb. Assenmacher et al. (2004: 237) sehen im Ausbau oder zumindest der Beibehaltung der Ausbildungsleistungen die Möglichkeit, die regionale Humankapitalbasis zu stärken und regionale Unternehmen mit ausgebildeten Fachkräften zu versorgen.

Banscherus et al. (2009b: 181) werten dies als zu setzenden Gegentrend zum demografischen Wandel. Der Ausbau bzw. die Beibehaltung der Studienplätze müsse bei ggf. abnehmenden Studierendenzahlen jedoch mit neuen Maßnahmen und Ideen zur Gewinnung neuer Studierendengruppen kompensiert werden. Grundsätzlich könnten als Erfolgsfaktoren für Kapazitätsauslastungen die Erhöhung der Studierendenmobilität und die Änderung der Wanderungsbilanz in Richtung eines Gleiches zwischen alten und neuen Bundesländern gelten (Pasternack 2007: 371). Um eine möglichst hohe Kapazitätsauslastung zu erreichen, gäbe es keinen Königsweg. Verschiedene Maßnahmen seien zu synchronisieren, und Lösungsansätze müssten bei den tatsächlichen Ursachen ansetzen (ebd.: 408). Zur Auslastung bestehender Kapazitäten müssten:

- anzusprechende Zielgruppen präzise definiert werden (Pasternack 2007: 407-409);¹⁷

¹⁵ u.a. Rosner (2005: 234), Ziegenbein (2007: 371), Leßmann/Wehrt (2005: 48), Assenmacher/Leßmann/Wehrt (2004: 237), Banscherus et al. (2009b: 181)

¹⁶ vgl. unten Punkt 2.1.4. Gewinnung neuer Studierendengruppen und neue Bildungsformen

¹⁷ Dazu zählten: Abiturienten aus den westlichen Bundesländern, Studierende aus Westdeutschland; Steigerung der Quote an ostdeutschen Abiturienten und höhere Übergangsquote vom Gymnasium an die Hochschule in den ostdeutschen Ländern; Studienabsichten in westlichen Ländern dahingehend bewegen, dass sich an Ost-Hochschulen

- die Studierendenquote unter den ostdeutschen Nachwachsenden gesteigert werden¹⁸ (vgl. ebd.: 420ff.);
- die Lehr- und Betreuungsqualität verbessert sowie innovative Studienkonzepte entwickelt werden (vgl. ebd.: 418f.);
- die Mobilität westdeutscher Studienanfänger/innen gesteigert werden. Eine Möglichkeit könne hier in verstärkten Kommunikationsanstrengungen hinsichtlich guter Studienbedingungen der ostdeutschen Länder liegen. Darüber hinaus müsse das teils negative Stadtortimage einiger Hochschulstandorte korrigiert werden, wenn es den realen Gegebenheiten nicht (mehr) entspricht (ebd.: 411ff.);
- die Dienstleistungsstrukturen der Hochschulen ausgebaut werden. Dabei gelte es, den Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich auf das Studieren zu konzentrieren – der Slogan müsse lauten: „Hier können Sie studieren. Um alles andere kümmern wir uns“. Dies schließe ein, potenziell erwarteten Krisenerfahrungen von Studienanfängern auch auf emotional-sozialer Ebene zu begegnen: „Bei uns sind Sie nur dann allein, wenn Sie es wirklich mal wollen. Vor allem aber sind Sie bei uns Mitglied einer Hochschulcommunity“ (ebd.: 414, Herv. im. Orig.). Die Hochschulen müssten bspw. hohe Studienorganisationsanstrengungen durch entsprechende hochschulseitige Organisationsstrukturen auf ein Minimum reduzieren (u.a. Studieninformationssystem, kompetente und rasche Reaktion auf Kontakt- bzw. Informationsanfragen, zeitlicher Ausbau von Orientierungsphasen, Unterstützung durch Mentoren/Tutoren; (ebd.: 414ff.)
- das Niveau der Studierendenbetreuung darüber hinaus angehoben und serviceorientiert gestaltet werden, indem
 - (1) Studierende bei der Suche nach Unterkünften durch die Hochschule, die ihrerseits mit kommunalen Wohnungsbauunternehmen zusammenarbeitet, unterstützt werden. Hochschulisches Personal sei in aller Regel mehr mit den lokalen Gegebenheiten vertraut als Neu-Immatrikulierte. Allein aus Effizienzgesichtspunkten sei – abgesehen vom Ziel, das Niveau der Studierendenbetreuung zu steigern – eine derartige Dienstleistung sinnvoll¹⁹ (ebd.: 415);
 - (2) an den Hochschulen aktiviere und ausdifferenziertere Gestaltungen von Orientierungsphasen geboten würden. Dies beginne bei der Ausdehnung von Einführungszeiten über eine längere Studienphase und Gestaltung dieser durch hochschulische Einrichtungen auch jenseits der Fachschaften. Weiter sei Unterstützung durch Mentoren/Tutoren anzuraten, die u.a. bei der Studienplanung helfen und Erfahrungsaustausch bieten könnten. Denkbar sei auch ein Mentoring-Programm, welches sich über das gesamte Studium erstreckt. Mit diesen Punkten sei nicht nur eine mögliche Attraktivierung des Studienorts für potenzielle Studierende verbunden; vielmehr könnten derartige Aktivitäten auch Immatrikulierten als Erfahrungspool dienen, als Schlüsselqualifikationsmodule angerechnet werden oder studentische Jobs sichern. Zudem könnten bei Studienbeginn Tests angeboten werden, die der Lückenfindung im Bereich der Grundkenntnisse dienen. Durch (Tutoren-)Schulungsangebote könnten etwaige Lücken ausgeglichen werden. Solche Lehr- und Beratungsangebote könnten ein Baustein für erfolgreichen Studienstart und -gestaltung sein, die als besonderer Entscheidungsfaktor für die Wahl des Studienortes bzw. der Hochschule dienen (ebd.: 415f.);
 - (3) Schließlich wirkten auch kulturelle und stadträumliche Gegebenheiten auf die Studienortattraktivität und damit auf die Studienplatznachfrage. Als empfehlenswert in diesem Sinne wird ein

immatrikuliert wird; Verringerung der Studienabbrecherquote; ausländische Studierende; an wissenschaftlicher Weiterbildung Interessierte (berufsbegleitend) ansprechen (Pasternack 2007: 408f.). Weiterhin sei zu vermeiden, nur ‚die Besten‘ ausbilden zu wollen und so in eine ‚Exzellenz-Falle‘ zu tappen (ebd.: 407).

¹⁸ Siehe unten Punkt 2.1.3. Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung

¹⁹ Darüber hinaus könne ein Vorteil für die Wohnungsunternehmen entstehen, die in den ostdeutschen Bundesländern mit einer verschärften Leerstandsproblematik konfrontiert sind.

studentischer Kultur- bzw. Gastronomiepass (rabattierte Besuche kultureller bzw. gastronomischer Einrichtungen) und die Inszenierung der Hochschule als Campushochschule (Campus als Ort, an dem sich studentische Bedürfnisse identifikatorisch bündeln ließen) erachtet. (Ebd.: 416)

- Abwanderungstendenzen nach absolviertem Studium gemindert werden. Eine Möglichkeit sei die Kommunikation einer faktischen Arbeitsplatzgarantie, die auf Grund des sich zuspitzenden Fachkräftemangels für einige Studienfeldern gegeben werden könne (ebd.: 410). Ergänzend könne die Präsenz bzw. Sichtbarkeit regionaler Unternehmen an der Hochschule zum Verbleib der Absolventen beitragen (Koglin 2011: 14, 153). Ferner gelte es, ein breites Fächerspektrum anzubieten und die überproportional stark abwandernde Gruppe junger Frauen durch entsprechend zugeschnittene Angebote (trans- und interdisziplinär jenseits „spezifischer Frauenfächer“) und Studienbedingungen (u.a. Familienfreundlichkeit) anzuziehen bzw. zu halten. Zudem könnten individuellere Studiengänge und -verläufe ermöglicht werden, bspw. indem die Durchlässigkeit zwischen Fächern erhöht oder Quereinstiege möglich würden (Pasternack 2007: 409ff.; 2010: 528f.)

2.1.3. Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung

Die Steigerung der Bildungsbeteiligung über eine Zunahme der Studierendenquote wird als Schlüssel für die Sicherung der Studierendenzahlen angesehen (ZDW 2007: 149). Wie oben bereits umrissen, sind vermehrte Bildungs- und Ausbildungsangebote wichtig, um einen Gegentrend zum demografischen Wandel und den damit einhergehenden Fachkräftemangel zu erreichen.²⁰ Empfohlen wird diesbezüglich:

- eine vermehrte Ausbildung von Abiturienten und eine verstärkte Fokussierung auf den Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Fächer, welche über gemeinsame Initiativen von Schulen und Unternehmen ermöglicht werden könne (Banscherus et al. 2009a: 182);
- zu signalisieren, dass (ostdeutsche) Hochschulen Orte sind, an denen je individuellen Talenten nachgegangen werden kann. Um dies zu erreichen, müsse eine möglichst starke Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Ausbildung gewährleistet und der Übergang von Bachelor- zum Master-Studium offen gehalten werden (Dohmen/Himpele 2007: 307). „Statt der Errichtung neuer Zugangsschranken wäre eine größere Flexibilität erforderlich, die individuelle und innovative Studienwege nicht nur zulässt, sondern geradezu begünstigt.“ (Ebd.) In hochschulische Bewertungs- und Anrechnungssysteme sollten hierzu auch im beruflichen Werdegang erworbene Qualifikationen sowie anderweitige Kompetenzen einbezogen werden (Pasternack 2007: 420);
- die Abbrecherquote zu reduzieren,²¹ bspw. über den Ausbau der Beratungsleistungen vor und während des Studiums (Banscherus et al. 2009a: 154);
- die Bildungspotenziale im ländlichen Raum verstärkt anzusprechen (ZDW 2007: 249);
- stärkere Förderung des lebenslangen Lernens, welches vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels große Bedeutung habe. Zur Eingliederung in die Informationsgesellschaft stünde das Lernen – in Kindergarten und Schule – mit technischen Hilfsmitteln im Vordergrund. Fokussiert angesprochen werden sollen dabei leistungsstarke Personen, die eine hochschulische Ausbildung (zunächst) nicht anstreben bzw. aus einem nicht-akademischen Umfeld stammen (MLV LSA 2008: 45);
- ein Ausbau der Studien- und Bildungsfinanzierung mittels Stipendien, Bildungskrediten und dem BAföG zur Steigerung der Studierneigung in allen Altersklassen und Herkunftsmilieus (Deutscher Bundestag 2009: 52). Zudem sei die Altersbegrenzung der Studienfinanzierungsoptionen (30. bzw.

²⁰ vgl. unten Punkt 2.1.4. Gewinnung neuer Studierendengruppen und neue Bildungsformen

²¹ u.a. Assenmacher et al. (2004: 238); Banscherus et al. (2009b: 182); Pasternack (2007: 408f.); ZDW (2007: 250)

35. Lebensjahr) unangebracht (Dohmen/Himpele 2007: 317). Die Darlehensrückzahlungshöhe könne sich am späteren Einkommen orientieren oder in Form eines Hochschulfonds gestaltet werden, wobei die Hochschule einen Teil des späteren Gehalts der Absolventen erhalten würde (ebd.: 317);

- Reduzierung der Ausbildung junger Menschen für das Wissenschaftssystem und ihrer Stärkung für wirtschaftliche Anforderungen (ebd.: 302). „Das Selbstverständnis des deutschen Hochschul- und insbesondere Universitätssystems hat ausgedient, auch wenn die Bedeutung der Forschung und insbesondere der Forschung und Entwicklung in Kooperation mit Unternehmen nicht übersehen werden soll.“ (Ebd.)

Eine besondere Aufmerksamkeit erfährt die Hochschulbildungsbeteiligung junger Frauen. Diese sollten vermehrt angesprochen werden.²² Im Einzelnen heißt es dazu:

- Gemessen an der Zahl weiblicher Studienberechtigter, hätten Frauen unterproportional an der hochschulischen Bildung in den östlichen Ländern teil (Dohmen/Himpele 2007: 300).
- Entgegen Banscherus et al. (2009b) sehen Dohmen/Himpele (2007: 300) im hohen Anteil von natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen eher ein Hemmnis, wenn es darum geht, hochschulbildungsaffine junge Frauen in den ostdeutschen Regionen für ein Studium zu gewinnen. Die Abwanderung von Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern sei auf den hohen Anteil eben dieser Fächergruppen zurückzuführen, „da deren derzeitige Ausrichtung, Organisation und Didaktik aus unterschiedlichen Gründen für Frauen weniger attraktiv ist.“ (Ebd.: 300)
- Frauen bevorzugten eine Mischung von ‚harten‘ und ‚weichen‘ Studieninhalten unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen. Um auch natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge in diesem Sinne attraktiver zu gestalten, sei die Etablierung von inter- und transdisziplinären Ansätzen ratsam. (Ebd.: 305) Auch geisteswissenschaftliche Studiengänge profitierten von der Ergänzung ihrer Studieninhalte um z.B. naturwissenschaftliche oder juristische Kenntnisse (ebd.: 306).
- Banscherus et al. (2009b: 181) plädieren dagegen dafür, Fächer, die einen besonders hohen Anteil weiblicher Studenten aufweisen, mit höheren Kapazitäten auszustatten.
- Zur Steigerung der Quote weiblicher Studierender an ostdeutschen Hochschulen müssten die Zukunftschancen, die in vielen Bereichen weit positiver als vermutet seien, verstärkt kommuniziert werden. (Pasternack 2007) Bedingt durch den hohen Anteil älterer Arbeitnehmer/innen und deren absehbares Austreten aus dem Arbeitsmarkt zeichne sich in den östlichen Bundesländern ein verstärkter Fachkräftemangel ab, der zu verschärften Wettbewerbssituationen der Beschäftigten um qualifiziertes Personal führen wird.
- Vor diesem Hintergrund sieht Pasternack (2007, 2010) eine Handlungsoption darin, Stipendien auszureichen, die nur für bestimmte Hochschulen gelten und mit denen Frauen, bspw. für die Aufnahme eines naturwissenschaftlichen Studiums, fokussiert adressiert würden (Pasternack 2007: 419f., 2010: 528).
- Auch die Gründung einer technisch ausgerichteten Frauenhochschule wurde angeregt. Generell sollte in den Männerdomänen das rollensereotype Verhalten gegenüber Frauen mit „Mobbing-ähnlichem Verhalten“ ein Ende finden. (Dohmen/Himpele 2007: 305f.)

Insgesamt reiche einerseits die bloße Erhöhung der Studierendenzahl nicht aus, um langfristig hinreichende Arbeitsmarkteffekte zu erreichen; dazu müsse auch deren Verbleib in der Region sichergestellt werden. Zudem dürfte eine „Politik, die vorrangig versuchen würde, die Zahl der Studierenden zu erhöhen, ... nur begrenzt zur Erhöhung der regionalwirtschaftlichen Effekte der Wissenschaftseinrichtungen ... beitragen können“ (Rosenfeld et al. 2005: 148).

²² Banscherus et al. (2009b: 153, 181); Deutscher Bundestag (2009: 51); Dohmen/Himpele (2007: 305); Pasternack (2007: 409ff.)

Andererseits bedürfe es der Mobilisierung von Potenzialen aus solchen Gruppen, die bislang unterdurchschnittlich Hochschulbildungsangebote wahrnehmen bzw. – wie junge Frauen – Erweiterungspotenziale hinsichtlich ihrer Hochschulbildungsbeteiligung bergen; dazu seien auch neue Bildungsformen an Hochschulen nötig. Dieses Thema wird in zahlreichen Studien besonders intensiv behandelt. Es sei daher eingehender betrachtet.

2.1.4. Gewinnung neuer Studierendengruppen und neue Bildungsformen

Zwei regelmäßig empfohlene Handlungsoptionen, um einen befürchteten Rückgang der Studienanfängerzahlen entgegenzuwirken, sind (a) die aktive Werbung um Studierende, insbesondere auch aus nichttraditionellen Rekrutierungsmilieus, bei (b) gleichzeitiger Öffnung der Hochschulen für neue Bildungsformen.

Letzteres spricht an, dass die Hochschulen auch jenseits der Nachfrage nach grundständigen Studienangeboten hinreichende Gründe plausibel darstellen sollten, um Zuschusskürzungen zu verhindern, die direkt an die Bevölkerungsentwicklung und Landeshaltssituation gekoppelt sind. Solche Gründe können zum ersten Hochschulbildungsangebote, die über grundständige Studiengänge hinausgehen, und zum zweiten der Verweis auf die von Hochschulen ausgehenden Effekte auf die Region sein.²³

Zu dieser Selbstlegitimation solle gehören, das tertiäre Bildungssystem so zu gestalten, dass der gesellschaftliche Auftrag der Fachkräfteausbildung erfüllt werden kann.²⁴ Dies schließe ein, Möglichkeiten zu erzeugen, um nichttraditionelle Studierende zu gewinnen.

Das Bachelorstudium solle nicht die vordergründige Berufsqualifizierung, sondern die Beschäftigungsfähigkeit mittels einer trans- und interdisziplinären Ausrichtung sicherstellen; die fachliche Vertiefung sollte in der Masterphase erfolgen, welche eher wissenschaftlich oder eher praxisorientiert ausgerichtet sein könnten. (Dohmen/Himpele 2007: 311f.) Dabei sollte die Studienplanung stärker den Studierenden überlassen werden, um deren individuellen Fähigkeiten und Interessen gerecht zu werden (ebd.: 311). Die Möglichkeit des individualisierten Studiums sei wesentlich, um alle potenziellen Studierendengruppen für einen hochschulischen Bildungsweg zu interessieren. Zugangs- und Wechselbarrieren seitens der Hochschulen müssten im Sinne hoher Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudium sowie beim Übergang vom Bachelor- ins Masterstudium gestaltet werden (Dohmen/Himpele 2007: 308; Pasternack 2007: 420).

Auf *neue Studierendengruppen* wird in zahlreichen Studien gesetzt. Es gelte, an den Hochschulen unterrepräsentierte Personengruppen verstärkt an höherer Bildung teilhaben zu lassen (Müller-Böling et al. 2011: 85). Im Einzelnen wird dazu vorgeschlagen:

- Die Öffnung des Hochschulstudiums für solche Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, die bereits über berufliche Erfahrungen verfügen (Banscherus et al. 2009a: 181; ZDW 2007: 249f.). Eine Möglichkeit der Integration dieser Gruppe sei eine Zugangsprüfung, für welche die Hochschulen selbst Vorbereitungskurse anbieten könnten (Banscherus et al. 2009a: 181).
- Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung solle erhöht werden, da bei Nichtübernahme durch die Ausbildungsbetriebe Abwanderung wahrscheinlich wäre (Dohmen/Himpele 2007: 307f.; ähnlich Pasternack 2007: 420, 2010: 528f.).

²³ Dazu siehe unten Punkte 2.2. Forschungs- und Transferfunktion der Hochschulen; 2.3. Sozialräumliche Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit

²⁴ u.a. Deutscher Bundestag (2009: 51); ExperConsult (2011: 44); MLV LSA (2008: 45); Pasternack (2007: 409ff.); ZDW (2007: 249)

- Studierende mit Familie (vgl. ZDW 2007: 250), Senioren (vgl. Nutz 2004: 6; ähnlich Deutscher Bundestag 2009: 51) und Migranten sowie Menschen aus bildungsferneren Herkunftsmilieus (MLV LSA 2008: 45; ZDW 2007: 250) zählen zu dem Personenkreis, welcher verstärkt für die Aufnahme eines Hochschulstudiums angesprochen werden sollte. Dem förderlich seien Strukturen flexiblerer Hochschulzugänge und Studienverläufe (ZDW 2007: 250). Um die Integration von Kindern aus bildungsfernen Milieus voranzutreiben, sollte auch die frühkindliche Förderung gestärkt werden (ebd.: 259).
- Auch internationalen Studierenden wird in einigen Studien eine besondere Rolle zugewiesen.²⁵ Um diese verstärkt zu gewinnen, müssten Anreize geschaffen werden: starke Unterstützungsstrukturen an den Hochschulen (Abbau von Sprachbarrieren, mehrsprachige Internetpräsenzen) und im kommunalen Umfeld sowie die Etablierung mehrsprachiger und international kompatibler Studiengänge (ZDW 2007: 249; Ziegenbein 2007: 373). Mit diesem sehr praktischen Weg zur Internationalisierung von Hochschulen könne zugleich Multikulturalität sowie Offenheit und damit die Innovations- und Zukunftsfähigkeit einer Region gestärkt werden.²⁶ Langfristig sei eine Heterogenisierung über vermehrte Integrationsleistungen in der Gesellschaft erforderlich (BMVBW/BBR 2004: 10).
- Zudem sollten für ausländische Absolventen und Absolventinnen auch Beschäftigungsperspektiven in der Region eröffnet werden. Dadurch ließe sich zu einem Teil dem Fachkräftemangel entgegenwirken (Dohmen/Himpele 2007: 302; ZDW 2007: 249).

Die *Ausgestaltung neuer Bildungsformen* an Hochschulen zielt auf die dauerhafte Auslastung vorhandener Studienkapazitäten. Ein häufig genanntes Instrument sind hier Weiterbildungsangebote an Hochschulen.²⁷ So könnten sich Hochschulen auch als Weiterbildungszentren etablieren (Nexus 2006: 182). Die Rückstände der Innovationsfähigkeit in Ostdeutschland seien im Zusammenhang mit mangelnder Qualifizierung der jüngeren Altersgruppen zu sehen, weswegen die hochschulische Weiterbildung gestärkt werden sollte (Dohmen/Himpele 2007: 302). Auch könnten sich Hochschulen stärker in der dualen Ausbildung besonders in ländlich geprägten Regionen engagieren (ebd.: 308f.).

Ebenso werden im Bereich der Hochschuldidaktik werden Verbesserungen angeregt, um die Studierneigung und die Attraktivität eines Hochschulstudiums zu erhöhen. So könnten etwa reine Vorlesungen abgeschafft und die Bereiche Teamwork und Kooperation unter den Studierenden stärker gefördert werden (ebd.: 313).

Durch die Öffnung des Hochschulstudiums für neue Studierendengruppen werde die Frage nach der Kompatibilität von Hochschulen mit den Lebenswirklichkeiten dieser Gruppen drängender. Junge Familien oder Arbeitnehmer/innen könnten den üblichen Anwesenheitsregelungen an Hochschulen nicht oder nur erschwert folgen (Nexus 2006: 177; ZDW 2007: 250). Mittels der Etablierung von Teilzeit- und Fernstudiengängen wäre es möglich, auch diesen die akademische Qualifizierung zu erleichtern (Banscherus et al. 2009a: 157).

Mit der erfolgreichen Gewinnung nichttraditioneller Studierender wird zugleich die Frage dringlicher, wie sich der Studienerfolg sicherstellen lässt. Die Verringerung der Studienabbrecherquote ist bereits heute eine Herausforderung, die aber bei steigender Heterogenität der Studierendenschaft nochmals zunimmt. Daher sollten gezielte Beratungsangebote in der Übergangsphase von Schule zum Studium unterbreitet werden (Banscherus et al. 2009a: 154; ZDW 2007: 250). Aber auch während der Studienzeiten könnten mit dem Ausbau der Beratungs- und Betreuungsangebote an den Hochschulen ent-

²⁵ Banscherus/Reiß/Gulbin/Seidel (2009: 153); Deutscher Bundestag (2009: 51); Dohmen/Himpele (2007: 302); Nexus (2006: 182); ZDW (2007: 249f.); Ziegenbein (2007: 373)

²⁶ siehe auch unten Punkt 2.3.4. Weiche Faktoren

²⁷ u.a. Banscherus et al. (2009b: 187); Deutscher Bundestag (2009: 51); Dörre/Neis (2010: 162); Nutz (2004: 6); Nexus (2006: 182)

sprechende Erfolge zu verbuchen sein (Banscherus et al. 2009a: 187). Auch die Verbesserung der Lehrqualität könne zur Steigerung der Studienattraktivität und des Studienerfolgs beitragen (Dohmen/Himpele 2007: 306).

Insgesamt sei es wichtig, die Studienverlaufsplanungen zu flexibilisieren, den Übergang von Bachelor- zu Masterphase offener zu gestalten und dabei auch Elternzeiten oder einen zwischenzeitlichen Berufseinstieg einzubeziehen (Dohmen/Himpele 2007: 312f.).

Die Öffnung hin zu Ideen des *Studium Generale* könne die Attraktivität steigern und gleichzeitig die Wissensbasis neben der spezialisierten Ausbildungsleistung erhöhen (ebd.: 306). So sollten „zu jedem Bachelorstudium u.a. Sprach-, ökonomische, juristische und/oder technisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse ebenso gehören wie die so genannten ‚Schlüsselkompetenzen‘“ (ebd.: 311).

2.1.5. Regionale Profilierung des Studienangebots

Profilbildung kann verschiedene Bereiche betreffen: Profilierung in der Forschung,²⁸ regionale Vernetzung mit anderen Wissenschaftsinstitutionen und/oder dem Wirtschaftsbereich²⁹ sowie die Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen. Die folgende Auswertung bezieht sich auf die hochschulbildungsrelevanten Aspekte.

Vielfach wird eine stärkere Profilbildung des Hochschulangebots gefordert, um als einzelne Hochschule für Studieninteressierte attraktiv zu sein bzw. zu bleiben. Zwar ist hier auch die gegenteilige Sichtweise – die Aufrechterhaltung einer möglichst großen Breite und Vielfalt des Studienangebots – begründbar: Es besteht ein empirisch nachgewiesener Zusammenhang zwischen räumlicher Nähe zu Fächerangeboten und der individuellen Neigung, ein Studium aufzunehmen (Spiess/Wrohlich 2008), d.h. die regionale Studierneigung sinkt, umso weniger Fächerangebote in der Region vorhanden sind. Doch hat sich einstweilen die Auffassung durchgesetzt, dass Profilbildung mit der Ausprägung von Alleinstellungsmerkmalen der jeweiligen Hochschule vorteilhafter sei als möglichst große Breite der Studienangebote. Diesbezüglich finden sich in den Studien und Evaluationen folgende Empfehlungen:

- Im Zusammenhang mit der Frage, wie sich die Studierneigung fördern lasse, wird eine verstärkte Kooperation der Hochschulen mit dem regionalen Schulsektor empfohlen, um auf diese Weise künftige Abiturienten frühzeitig an die jeweilige Hochschule zu binden (Nexus 2006: 180).
- Strategisch wird besonderes Augenmerk auf die Ausrichtung am regionalen Arbeitsmarkt und an den wirtschaftlichen Bedarfsannahmen der Unternehmen gelegt. Es sei dabei auf Komplementarität des Bildungsangebots zu setzen (Dohmen/Himpele 2007: 304; Fritsch et al. 2008: 37), um die Kooperationsmöglichkeiten der Hochschulen im Bildungs-, Forschungs- und Transferbereich von Hochschulen in die Region und zu den regionalen Unternehmen zu stärken. Auch Rosenfeld et al. (2005: 149) setzen auf eine Umstrukturierung des Wissenschaftsangebots entlang regionaler Stärken und Branchenschwerpunkte. Diese Einschätzung teilt Rosner (2005: 233) und empfiehlt, die regionale Einbettung bei Hochschulplanungen verstärkt zu berücksichtigen, um den Erfolg eines regionalen Wissenstransfers langfristig zu erhalten.³⁰ Diese Kopplung könne zu einer stärker praxisorientierten Ausbildung der Studierenden beitragen (Behr et al. 2010: 114) und gleichzeitig eine Annäherung zwischen Absolventen und regionalem Arbeitsmarkt fördern (Rosner 2005: 234; Schultz 2007: 105).

²⁸ siehe unten Punkt 2.2. Forschungs- und Transferfunktion der Hochschulen

²⁹ siehe unten Punkt 2.2.2. Kooperationsaktivitäten

³⁰ siehe unten Punkt 2.3. Sozialräumliche Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit

- Hochschulen könnten dabei unterstützend wirken und zur Deckung des regionalen (Fachkräfte-) Bedarfs der Unternehmen beitragen, indem sie Praktikavermittlung betreiben, Firmentage veranstalten oder Karrierezentren einrichten (ZDW 2007: 250). Über derartige Plattformen aufgebaute Kontakte könnten für Studierende Gelegenheitsstrukturen bieten, um bereits während des Studiums am Praxis- und Erfahrungswissen der Akteure im Berufsfeld teilzuhaben (Pasternack et al. 2008; Rosner 2005: 234).
- Es sollte zudem die Beschäftigungsfähigkeit der Bachelor-Absolventen gestärkt werden, da diese derzeit entweder ein „Diplom- oder Magisterstudium light“ mit verringertem Fachwissen genossen oder zu stark spezialisiert seien (Dohmen/Himpele 2007: 301). Besonders die KMU-geprägte Unternehmensstruktur in den ostdeutschen Ländern sei jedoch auf vielseitig einsetzbare Mitarbeiter/innen mit soliden Fachkenntnissen statt auf eng qualifizierte Spezialisten angewiesen (ebd.: 302) und benötige eine in diesem Sinne praxisorientierte Ausbildung ihrer zukünftigen Fachkräfte (ebd.: 304f.), denn „die Wirtschaftsstruktur der neuen Länder hat insgesamt eine etwas schwächere wissenschaftliche Ausrichtung als die der alten Länder“ (ebd.: 304).

Die regionale Anpassung der Hochschulen führe jedoch auch zu größerer Mobilität der Studienanfänger, wenn ihre Studien- und Ausbildungswünsche nicht kohärent mit den lokalen Hochschulangeboten seien (Nutz 2004: 6). Denkbar sei eine Trennung der Hochschullandschaft in einen Bereich der Grundlagenausbildung und in einen zweiten Bereich der hohen und spezialisierten Ausbildung (Nutz 2004: 6; Eisenkopf 2007: 211). Eine hochschulplanerische Option wäre in diesem Zusammenhang die länderübergreifende Gestaltung von Hochschulstrukturen (Dohmen/Himpele 2007: 303f.).

2.1.6. Zwischenfazit

Die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen formulierten Handlungsempfehlungen bauen, soweit sie die hochschulische Bildungsfunktion behandeln, auf folgenden zentralen *Zusammenhangsannahmen* auf: Die hochschulische Bildungsfunktion umfasse verschiedene Aus- und Weiterbildungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen. Durch deren konsequente Umsetzung werde die Wissensbasis einer Region erhöht und dem Risiko zunehmend schwindender Innovationsfähigkeit Ostdeutschlands auf Grund mangelnder Qualifizierung der Arbeitnehmer vorgebeugt. Bei enger Abstimmung auf die tatsächlichen Bedarfe des regionalen Wirtschaftssektors, der sich besonders im Bedarf an Fachkräften zeige, könne dessen wirtschaftliche Prosperität ebenso stimuliert werden wie die Innovationsfähigkeit und Attraktivität für weitere unternehmerische Ansiedlungen.

Als *Erfolgsfaktoren* von Hochschulausbildungen, die in diesem Sinne zielführend sind, nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an,³¹ dass starke Hochschulen in einer Region neben (zusätzlichen) finanziellen Unterstützungen vor allem durch folgende Ansätze der Hochschulentwicklung entstehen:

- Die Ausrichtung an regionalwirtschaftlichen Branchenschwerpunkten bspw. durch Herstellung von Komplementarität der Bildungsangebote führt zur langfristigen Stärkung der Wissensbasis der Region und fördert langfristig den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und den regionalen Unternehmen.
- Durch die gezielte Vermittlung von Studierenden und Absolventen in den lokalen Arbeitsmarkt bspw. mittels Praktika oder Karrierezentren können hochschulische Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft gestärkt werden.

³¹ Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

- Die Förderung von Ausgründungen aus den Hochschulen kommt dem regionalen Wissenstransfer und Innovationsgeschehen zugute.
- Durch eine verstärkte Vernetzung mit den ansässigen Schulen können Schulabgänger/innen für ein Studium innerhalb der Region interessiert werden, was potenziellen Abwanderungstendenzen in westliche Bundesländer entgegenwirken kann.
- Synergieeffekte kommen durch Kooperationen mit anderen regionalen Hochschulen zustande. So können bspw. Doppelangebote vermieden werden und neue Studiengangskonzepte oder Graduierteneinrichtungen entwickelt werden.
- Über vermehrte Beratungs- und Betreuungsangebote sowie flexiblere Studienmöglichkeiten wie Fern- und Teilzeitstudiengänge, individualisierbare Studiengeschwindigkeiten oder Weiterbildungsangebote lassen sich neue Studierendengruppen ansprechen. Hierzu zählen die Öffnung für Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung oder Nachwachsende aus weniger bildungsaffinen Milieus. Auch internationale Studierende können so vermehrt angezogen werden.
- Die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen kann über ein Studium Generale mit Ausbildungsanteilen aus anderen Fächergruppen oder der Vermittlung von sozialen und kommunikativen Fähigkeiten erhöht werden.
- Eine verbessertes Betreuungsangebot, wie bspw. über Mentoring-/Tutoren-Programme oder über Beratungsleistungen der Hochschule, kann die Studienplatzwahl verbessern und damit die Studienabbrecherquote verringern.
- Über die Erhöhung der Durchlässigkeit und Flexibilität zwischen Bachelor- und Masterphase und die Möglichkeit zur späteren Wiederaufnahme des Studiums, bspw. nach Elternzeiten oder einem bereits erfolgten Berufseinstieg, können neue Studierendengruppen angesprochen werden.
- Die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen kann über eine veränderte Hochschuldidaktik hin zur Vermittlung sozialer Kompetenzen und der Erhöhung fachübergreifender Wissensanteile gestärkt werden.

Als *Risikofaktoren* für das etwaige Nichtgelingen in diesem Sinne zielführender Hochschulausbildungen nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an:³²

- Eine unzureichende Auseinandersetzung der Politik mit den Folgen des demografischen Wandels für Hochschulplanung und -organisation.
- Ein zu einseitiges Bildungs- und Ausbildungsangebot kann die Abwanderung potenzieller Studienbewerber aus der Region verstärken, wenn mögliche Studienwünsche nicht kohärent mit dem Studienangebot sind. Dies kann bspw. bei einer verstärkten fachlichen Ausrichtung entlang der regionalen Branchenschwerpunkte geschehen.
- Dazu wird weiterhin angemahnt, dass der Verzicht auf eine Orientierung an regionalen Bedarfen der Unternehmen zu einer vermehrt überregionalen Arbeitsaufnahme der Absolventen führen kann. Folglich würden die öffentlich investierten Mittel in die Bildungsangebote der Hochschulen nicht steuerlich in die Bundesländer zurückfließen.
- Ebenfalls bedacht werden müsse das Risiko einer Trennung der Hochschullandschaft in einen Basis(ausbildungs)bereich und einen der hohen spezifischen Qualifikationen, wenn die Angebote der Hochschulen zu eng an den regionalen Bedarfen ausgerichtet seien.
- Eine verstärkte Fokussierung auf die reine Erhöhung der Studierendenzahl bei gleichzeitiger Nichtbeachtung der Studieneignungen kann die Qualität der Hochschulausbildung belasten.

³² Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

Übersicht 2 fasst die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen identifizierten Handlungsempfehlungen zur Hochschulbildung schlagwortartig zusammen.

Übersicht 2: Handlungsempfehlungen zur Hochschulbildung im Überblick

Gestaltungsbereich	Handlungsempfehlungen	Quellen
Gestaltung des tertiären Bildungssystems	Stärkung der Hochschulautonomie	IWH (2011: 101); Dienel (2005: 90); Eisenkopf (2007: 211); Franz (2007: 158);
	Beibehaltung/Ausbau der Ausbildungsleistungen der Hochschulen (quantitativ & qualitativ)	Assenmacher et al. (2004: 237); Leßmann/Wehrt (2005: 48); Rosner (2005: 234); Ziegenbein (2007: 371)
	Verstärkte Forschungsbindung bei gleichzeitigen Praxiskontakten	Pasternack (2007: 388); Pasternack et al. (2008)
	Einbindung regionaler Faktoren in die Hochschulplanung (u.a. „Sonderförderung Ost“)	Banscherus et al. (2009b: 154); Behr et al. (2010: 114); Dohmen/Himpele (2007: 302); Fritsch et al. (2008: 37); Holtmann (2012: 12); Pasternack (2007, 2010); Rosner (2005: 233f.); Rosenfeld et al. (2005: 149); Schultz (2007: 105); Ziegenbein (2007: 374)
	finanzielle Stärkung der Hochschulen	Dohmen/Himpele (2007: 314); Dörre/Neis (2010: 161)
	Hochschulförderung auch durch Bundesfinanzen; Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei Hochschulfinanzierung lockern	Holtmann (2012: 15)
	Gestaltung einer länderübergreifenden Hochschulstruktur	Dohmen/Himpele (2007: 303f.)
	Aufwertung der Lehre und deren Qualität	Dohmen/Himpele (2007: 306, 310, 313)
	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und hochschulischer Ausbildung	Dohmen/Himpele (2007: 307f., 312f.); Pasternack (2007: 420)
	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Hochschularten	Dohmen/Himpele (2007: 307f.), ZDW (2007): 250
	Öffnung der Übergänge zwischen Bachelor- und Master-Studiengängen	Dohmen/Himpele (2007: 312f.); Pasternack (2007: 420)
	Neustrukturierung oder Abschaffung bisher abgegrenzter Fachbereiche	Dohmen/Himpele(2007: 309)
Studienplatznachfrage und -kapazitäten	Beibehaltung/Ausbau der Ausbildungsleistungen der Hochschulen (quantitativ & qualitativ)	Leßmann/Wehrt (2005: 48); Rosner (2005: 234); Ziegenbein (2007: 371)
	Stärkung der Ausbildungsplatzkapazitäten bei stärker von Frauen nachgefragten Studiengängen	Banscherus et al. (2009b: 182)
	Anwerbung von Frauen besonders in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen	Dohmen/Himpele (2007: 305)
	Nachfragesteigerung durch individuellere Studiengänge/-verläufe	Dohmen/Himpele (2007: 307f., 312f.); Pasternack (2007: 409ff., 2010: 528f.)
	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Fächern/Quereinstiege ermöglichen	Dohmen/Himpele (2007: 307f.); Pasternack (2007: 411)
Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung	Schaffung von Strukturen im Sinne des Lebenslangen Lernens	Deutscher Bundestag (2009: 52); MLV LSA (2008: 45);
	Ansprache bildungsferner Milieus	MLV LSA (2008: 45); ZDW (2007: 249);
	Etablierung von dualen Studiengängen	Dohmen/Himpele (2007: 308f.)
Gewinnung neuer Studierendengruppen und neue Bildungsformen	Öffnung/verstärkte Ansprache der Hochschulen für/von:	
	a) Weiterbildungsangebote	Banscherus et al. (2009b: 187); Deutscher Bundestag (2009: 51); Dohmen/Himpele (2007: 302); Dörre/Neis (2010: 162); Nexus (2006: 182); Nutz (2004: 6)
	b) internationale Studierende	Banscherus/Reiß/Gulbin/Seidel (2009: 153); Deutscher Bundestag (2009: 51); Dohmen/Himpele (2007: 302); Nexus (2006: 182); ZDW (2007: 249f.); Ziegenbein (2007: 373)

Gestaltungsbereich	Handlungsempfehlungen	Quellen
	c) Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung	Banscherus et al. (2009b: 181); ZDW (2007: 249f.)
	d) junge Frauen	Dohmen/Himpele (2007: 305); Pasternack (2007: 409ff.)
	e) Studierende mit Kindern	ZDW (2007: 250)
	f) Senioren	Nutz (2004: 6); ähnlich Deutscher Bundestag (2009: 51)
	Erweiterung des Angebots an Teilzeit- und Fernstudiengängen	Banscherus et al. (2009b: 157); Nexus (2006: 177); ZDW (2007: 250)
Regionale Profilierung des Studienangebots	Stärkere Orientierung an Bedarf der regionalen Wirtschaft	Dohmen/Himpele (2007: 302); Fritsch et al. (2008: 37); Rosenfeld et al. (2005: 149); Rosner (2005: 233)
	Kooperation im Bereich der Studierendenausbildung und -vermittlung	Behr et al. (2010: 114); Pasternack et al. (2008); Rosner (2005: 234); Schultz (2007: 105)
	Vermeidung voneinander isolierter Mehrfachangebote	ZDW (2007): 250

2.2. Forschungs- und Transferfunktion der Hochschulen

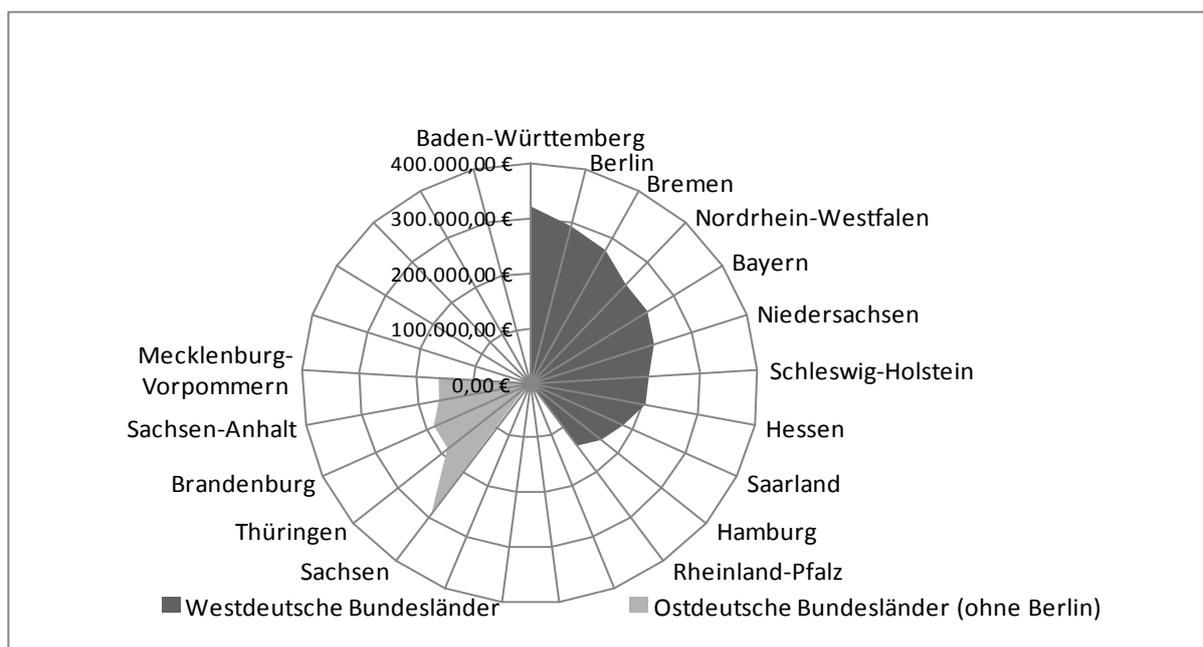
Neben den Qualifikationen der Beschäftigten³³ sind vor allem Forschung und Transfer wissenschaftlichen Wissens für die Zukunftsfähigkeit einer Region von Bedeutung. Ökonomische Entwicklung in durch demografische Schrumpfung geprägten Regionen lässt sich, so die allgemeine Annahme, durch verstärkte bzw. optimierte Wissensbasierung und den damit verbundenen Innovationspotenzialen erzeugen. Wird diese Annahme als gültig unterstellt, so sind hochschulische Ressourcen eine zentrale Bedingung der Regionalentwicklung. Die Kopplung von Hochschulentwicklung, welche Problembearbeitungswissen in die Region und den Anschluss an überregionale Wissensschleifen bringt, und der Regionalentwicklung, die sich unter Schrumpfungsbedingungen durch spezifische Bedarfe auszeichnet, erfordert eine aktive Gestaltung von förderlichen Kontexten. Gelänge es, hochschulische Forschungs- und Transferleistungen als externe Effekte auf die Regionalentwicklung verstärkt nutzbar zu machen, könnten Hochschulen ihre Kapazitäten und Ressourcenausstattungen auch jenseits der Nachfrage nach grundständigen Studienangeboten legitimieren. Ihnen käme eine integrierende Funktion zwischen wirtschaftlichen Bedarfen, innovativen Ideen, regionalen Problembearbeitungsnotwendigkeiten und kommunalen Akteuren zu.

2.2.1. Rahmenbedingungen der Forschung

Die Einnahmen von Hochschulen setzen sich aus (a) den durch die Bundesländer zur Verfügung gestellten Grundmitteln für Lehre und Forschung, (b) eingeworbenen privaten und öffentlichen Drittmitteln sowie (c) Einnahmen aus Verwaltungsakten zusammen. Dabei stellen die eingeworbenen Drittmittel einen verbreiteten Indikator erfolversprechender und erfolgreicher Hochschulforschung dar. Betrachtet man die deutsche Hochschullandschaft in Bezug auf die privaten und öffentlichen Drittmittel, so wird ein deutlicher Unterschied zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern augenscheinlich. Zwar belegt der Freistaat Sachsen mit 290.770 Euro pro Professor den zweiten Platz in der Drittmittel-Rangliste der Bundesländer, doch die anderen ostdeutschen Bundesländer sind erst in der zweiten Hälfte zu finden; Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern belegen dabei vor Rheinland-Pfalz die Plätze 14 und 15. (StatBA 2012: 40) (Übersicht 3)

³³ Siehe oben Punkt 2.1. Bildungsfunktion der Hochschulen

Übersicht 3: Drittmittel pro Professor/Jahr nach Bundesländern (2009)



Quelle: StatBA (2012: 40)

Eine weitere Diskrepanz wird im Bereich der Drittmittel deutlich: Unterteilt nach ihrer Herkunft wird in den westdeutschen Bundesländern ein deutlich größerer Anteil der oben angeführten Drittmittel aus nichtöffentlichen Quellen akquiriert. Wurden in den westdeutschen Ländern (incl. Berlin) 75,1 % der Drittmittel aus nichtöffentlichen Geldern bestritten, waren es in den ostdeutschen Ländern nur 62,9 %; Schlusslicht in diesem Bereich bildete Mecklenburg-Vorpommern mit 56,9 %. Bezogen auf den Anteil der gewerblichen Wirtschaft an den eingeworbenen Drittmittel belegt zwar die Hansestadt Hamburg mit 6,2 % den letzten Platz; vergleicht man jedoch die ostdeutschen (19,9 %) und westdeutschen Länder (incl. Berlin) insgesamt (23,2 %), so wird hier ein deutlicher Unterschied sichtbar. (Vgl. StatBA 2011: 127)

Der geringere Anteil an Mitteln aus der Wirtschaft im Osten der Bundesrepublik lässt sich zum einen durch eine klein- und mittelständigen Unternehmensstruktur (Dohmen/Himpele 2007: 302), zum anderen durch eine eher kleinteilige Hochschullandschaft erklären; letzteres erschwerte die Suche nach potenziellen Kooperationspartnern (Koglin 2011: 14, 154) und die Bildung leistungsstarker Netzwerke. Aus diesem Grund thematisieren Experten häufig einen Bedarf an (Sonder-)Förderung betrieblicher FuE im Osten Deutschlands (Holtmann et al. 2012: 12).

In Bezug auf hochschulische Finanzausstattungen gelte es zum einen, Wissenschaftsausgaben householdtechnisch als Investitionen in die Zukunft zu definieren (Pasternack 2007: 398). Fokussiert auf die Stärkung Ostdeutschlands im bundesdeutschen Innovationssystem empfehlen auch von Dohnanyi und Most (2004: 21) zusätzliche Mittel für den Forschungsbereich Ost, um diesen stärker auszubauen und zu fördern. Zum anderen müssten Hochschulen als „Innovationsagenturen“ auftreten, sollte dem Ziel selbsttragender Regionalentwicklungen näher gekommen werden. Gehe man von einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft aus, könnten Hochschulen Funktionen übernehmen, die derzeit angesichts der geringen Ausstattung mit privat finanzierter FuE nur in unzureichendem Maße erfüllt werden können. Für Hochschulen, in deren Sitzregion die Studienberechtigtenzahlen rückläufig sind, sei damit ein Weg aufgezeigt, ihre Ressourcenausstattung auch zukünftig legitimieren zu können. (Pasternack 2007: 397ff., 429)

Generell gelte es, die Forschungsinfrastruktur sowie die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, um langfristig eine Erhöhung der (technologischen) Leistungsfähigkeit der östlichen Bundesländer zu erreichen (Holtmann et al. 2012: 10, 67). Beim Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen stehe, so eine Expertenbefragung, der Wunsch nach Vernetzung im Vordergrund, die sich inhaltlich auf anwendungsbezogene Forschung, Wissenstransfer, Qualifizierung und Innovation fokussieren solle (ebd.: 15).

Hochschulen könnten jedoch nur als zentraler Entwicklungsmotor von Regionen agieren, wenn Grundlagen- und Anwendungsforschung nicht isoliert voneinander vollzogen würden. Erstere bilde die Basis innovativer Forschung. Zugleich müsse man sich von tradierten Zweckfreiheitsvorstellungen hochschulischer Forschung insofern lösen, als es zwar auch, aber nicht allein um Forschung ohne Nutzungskalkül ginge. (Pasternack 2010: 521f.)

Ebenso empfehlenswert sei die Stärkung von An-Instituten, da diese eine wesentliche Scharnierfunktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft einnehmen, was bisher von Seiten der Hochschulleitungen jedoch kaum unterstützt würde (Behr et al. 2010: 114).

Unter dem Begriff „Sondernachwuchszone Ost“ schlägt Pasternack (2007: 423f.) verschiedene Aktivitäten vor, die unterstützend wirken können, wenn es darum geht, wissenschaftlichen Nachwuchs für die ostdeutschen Hochschulen zu sichern. Untergliedert in vier Bereiche werden Vorschläge zur finanziellen Ausstattung (1), der Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses (2), der Attraktivität einer wissenschaftlichen Tätigkeit (3) sowie Maßnahmen auf organisatorischer und politischer Ebene (4) für eine solche Region unterbreitet:³⁴

- 1) finanzielle Ausstattung der Promovierenden durch das Angebot von Zweidrittel- oder vollen statt halben Stellen; Stipendien vor allem für ausländische Promotionskandidaten; Anreizung von Spitzenleistungen durch personelle oder finanzielle Unterstützung;
- 2) Angebot von Promotionsprogrammen; Verbesserung der Rahmenbedingungen einer Promotion u.a. durch intensivere Betreuung und durch Kooperation unter Promovierenden; Betreuung nicht alleinig durch Einzelpersonen, da dann das Ausfallrisiko vom Promovend zu tragen sei, sondern durch den Fachbereich, u.a.m.;
- 3) hochschulinterne Finanzaufstockungen an solche Institute/Fachbereiche, die den Nachwuchs in besonders innovativer Weise unterstützen; frühzeitige Ansprache leistungsstarker Studierender im Blick auf eine Promotion sowie deren promotionsvorbereitende Integration in Forschungsaktivitäten; Übernahmeangebote im Falle einer guten Promotion; flache Hierarchien; Schaffung hochschulinterner Aufstiegschancen, um den Grad an Planungssicherheit für Karrieren zu erreichen (Tenure-Track-Stellen); Aufhebung des Hausberufungsverbots; Karriereförderung durch Mentoring; Dual-Career-Optionen; Rückkehrerprogramme für frühere Absolventen u.a.m.;
- 4) Ermöglichen von kooperativen Promotionen mit Fachhochschulen (gegen nach wie vor verbreitete Widerstände); Abbau von Nachteilen, denen Nachwuchswissenschaftler/innen ohne EU-Staatsbürgerschaft ausgesetzt sind; Auslobung eines Nachwuchspreises der ostdeutschen Länder, an den die Option zur Gründung einer Nachwuchsgruppe gekoppelt ist; Evaluation der Nachwuchsförderung u.a.m.

Neben berufsbezogenen Perspektiven entscheiden auch weiche Standortfaktoren über einen langfristigen Verbleib von Absolventen/Nachwuchswissenschaftlern in der Region. Zu diesen zählen u.a. regionales Image, soziales Klima, Bildungsangebote, Kultur, Gastronomie- und Freizeitangebote, Umweltqualität, Wohnwert oder die Kriminalitätsrate.³⁵

³⁴ detailliert siehe Pasternack (2010: 423-427)

³⁵ Siehe unten Punkt 2.3.4. Weiche Faktoren

2.2.2. Regionale Innovationsaktivitäten

Hochschulen befinden sich (potenziell) in einem dichten Netzwerk von Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen, Kommunen und politischen Akteuren. Oben wurden Ansätze aufgezeigt, wie Hochschulen bereits in der Ausbildung der Studierenden Beiträge zur Zukunfts- und Innovationsfähigkeit der sie beheimatenden Regionen leisten können.³⁶ Dies ist nun um die Rolle der Hochschulen im regionalen Forschungs- und Transferbereich zu ergänzen.

So sollten Hochschulen ein stärkeres Interesse an regionalwirtschaftlichen Entwicklungen zeigen. Sie profitierten – ebenso wie Unternehmen – von Lieferbeziehungen, Informationsfluss und einer breiten Humankapitalbasis. Zusätzlich könne ihr Haushalt durch Drittmittel verbessert werden; Absolventen erhielten Beschäftigungsmöglichkeiten, was wiederum zu einer Verbesserung des Rufs der jeweiligen Hochschule führen könne. (Schultz 2007: 104)

Regionale Innovationspolitik wird als Schlüsselinstrument für die zukunftsfähige Entwicklung von Regionen gesehen.³⁷ Innovation durch Strukturbildung und Ressourceneinsatz, d.h. durch Forschungsförderung zu organisieren sei zwar generell mit erheblichen Erfolgsunsicherheiten verbunden. Doch würden diese Risiken nicht eingegangen, sei jedenfalls eines gewiss: Das Ziel selbsttragender Entwicklungen in Ostdeutschland könne kaum erreicht werden. (Pasternack 2007: 388) Durch Innovationspolitik geschaffene Strukturen könnten auch die regionale (Wirtschafts-)Entwicklung insgesamt stimulieren (Fritsch 2004: 118; Schultz 2007: 104). Allerdings sollte die Politik nicht versuchen, Innovationscluster bewusst zu initiieren, da dies „angesichts der vielfältigen damit verbundenen Informations- und Steuerungsprobleme kaum gelingen kann“ (Fritsch 2004: 121):

- Als wichtig wird eine *regionalspezifische Gestaltung von Innovationspolitik* (Dohmen/Himpele 2007: 304; Rosner 2005: 233) unter Einbeziehung lokaler Akteure in die politische Konzeption (Fritsch 2004: 108) angesehen. Auch die öffentliche Verwaltung sollte in diesen Prozess mit einbezogen werden. Gemeinsame Arbeitsgemeinschaften aus wissenschaftlichen Experten und Verwaltungen könnten passgenaue Lösungskonzepte entwickeln, um zunehmenden Disparitäten der Regionalentwicklung zu begegnen (Matthiesen 2004: 111). Auf diesem Wege könnten umfassende Implementationsmaßnahmen ergriffen werden, die von den Beteiligten mitkonzipiert und getragen würden

Wissenstransfer sei häufig regional ausgerichtet und könne an Kraft verlieren, wenn bspw. Zentralisierungsstrategien die Konzentration einzelner Fachbereiche auf bestimmte Hochschulstandorte vorsehen sollten (Rosner 2005: 233). Die Ausrichtung von Wissenschaftseinrichtungen solle sich daher an regionalen Stärken, wie bspw. Branchenschwerpunkten, orientieren (Dohmen/Himpele 2007: 304; Fritsch 2004: 120); Rosenfeld et al. 2005: 149). Kritisch wird von einigen Experten aber auch angemerkt, dass es gerade dann zu einer unzureichenden Berücksichtigung regionaler Stärken kommen könne, wenn thematische Förderschwerpunkte im Bereich wissenschaftlicher Forschung per Vorabfestlegung bestimmt würden (Holtmann et al. 2012: 160).

Es bedürfe einer umfassenden Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Innovationspotenzialen vor Ort, um passgenaue Lösungskonzepte zu entwickeln. Standortentscheidungen und Entwicklungen öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen seien in diesem Zusammenhang politisch steuerbar. Der öffentliche Innovationssektor stelle die Basis dafür dar, auch private Innovationsaktivitäten in der Region zu verankern. (Fritsch 2004: 120) Stützt sich regionale Innovationspolitik besonders auf den Hochschulbereich, so sollte jedoch bedacht werden, dass der Beitrag hochschulischer Forschung geringer ist als bei privaten FuE-Einrichtungen (Fritsch/Slavtchev 2007: 213). Zudem sei

³⁶ siehe oben Punkt 2.1. Bildungsfunktion der Hochschulen

³⁷ u.a. Behr et al. (2010: 111); IWH (2011: 102); Diemel (2005: 91); Fritsch (2004: 118ff.); Fritsch/Slavtchev (2007: 213); Eisenkopf (2007: 209); Nexus (2006: 180); Rosenfeld/Franz/Roth (2005: 149)

zu beachten, dass Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen meist überregional oder international ausgerichtet sind (Fritsch 2004: 117). Dies schlage sich auch darin nieder, dass die innerwissenschaftliche Reputation von Professuren und Instituten mit stark regionalspezifischem Bezug meist niedriger sei als diejenige von Einheiten ohne eine derartige Fokussierung (Behr et al. 2010: 111). Zudem könne eine zu starke Ausrichtung entlang der vorhandenen Schwerpunkte einen „Lock-in-Effekt“ hervorrufen und damit die Ansiedlung weiterer Branchen erschwert werden. (Fritsch et al. 2008: 31)

Wirtschafts- und Innovationspolitik sind eng miteinander verflochten. So würde über die Stimulierung regionaler Innovationspotenziale gleichzeitig die regionale Wirtschaft gefördert (Rosner 2005: 233). Besonders bei innovationspolitischen Planungen sei es unabdingbar, die regionalspezifischen Ressourcen und Problemstellungen ebenso mit einzubeziehen wie lokale Akteure (Fritsch 2004: 118). Dabei sei der Umstand zu beachten, dass die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur maßgeblich durch KMUs geprägt ist, weswegen Experten häufig einen Bedarf an (Sonder-)Förderung betrieblicher FuE thematisierten (Holtmann et al. 2012: 12). Wichtig sei es, KMUs frühzeitig für höherwertige Transferformen wie bspw. Forschungsk Kooperationen fit zu machen. Dies könnte über Landesförderprogramme vorangetrieben werden, welche als Zwischenschritt fungieren könnten, bis sich die Ausgründungen und auch die Gründerausbildung der Hochschulen als funktionsfähig erweisen (Rosenfeld et al. 2005: 149) Vom Bund wird in diesem Zusammenhang gefordert, mehr Mittel für die Innovationsfreudigkeit des Mittelstandes bereitzustellen, um Kooperationen zwischen Wirtschaft und Forschung zu fördern (Deutscher Bundestag 2009: 41).

- Behr et al. (2010: 111) empfehlen eine *stärkere Förderung von Instituten und Professuren mit einem Regionalbezug*, sowohl inneruniversitär als auch z.B. seitens des BMBF. Besonders drittmittelstarke Institute sollten von inneruniversitären Verteilungskämpfen befreit werden, um ihnen mitwachsende Infrastrukturen zu ermöglichen (ebd.: 113). Realisiert werden könne dies mittels Vereinbarungen zwischen Hochschulen und Landesministerien, welche forschungsaktive Professuren gesondert ausstatten und dabei auch „mitwachsende Infrastrukturen“ ermöglichen könnten (ebd.).
- Im Rahmen eines *regionalen Wissensmanagements* gelte es, ungenutztes Wissen zu erschließen und die Erzeugung neuen Wissens anzuregen. Zur Ermittlung des Wissensbedarfes regionaler Wirtschaft müssten Unternehmen aktiv angesprochen werden, anstatt ausschließlich passive Informationsquellen anzubieten. Dies gelte besonders dann, wenn Unternehmen in Innovationsprozesse eingebunden werden solle. (Pasternack 2007: 433ff.) Gezielt könnten regionale Institutionen gefördert werden, welche technologische Entwicklungen beobachten und ihre Erkenntnisse in die Region transferieren (Fritsch 2004: 122). Um Spezialisierungsprofile innerhalb der Region weiterzuentwickeln, könnten zusätzliche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt werden (Rosenfeld et al. 2005: 149).

Regionales Wissensmanagement umfasse mit der Erschließung von Wissensquellen und der systematischen Verknüpfung regionalen Problemlösungsbedarfes mit regionalen Wissensressourcen weit mehr als Transferstellen und Datenbanken (Pasternack 2007: 434ff.). Vorgeschlagen wird, Zielvereinbarungen und Hochschulverträge einerseits und Wettbewerbe sowie temporäre Förderprogramme zu nutzen, um Ziele der Kopplung und gegenseitigen Befruchtung von Region und Hochschule zu verfolgen. Konkrete Beachtung müssten dabei die Übergänge von Anschubfinanzierungen in Normalfinanzierung – vorgeschlagen werden von vornherein degressive Förderungen – sowie Anreize zum Ausgleich hochschulinterner Ressourcenverteilungskonflikte und Gratifikationen entsprechend hochschulinterner Leistungsdifferenzen an den Hochschulen finden. (Ebd.: 437f.) Die Zielsetzung verstärkten regionalen Wirksamwerdens der Hochschulen, so sei zu beachten, solle durch internationalisierende Elemente innerhalb der Vorhaben „vor einem Abdriften in Provinzialität“ bewahrt werden (ebd.: 438).

- Wichtig sei es auch, die Möglichkeiten für die *Nutzung von gemeinsam erbrachten Forschungsergebnissen* für die Wirtschaft unternehmensfreundlicher zu gestalten (Behr et al. 2010: 114). Es

sollten Förderprogramme für innovationsorientierte Unternehmen einer Region angeboten werden (ebd.: 121).

- Zudem könne der *regionsexterne Austausch von Personal* des Wirtschafts- und Wissenschaftsberichts der Bildung von Netzwerken dienlich sein, da letztere zumeist auf Grund von persönlichen Kontakten entstünden (Fritsch 2004: 122). Denn wichtig für Innovationsprozesse sei besonders das „implizite Wissen, das nicht in schriftlicher Form festgehalten, sondern in Person der an der Hochschule tätigen Wissenschaftler präsent ist“ (Fritsch et al. 2008: 11).
- Die politische *Förderung weicher Standortfaktoren* könne sich positiv auf das innovative Milieu einer Region auswirken (Fritsch 2004: 119; Nexus 2006: 181). In den östlichen Bundesländern übernehme der Hochschul- und Forschungssektor wesentlich die Förderung innovationsgeneigter Milieus. Daher gelte es, diesen nicht als reinen Kostenfaktor zu denunzieren. (Pasternack 2007: 387) Gründer und Pioniere sollten dabei im Fokus der Maßnahmen stehen, da kleinere Unternehmen flexibler und innovationsfreudiger seien als große, dies gelte vor allem in High-Tech-Branchen „bei denen spezifisches Humankapital als Innovationstreiber wirkt“ (Eisenkopf 2007: 203). Zudem erlangten große Unternehmen neue Ideen häufig durch die Übernahme der kleineren (ebd.).

Als regionale Innovationsmotoren werden in mehreren Studien Netzwerke und Cluster betrachtet.³⁸ Innovationsnetzwerke sollten gezielt analysiert, ausgebaut und gefördert werden, um Wissenstransfer und regionale Entwicklung nachhaltig zu stimulieren.³⁹

Mittels derartiger Netzwerke aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen könnten einerseits Arbeitsplätze geschaffen und andererseits Anreize zur Ansiedlung weiterer Unternehmen gesetzt werden. Auch wird konstatiert, dass Unternehmen mit Wissenschaftskontakten häufiger neue Produkte entwickelten und dementsprechend einen höheren Innovationsgrad aufwiesen (Rosner 2005: 228). Dabei sollten besonders Unternehmen schon im Bildungsprozess von Netzwerken und Clustern stärker eingebunden werden, da Hochschulen auf die Signale der Wirtschaft angewiesen seien (Behr et al. 2010: 115).

Zur besseren Verzahnung von Wirtschaft und Forschungseinrichtungen sollten diese bezüglich der FuE-Mittel „über eine einheitliche Verbundrichtlinie gefördert werden“ (Dienel 2005: 91). Würden Teile der bewilligten Fördergelder direkt an diese Netzwerke ausbezahlt, so könnten diese weitere Anträge betreuen, Aus- und Weiterbildung fördern oder Kontroll- und Gutachterfunktionen einnehmen (Behr et al. 2010: 118).

Durch regionalisierte Innovationspolitik könne ein Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Regionen erbracht werden. In Regionen mit fehlenden oder unzureichend ausgebildeten Innovationssystemen könnten umfangreiche Mitteltransfers von außerhalb des Systems durchaus erforderlich sein. In Regionen mit funktionsfähigen Innovationssystemen sei die Beseitigung „festgefahrene[r] Beziehungen und inadäquate[r] Institutionen“ angezeigt. (Fritsch 2004: 120) Allerdings gäbe es bisher nur sehr vereinzelte Beispiele dafür, dass gut funktionierende regionale Innovationssysteme tatsächlich im wesentlichen Ausmaß von Seiten der Politik stimuliert wurden. (Ebd.: 121)

Auch die verschiedenen politischen Einflussmöglichkeiten zum Auf- und Ausbau von Clustern werden unterschiedlich diskutiert:

- Grundsätzlich sei deren Bildung zu fördern. Dies könne u.a. über die Bündelung hochschulischer Ressourcen für Wissenstransfer und Ausgründungsbemühungen mit dem Ziel der außeruniversitären Clusterbildung geschehen. (Nexus 2006: 180)

³⁸ u.a. Assemacher/Leßmann/Wehrt (2004: 239); Behr et al. (2010: 120); IWH (2011: 102); Eisenkopf (2007: 209); Fritsch (2004: 120); Nexus (2006: 180); Ziegenbein (2007: 366)

³⁹ Assenmacher et al. (2004: 239); Behr et al. (2010: 120); Dienel (2005: 91); Ziegenbein (2007: 366)

- Kritisiert wird, dass die Förderungen von regionalen Clustern politisch initiiert seien und so einzelne Wirtschaftsbereiche künstlich stimuliert würden (Eisenkopf 2007: 209; Fritsch 2004: 121). Diesbezügliche staatliche Interventionen stellten eine Hybris, eine Anmaßung von Wissen, dar (Eisenkopf 2007: 205). Besser sei es, gänzlich von der Clusterförderung abzusehen (ebd.: 209).
- Dagegen seien natürlich gewachsene Netzwerke tragfähiger (Ziegenbein 2007: 377). Auch in einer Studie, die im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Länder von mehreren Forschungsinstituten verfasst wurde, wird dieser Kritikpunkt angesprochen und empfohlen, dass Clusterförderungen als reine Anschubfinanzierungen anzuwenden seien (IWH 2011: 102). So müssten sich die Cluster selbstständig behaupten (ebd.), während andernfalls die natürlichen Selektionsmechanismen des Marktes gestört würden (Fritsch et al. 2008: 67).

Ein Element zur Steigerung von Innovationsneigungen könne die vernetzte Hochschule darstellen, indem sie defizitäre Existenzgründungsraten ausgleichen hilft und innovative Unternehmensnetzwerke stützt (Pasternack 2007: 386). Die Schlüsselposition von Hochschulen innerhalb dieser Ansätze bedürfe jedoch institutioneller Veränderungen. Angeführt werden hier hochschulische Technologie- und Transferstellen, um das Wissen der Hochschulen mit der Praxis der Unternehmen zu verbinden.⁴⁰ Derartige Transfereinrichtungen dienten als Übersetzer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Hierzu gibt es differenzierte Auffassungen:

- Um Wirksamkeit im Innovationsprozess zu erzeugen, sei eine effiziente Ausgestaltung der Transfereinrichtungen vonnöten. Um dies zu erreichen, sollten der bürokratische Aufwand zur Anbahnung von Kooperationen verringert (Fritsch et al. 2008: 23), die Transfereinrichtungen personell ausgebaut werden (Knödler/Tivig 1996: 50; Rosner 2005: 233) und mit hochschulinternen Konzepten ausgestattet sein, welche den Querschnittsaufgaben einer derartigen Stelle gerecht werden (Behr et al. 2010: 113).
- Um Anknüpfungspunkte mit der Wirtschaft erkennen zu können, sollten Transfereinrichtungen stärker öffentlichkeitsorientiert arbeiten, bspw. bei Messen und anderen Veranstaltungen (Fritsch et al. 2008: 31; Rosner 2005: 233). Zu diesem Zweck empfehle sich eine Umstrukturierung von Technologietransferzentren, da hochkomplexe und spezifische Forschungsergebnisse und Technologien der Hochschulen nicht durch eine einzelne zentrale (Verwaltungs-)Stelle mit wenigen Mitarbeitern vermarktet werden könne. Zu prüfen sei etwa eine Zusammenlegung von hochschulischer Öffentlichkeitsarbeit und Technologietransfereinrichtungen. (Rosner 2005: 233)
- Sie sollten vorrangig eine organisatorische Dienstleistungsfunktion für Hochschullehrer einnehmen, bspw. durch Ausarbeitung von Kooperationsverträgen, Informationen über Fördermöglichkeiten, Begleitung von Ausgründungen oder das Management des Patentpools der Hochschule (Fritsch et al. 2008: 31)
- Hinsichtlich zu erbringender Transferleistungen sollten Zielvorgaben definiert und diese in die leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) integriert werden (Koglin 2011: 14, 154).
- Gleichzeitig wird konstatiert, dass der bisherigen Praxis ein strukturelles Problem innewohne, da Transferstellen nicht in der Lage seien, die Komplexität unterschiedlicher Forschungsfelder und -ergebnisse einer Universität erfolversprechend zu vermitteln (Rosner 2005: 231). Daher sollte die Transparenz ihrer Arbeit erhöht werden, um Mitarbeitern von kleinen und mittelständischen Unternehmen Andockpunkte für eigene forschungsbezogene Fragestellungen zu bieten (Behr et al. 2010: 117).

Sollen Hochschulen Impulse zur Regionalentwicklung leisten, bedarf es, bevor Leistungen über bestimmte Stellen transferiert werden können, zunächst deren Erzeugung. Zur Stimulierung derartiger (Transfer)Leistungen über die Kernaufgaben von Hochschulen hinaus benötige es Anreizstrukturen. Für regional wirksame impulsgebende Funktionen von Hochschulen empfehle es sich weiter, deren

⁴⁰ u.a. Behr et al. (2010: 113); Fritsch et al. (2008: 23); Rosner (2005: 233)

spezifischen Charakter zu erhalten und Hochschul- und Forschungspotenziale, die die komplette Forschungskette⁴¹ abdecken, bereitzuhalten. (Pasternack 2007: 401f.)

Hochschulen in den ostdeutschen Bundesländern haben die Möglichkeit, sich angesichts eines Legitimationsdrucks, die eigene Ressourcenausstattung und Größe betreffend, als Innovationsmotoren der Region aufzustellen. Hierzu bedürfe es u.a. systematischer Konzepte bei Unternehmenspartnerschaften, Internationalisierung, Sicherung der überregionalen Antragsfähigkeit und Kompetenzzentren für Wissenstransfer. (Ebd.: 430; ders. 2010: 523f.) Durch entsprechende Aufstellung könnten Hochschulen als Kompensator unterkritischer FuE in schrumpfenden ostdeutschen Regionen auftreten und damit die eigene Ausstattung und Größe sichern (Pasternack 2010: 524).

2.2.3. Kooperationsaktivitäten

Hochschulen komme in den regionalen Innovationssystemen eine bedeutende Rolle zu (u.a. Rosner 2005: 233). Für dessen zukunftsfähige Gestaltung seien Kooperationen mit unterschiedlichen Akteuren im regionalen Netzwerk außerordentlich wichtig. Hierbei käme eine Reihe von Kooperationsaktivitäten in Frage:

- zwischen Universitäten,
- zwischen Universitäten und Fachhochschulen,
- zwischen Fachhochschulen,
- zwischen Hochschulen und Unternehmen,
- zwischen Hochschulen und öffentlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- zwischen Hochschulen und privat finanzierten FuE-Einrichtungen,
- zwischen Hochschulen und Kommunen.

Daneben solle aber ebenso die *überregionale und internationale Vernetzung* der Wissenschaftslandschaft nicht vernachlässigt werden, um auch dort Forschungsergebnisse vermarkten und eine international konkurrenzfähige Position erreichen zu können (Roth 2006: 188). So fordert etwa der Deutsche Bundestag (2009: 58) eine engere Zusammenarbeit des Wissenschaftsbereichs mit international agierenden Unternehmen.

Innerhalb des Hochschulbereichs ließen sich Kooperationen realisieren, indem bspw. Verwaltungsprozesse, Serviceangebote oder das Studienangebot aufeinander abgestimmt werden. Auch im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses könnten über gemeinsame Graduiertenkollegs Synergieeffekte erzielt werden. (Banscherus et al. 2009a: 155) Eine inhaltliche und finanzielle Zusammenarbeit wird als empfehlenswert betrachtet. So könnten voneinander isolierte Doppelangebote vermieden und statt dessen modularisierte und flexibilisierte Studiengänge gestaltet werden, die auch Übergänge zwischen den verschiedenen Hochschultypen ermöglichen. Zudem wird eine verstärkte kooperative Kopplung von Hochschule und Arbeitsmarkt empfohlen, um AbsolventInnen möglichst reibungslos in den regionalen Arbeitsmarkt integrieren zu können. (ZDW 2007: 250)

Die Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten nicht nur gestärkt werden, um ähnliche Profilbildungen zu nutzen (Banscherus et al. 2009a: 154), sondern auch um gezielt regionale Wissenslandschaften zu initiieren (u.a. ebd.; Ziegenbein 2007: 374) und die Folgen knapper Finanzierung zu mildern (ebd.). Eine Stärkung regionaler Netzwerke wird dringend empfohlen, wenngleich aus sich heraus gewachsene Strukturen langfristig erfolgversprechender seien als politisch initiierte (Ziegenbein 2007: 377). Zu beachten sei dabei jedoch, dass

⁴¹ Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Vorlaufforschung, Auftragsforschung, Transfer, Beratung, FuE-Dienstleistungen (Pasternack 2007: 401)

Kooperationen unter wissenschaftlichen Einrichtungen vorwiegend überregional erfolgten und eher der Stimulierung bzw. Akkumulation der eigenen Wissensbasis dienten (Fritsch et al. 2008: 29).

Die Bedeutung der Hochschulen im jeweiligen regionalen Innovationssystem könne nur dann langfristige Tragfähigkeit entwickeln, wenn *Hochschulen eng mit den lokalen Unternehmen kooperieren* (u.a. Dohmen/Himpele 2007: 304 f.). Fritsch et al. (2008: 33) konstatieren in diesem Zusammenhang, dass Hochschullehrer mit Unternehmenskontakten häufiger Patente anmeldeten als diejenigen ohne derartige Beziehungen. Derzeit gebe es zu wenige solcher Kooperationen (Rosner 2005: 230), da die Rahmenbedingungen für diese unzulänglich seien (Fritsch et al. 2008: 19):

- Besonders mittelständische Unternehmen sollten für derartige Kooperationen gewonnen werden (Deutscher Bundestag 2009: 41), bspw. über umfangreichere finanzielle Förderungen. Befinden sich die beteiligten Akteure innerhalb eines Netzwerkes, könnte es unterstützend wirken, Fördergelder an das gesamte Netzwerk auszuzahlen, um weitere Förderanträge zu unterstützen oder die Aus- und Weiterbildung zu begünstigen (Behr et al. 2010: 118).
- Vorgeschlagen wird, auch den Personaltransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen und damit die unternehmensnahe FuE zu fördern (Dienel 2005: 91). So ließen sich etwa berufliche Rotationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft erleichtern. Der Elfenbeinturm Hochschule würde sich öffnen und praktische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Arbeit kombiniert werden können. (Frankenberg 2001: 101) Dies könne dem regionalen Innovationssystem zugutekommen und damit langfristig regionale und überregionale Konkurrenzfähigkeit begünstigen. In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, dass Kooperationen häufig auf direkten persönlichen Kontakten beruhten (Rosner 2005: 230). Deren Entstehen wiederum könne über eine erhöhte Anzahl von Erstkontakten zwischen Wissenschaftlern und Unternehmen gefördert werden (Koglin 2011: 14, 153).
- Fachnetzwerke sollten über vermehrte Kontaktveranstaltungen stabilisiert und ausgebaut werden. Dies gelte besonders vor dem Hintergrund der häufig kleinteiligen Hochschullandschaft und KMU-Wirtschaftsstruktur, welche die Suche nach Kooperationspartnern unübersichtlich machten. (Koglin 2011: 14, 154)
- Ein Good-Practice-Beispiel für solch ein koordiniertes Netzwerk sei die „Die Arbeitsgemeinschaft Career Center Berlin-Brandenburg“. Deren Ziele sind u.a. der Informationsaustausch zwischen Karrierezentren mit Personalabteilungen einerseits und studentischen Initiativen andererseits, die Konzeption neuer Studienangebote sowie die Organisation von Kontaktmessen. Geboten werden u.a. berufsorientierende Beratungen, berufsfähige Qualifizierungen über Workshops/Seminare und Internetbörsen sowie persönliche Vermittlungen zum erleichterten Berufseinstieg. (Pasternack et al. 2008: 81ff.)
- Das Hochschulrecht solle liberalisiert werden, bspw. in den Bereichen Personal und Besoldung (Fritsch et al. 2008: 33): So könne als Anreiz für vermehrte Kooperationsbereitschaft der Hochschullehrer die zeitliche Begrenzung der Beschäftigung von wissenschaftlichem Personal abgeschafft oder die individuelle Ausgestaltung der Entlohnung von Drittmittelbeschäftigten ermöglicht werden. Auch das Lehrdeputat für erfolgreiche Wissenschaftler/innen könne reduziert oder die Vergabe von Stellen ohne Lehrdeputat für erfolgreich forschende und intensiv kooperierende Hochschullehrer ermöglicht werden. Auch sei eine stärker leistungs- und bedarfsorientierte Zuteilung der finanziellen Ressourcen an kooperierende Wissenschaftler bedenkenswert. Insgesamt wäre eine stärkere Berücksichtigung der Transferleistungen im Rahmen der Professorenbesoldung angeraten. Auch die Nebentätigkeitsverordnung für wissenschaftliches Personal sollte liberalisiert werden, um Hochschullehrern die Erzielung von persönlichem Einkommen aus drittmittel-finanzierten Forschungsprojekten zu ermöglichen. (Ebd.: 38)

- Hochschulen könnten sich als Dienstleister für Unternehmen positionieren, indem sie „bestimmte Dienstleistungen für private Firmen erbringen, also etwa Expertisen erstellen, Messungen durchführen oder Laboreinrichtungen zur Verfügung stellen“ (Fritsch et al. 2008: 11).
- Die Auslagerung bestimmter Teilbereiche der Hochschule in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen könnte die Hemmnisse des Hochschulrechts (u.a. Besoldung) umgehen. So ließe sich zudem eine Gewinnerzielung ermöglichen, die auch an die Hochschulen zurückfließen könne. (Fritsch et al. 2008: 33)⁴²

Zu beachten sei insgesamt, dass ein stärkerer Praxisbezug der hochschulischen Forschung die Kooperationen mit Unternehmen intensiviere (Fritsch et al. 2008: 20) und auch die Zahl der innovativen Unternehmen einer Region einen direkten Einfluss auf die Transferstärke der Hochschulen habe (ebd.: 13). Seien die Unternehmen einer Region eher schwach, können diese die mit einer Kooperation verbundenen Mehrkosten kaum tragen. Zwar kooperierten Hochschullehrer am liebsten mit Unternehmen in ihrer Sitzregion (ebd.: 19, ähnlich Rosner 2005: 228), finde sich jedoch dort kein geeigneter Partner, werde auch in größeren Entfernungen gesucht. Dies hemme die regionale Innovationskraft, da das generierte Wissen an andere Standorte fließe (Fritsch et al. 2008: 24).

Die Kommerzialisierung von durch Hochschulforschung gewonnenem Wissen stelle eine weitere Herausforderung dar. Möglich wäre in diesem Zusammenhang der Erwerb von Schutzrechten und Lizenzen durch Unternehmen oder via Unternehmensgründungen (Fritsch et al. 2008: 12). Diese Transferkanäle seien gut beeinflussbar und stellten einen direkten Weg des Wissenstransfers dar. Ein indirekter Transferkanal sei die unternehmerische Rezeption des durch Hochschulen gewonnenen Wissens über Publikationen (ebd.).

Eine Möglichkeit, dies zu unterstützen, seien Patentverwertungsagenturen der Hochschulen. Allerdings könnten diese die erzielten Ergebnisse zwar bündeln, der tatsächliche Transfer in die Wirtschaft scheitere jedoch an der Komplexität der Themen und auch an der fehlenden Kenntnis der Märkte und Strukturen. (Ebd.: 31)

Problematisch und damit als Hemmnis von Kooperationen werden die weiteren Verwertungsmöglichkeiten gemeinsamer Forschungsergebnisse von Hochschulen und Unternehmen gesehen. So dürfe nach gegebener Rechtslage dem Auftraggeber im Rahmen universitärer Forschung keine Exklusivverwertung eingeräumt werden. Anzustreben sei, diesen Bereich im Sinne der Unternehmen attraktiver zu gestalten. (Behr et al. 2010: 114; Eisenkopf 2007: 211) Auch müsse die Finanzierungslücke zwischen Invention und Innovation, d.h. marktfähigem Produkt, geschlossen werden (Behr et al. 2010: 119). Diesen Punkt greifen auch Pasternack et al. (2008: 109f.) bei der Formulierung strategischer Erfolgsfaktoren für Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen auf:⁴³

- personelle, finanzielle und sächliche Ressourcen müssten aufgabenadäquat verfügbar sein (ähnlich Holtmann et al. 2012: 46);
- Einigkeit über gemeinsame Ziele und Inhalte;
- Einsicht in Nutzen der Kooperation bei Beteiligten;
- langfristiges Denken und an Kooperation ausgerichtetes Handeln;
- Entwicklung einer Gesamtstrategie, welche die Bereitstellung von Informationen hinsichtlich praktischen Anforderungswissens (auf Seite der Hochschule) und Bedarfvorstellungen (auf Seite der Unternehmen/Praxis) abdeckt;
- Verbindlichkeit der Vereinbarungen;

⁴² z.B. Unternehmenspool der TU Dresden, welcher formal zum Verein der Freunde und Förderer der TU gehört

⁴³ Die Autoren bemerken, dass Kooperationen auch erfolgreich verlaufen könnten, wenn nicht alle der genannten Faktoren zutreffen, Erfolgsaussichten würden aber wahrscheinlicher, je mehr der Punkte umgesetzt würden (Pasternack et al. 2008: 109). Zur operativen Umsetzung der gelisteten Faktoren vgl. ebd.: 110.

- Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten, womit Voraussetzung für organisatorische Kontinuität (u.a. personell) geschaffen werden;
- Integration von Alumni in Kooperationsprojekte, da diese häufig neben der rationalen auch auf emotionaler Ebene an die Hochschule gebunden seien, was das Engagement steigern könne.

Hemmend wirkten hingegen verschiedene strukturbezogene Organisationsprobleme der Hochschulen, wie haushaltsrechtliche Vorgaben, die Anreize für Praxiskooperationen behindern könnten; mangelndes Hochschulprofil oder Kooperations- und Netzwerkbürokratie. Hemmnisse könnten weiter durch prozessbezogene Organisationsprobleme entstehen. Zu diesen zählten u.a. fehlende Gesamtstrategien der Hochschulen für Kooperationsaktivitäten; die gremiengebundene Entscheidungsfindung in den Hochschulen, die nicht umstandslos zu entsprechenden Verfahrensweisen der Kooperationspartner passe oder die teils zu beobachtende Neigung der Career Services, eher mit AbsolventInnen als mit Unternehmen zu kooperieren. (Ebd.)

Personenbezogene Probleme könnten auftreten, wenn die Bezahlung in Career Centers oder vergleichbaren Einrichtungen wenig attraktiv sei; hohe Personalfuktuation den Vertrauensaufbau erschweren oder Anreize zur Initiierung von Kooperationsaktivitäten gering seien.⁴⁴ (ebd.: 105f.)

Auch die Umstellung auf Bachelor/Master-Studiengänge sei u.U. hinderlich: Sie bringe eine zeitliche Straffung des Studiums und damit eine Verknappung zeitlicher Ressourcen mit sich. Im Hinblick auf Praxis(erst)kontakte oder Gründungsaktivitäten noch während des Studiums könne dies hinderlich wirken. (Pasternack et al. 2008: 105)

Wichtig sei es, sowohl im universitären als auch im unternehmerischen Bereich Anreiz- und Informationsstrukturen zu schaffen. Zudem steige der Anteil an Kooperationen mit deren Praxisnähe (Fritsch et al. 2008: 19):

- So könnte über zusätzliche finanzielle Anreize universitäre Forschung gesteigert werden, bspw. mittels zusätzlicher Haushaltsmittel oder einer leistungsorientierten Vergütung (Fritsch et al. 2008: 26).
- Nötig sei der Abbau von bürokratischen Hemmnissen und Nicht-Zuständigkeiten im Bereich der Hochschulverwaltung (Knödler/Tivig 1996: 50; Rosner 2005: 230). Fritsch et al. (2008: 23) stellen fest, dass bürokratische Verwaltungsstrukturen eine mangelnde Effizienz aufwiesen, die Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft be- oder sogar verhinderten. „Die Kompetenz und Effizienz der Hochschulverwaltung scheint als Engpass für das Ausmaß der Kooperationsaktivitäten mit der Wirtschaft ... durchaus relevant zu sein.“ (Ebd.) Über zusätzliche personelle Kapazitäten zur Vor- und Nachbereitung von Drittmittelprojekten könnten Hochschullehrer/innen entlastet und damit auch deren Kooperationsbereitschaft gesteigert werden (ebd.: 26).
- Mit dem „Science to Business Marketing“ (Koglin 2011: 14, 154) wird die Etablierung hochschulinternen Marketings angesprochen. Mitarbeiter könnten im Bereich betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Denkens geschult werden. Dies stelle ein Ansatz zur Schaffung von Anreizsystemen dar, mit denen gesellschaftlich wünschenswerte Kooperationen von Wissenschaftlern gefördert werden könnten. (Ebd.)
- Die Ressourcen innerhalb von Transfereinrichtungen an den Universitäten seien strukturell falsch eingesetzt (Rosner 2005: 231), da diese nicht in der Lage sind, die Komplexität von Forschungsergebnissen unterschiedlicher Fachrichtungen zielgerichtet zu kommunizieren. Daher seien auch Kooperationen selten durch die Transfereinrichtungen der Hochschulen initiiert. Sie gingen entweder direkt vom Unternehmen oder direkt vom Hochschullehrer aus. (Fritsch et al. 2008: 19)
- Andernorts wird sich dafür ausgesprochen, Technologie- und Wissenstranfereinrichtungen derart auszustatten, dass Beratungsleistungen sowie die organisatorische und administrative Unterstüt-

⁴⁴ weitere Ausführungen zu Hindernissen und Risikofaktoren beim Aufbau bzw. Erhalt von Hochschule-Praxis-Kooperationen in Pasternack et al. (2008: 104-108)

zung von Kooperationsprojekten gesichert sind. Die prinzipielle Machbarkeit dessen wird damit unterstellt: Häufig seien Technologie- und Wissenstransfereinrichtungen Voraussetzung für höherschwellige Kooperationen. (Koglin 2011: 155)

- Im Bereich der Informationslage stellten Rosenfeld et al. (2005: 228) allerdings fest, dass Unternehmen in der Regel gut über die Wissenschaftsstrukturen und damit mögliche Partner in ihrer Region informiert seien. Dem entgegen werden Informationslöcher und Berührungspunkte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft nach Meinung der von Holtmann et al. (2012: 17) befragten Experten als Kooperationshürden ausgemacht, die es abzubauen gelte.
- Empfohlen wird die Gestaltung einer expliziten Anreizstruktur für Kooperationen, bspw. durch eine angepasste Besoldung oder eine Verringerung der Lehrdeputate des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen (Assenmacher et al. 2004: 240). Auf diesem Wege könne die Forschung im Hochschulbereich stärker gefördert und damit die absorptive Kapazität erhöht werden (Rosner 2005: 233), um das regionale Innovationsnetzwerk weiter auszubauen.
- Eine Abhängigkeit der Besoldung von den eingeworbenen Drittmitteln wird ebenfalls empfohlen (Fritsch et al. 2008: 38; Rosenfeld et al. 2005: 149), um damit Kooperationsanreize zu setzen (Assenmacher et al. 2004: 240).
- Erst eine langfristige thematische Schwerpunktsetzung eines Hochschullehrers könne die Zahl und auch die Möglichkeiten von Kontakten und Kooperationen wachsen lassen (Fritsch et al. 2008: 33).
- Um die persönlichen Kontakte in tatsächliche Kooperationen münden zu lassen, müsse hochschulisches Personal aufgefordert werden, sich am Hochschulstandort anzusiedeln – den Lebensmittelpunkt am Sitz der Hochschule einzurichten, um die regionale Verwurzelung der Akteure zu stärken und so Kooperationspartner vermehrt auf die Möglichkeiten am neuen Standort hinzuweisen. (Assenmacher et al. 2004: 240).

In diesem Zusammenhang wird auch eine engere Kommunikation und *Kooperation mit den Kommunen* empfohlen (u.a. Kadner et al. 1997: 143; Ziegenbein 2007: 375ff.). Dadurch ließen sich die regionale und kommunale Infrastruktur verbessern (Ziegenbein 2007: 375), kurze Wege zwischen den Einrichtungen etablieren und dadurch ein innovatives Klima schaffen. Die Abwanderung von Hochschulstandorten aus den Innenstadtbereichen⁴⁵ wird in diesem Zusammenhang kritisch gesehen (ebd.: 371). Die Positionierung der Universität als Stadtbaustein⁴⁶ hingegen unterstütze dies (ebd.: 374). Ein infrastrukturelles Bindeglied könne über umfangreiche Informationsangebote wie mehrsprachige Prospekte der Kommunen oder attraktive Wohnraumgestaltung geschaffen werden (ebd.: 368). Auch der städtische Arbeitsmarkt könne stärker für Studierende geöffnet werden, bspw. über Praktika oder Teilzeitjobs (ebd.: 367). In diesem Bereich seien auch weitere Untersuchungen der Zusammenhänge von Wissensindustrien und regionalem Umfeld empfehlenswert, da diese Faktoren etwa bei städtischen Planungen bisher selten mit betrachtet würden (Kunzmann 2004: 40).

2.2.4. Absolventen als Unternehmer und Spin Offs

Der Stimulierung des regionalen Innovationssystems sei auch die Förderung von Entrepreneurships und Spin-Off-Gründungen förderlich.⁴⁷ Diese könnten sowohl neue Arbeitsplätze schaffen als auch die Ansiedlung neuer Unternehmer anregen (Gansel et al. 2005: 23). Das trage zur Steigerung des In-

⁴⁵ u.a. Weinberg-Campus an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Wissenschaftspark Potsdam-Golm

⁴⁶ wie bspw. die Bauhaus-Universität in Weimar

⁴⁷ u.a. Fritsch et al. (2008: 38); Gansel/Raith/Wilker (2005: 23); Nexus (2006: 180); Rosner (2005: 229); Ziegenbein (2007: 372)

novationspotenzials einer Region bei und könne für die Entwicklung regionaler Innovationssysteme von Bedeutung sein (Fritsch et al. 2008: 12). Wichtig scheine dabei, die Potenziale für Neu- und Ausgründungen besser zu nutzen. Für Sachsen-Anhalt konstatiert Rosner (2005: 233) ein dichtes Netz von Nichtzuständigkeiten und mangelnder Kompetenz zur Förderung von Gründungen. Doch besonders im Umfeld von Wissenschaftseinrichtungen sollten Maßnahmen ergriffen werden, die Gründungen unterstützen (ebd.: 229). Dazu gehöre auch, eigene unternehmerische Tätigkeiten von Absolventen und Studierenden zu animieren. Nicht vergessen werden sollte dabei indes, dass die Effekte solcher Gründungsaktivitäten teilweise erst nach Dekaden sichtbar werden (Fritsch 2008b: 62).

Die verstärkte Betreuung von Gründungen scheine förderlich für Kooperationen zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft, könne Arbeitsplätze schaffen, die Innovationsneigung einer Region stärken und Ansiedelungsanreize für weitere Unternehmen schaffen (Gansel et al. 2005: 23).

Ebenso sollte von den Hochschulen bereits während des Studiums zum Schritt in die Selbstständigkeit ermutigt werden, um entsprechende Motivationen der Studierenden frühzeitig zu schüren. Ein verstärkter Bedarf solcher Ermutigungen könne auch darin begründet sein, dass die Studienstrukturreform mit ihrer strafferen Studienorganisation weniger Zeitressourcen für studentische Eigeninitiativen bei der Anbahnung von Praxiskontakten oder der Vorbereitung einer Gründung während der hochschulischen Ausbildung zuließe (Pasternack et al. 2008: 105):

- Schulz (2007: 105) plädiert für das Angebot von Existenzgründerseminaren und für eine verstärkte Kooperation mit den örtlichen Technologie- und Gründerzentren (TGZ).
- Eine eigene Gründerausbildung an den Hochschulen (Gansel et al. 2005: 23; Koglin 2011: 14, 155; Rosenfeld et al. 2005: 148) wird als zielführend angesehen, um die Anzahl der Gründungen zu steigern.
- Förderlich sei desweiteren die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Seniorberatungen für junge Start-Up-Unternehmen (Nexus 2008: 180).

Werde all dies realisiert, so zeuge es, insgesamt betrachtet, von einer starken Vernetzungsfunktion der Hochschulen mit der Region und der regionalen Unternehmenslandschaft (Nexus 2005: 22) sowie der Rolle, die Hochschulen im regionalen Innovationsprozess einnehmen.

Allerdings divergiere die Qualität der Gründungen beträchtlich, was auch deren Wirkungen auf die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusse (Fritsch 2008b: 58). So seien bei starken Gründungen eher positive Effekte für den Arbeitsmarkt zu erwarten (ebd.: 59). Zudem variere der Erfolg von Unternehmensgründungen in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen stark (ebd.: 65). Ihre wichtigsten Effekte seien jedoch der angeregte Wettbewerb und die Marktselektion (ebd.: 65f.). Mögliche Verdrängungseffekte durch Gründungen betreffen auch Anbieter aus anderen Regionen, die desto höher ausfallen, je schwächer die Potenziale vor Ort seien (ebd.: 58f.). Der tatsächliche Erfolg von Gründungen werde teilweise erst nach Jahren oder Jahrzehnten spürbar (ebd.: 62). Wobei konstatiert wird, dass akademische Gründungen ein besonders hohes Erfolgspotenzial hätten, so dass Hochschulförderung hier auch als Nachwuchsförderung und Gegengewicht zum demografischen Wandel wirken könne (Nexus 2005: 22).

Da das Risiko einer Gründung eher im gewohnten Lebensumfeld gewagt werde (Cantner et al. 2003: 29), nähmen Hochschulen im Zusammenhang mit einer gründungsanimierenden Ausbildung eine wichtige Position ein. Dies könne von Unterstützungsstrukturen wie verstärkter *Gründerausbildung und -beratung*⁴⁸ bis zur Bereitstellung von Räumlichkeiten (Nexus 2006: 180; Ziegenbein 2007: 373) oder anderen Infrastrukturmaßnahmen (Gansel et al. 2005: 23) reichen. Daneben scheint der *Abbau bürokratischer Hemmnisse* im allgemeinen (Ziegenbein 2007: 373) und in Hochschulverwaltungen im besonderen notwendig (Knödler/Tivig 1996: 50), um Ausgründungen und Kooperationen flexibel und

⁴⁸ Gansel et al. (2005: 23); Koglin (2011: 14, 155); Nexus (2006: 180); Rosenfeld et al. (2005: 149)

passgenau unterstützen zu können. Um die Transferleistung von an Hochschulen erbrachter Forschung direkt zu beeinflussen, könnten Patente der Hochschule in Ausgründungen eingelagert werden, was zudem einen – wenn auch geringen – Kapitalrückfluss an die Hochschulen ermögliche (Fritsch et al. 2008: 34). Weiche Standortfaktoren einer Region stünden häufig im Vordergrund des Gründungsgeschehens, so bspw. die Verfügbarkeit von Fachkräften, das soziale Netzwerk der Gründer oder das Image einer Stadt (Cantner et al. 2003: 29).

Häufig sind Unternehmenskooperationen eng mit persönlichen Kontakten verbunden. Aus diesem Grund stünden Hochschullehrer mit Kontakten in die Wirtschaft besonders in der Pflicht, sich einzubringen und Gründungsaktivitäten zu unterstützen (Gerlach et al. 2005: 3).

Zudem spielten im Bereich der Gründungsmotivation die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften, andere ansässige Firmen und das soziale Image der Sitzregion eine wichtige Rolle (Cantner et al. 2003: 29). Auch die Hochschulen und deren Außenwahrnehmung werden darunter subsumiert, so dass *Nachwuchsförderung* ein wichtiger Bestandteil der Gründungsförderung seitens der Hochschulen geworden sei (Nexus 2005: 22). Gründungen sollten jedoch zum Überleben der Stärksten führen und Markteffekte nicht künstlich durch die Politik beeinflusst werden (Fritsch 2008b: 67). Daher sollten neu gegründete Unternehmungen nicht *nach* deren Markteintritt stimuliert, sondern eher die grundlegende Gründungsneigung gefördert werden, um die Markteffekte nicht künstlich zu beeinflussen (ebd.: 67).

Obwohl akademische Ausgründungen ein besonders hohes Erfolgspotenzial bürgen (Nexus 2005: 22), wird die Relevanz von Ausgründungen für die wirtschaftliche Prosperität einer Region auch kritisch betrachtet. So seien bspw. die Ausgründungen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gering (Rosner 2005: 227).

2.2.5. Zwischenfazit

Die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen formulierten Handlungsempfehlungen bauen, soweit sie die hochschulische Forschungs- und Transferfunktionen behandeln, auf folgenden zentralen *Zusammenhangsannahmen* auf: Die Forschungs- und Transferfunktionen von Hochschulen wirkten sich direkt auf die regionale Innovationsneigung und auf die regionale Wirtschaftsentwicklung insgesamt aus. Dies basiere unter anderem auf Netzwerken bzw. Clustern, die sich aus Kooperationen mit Unternehmen oder anderen Wissenschaftseinrichtungen ergeben, da Unternehmen mit Wissenschaftskontakten sich als innovationsfreudiger erwiesen und häufiger neue Produkte entwickelten. Hochschulen nähmen innerhalb solcher Verbünde eine Schlüsselposition ein, denn es könne ein Zusammenhang zwischen räumlicher Nähe zu einer Hochschule und Kooperationsneigung von Unternehmen angenommen werden. Zudem könnten Hochschulen bspw. über die Förderung von Ausgründungen neue Arbeitsplätze schaffen und weitere Unternehmen anziehen, wodurch Hochschulförderung sich zu einem Gegengewicht des demografischen Wandels entwickeln könnte. Um dies nachhaltig zu stimulieren und das regionale Innovationsmilieu zu stärken, sei es zudem wichtig, auch in enge Kommunikation mit den kommunalen Entscheidungsträgern zu kommen, um die kommunale Infrastruktur zu verbessern und eine regionale Wissenslandschaft zu konstituieren.

Als *Erfolgsfaktoren* von Forschungs- und Transferaktivitäten, die in diesem Sinne zielführend sind, nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an:⁴⁹

- Die Innovationsfähigkeit einer Region beruht stark auf Netzwerken und Clustern, welche aus engen Kooperationen zwischen Wissenschaftseinrichtungen mit regional ansässigen Unternehmen

⁴⁹ Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

entstehen. Hilfreich ist ihre institutionelle und finanzielle Förderung, aber auch ihr überregionaler Erfolg, um bspw. eine wirtschaftliche Vermarktung der gemeinsamen Ergebnisse zu fördern.

- Die langfristige Kooperation von Hochschulen mit Unternehmen fördert sowohl die Innovationsfähigkeit einer Region als auch die Forschungsintensität der Hochschulen. Diese müssen systematisch ausgestaltet und koordiniert werden (u.a. finanzielle, zeitliche, sächliche Ressourcen; Zieldefinition; Zeitplanung).
- Eine verbesserte hochschulische Informationspolitik über die Einrichtung bzw. den Ausbau und vor allem die Qualifizierung von Transferinstitutionen an den Hochschulen könnte Netzwerke initiieren bzw. Kooperationsneigungen stärken.
- Sollen hochschulische (Transfer)Leistungen Impulse für die Regionalentwicklung liefern, die über Transferstellen vermittelt werden können, bedarf es entsprechender Anreizstrukturen.
- Für Impulse der Regionalentwicklung ist das Bereithalten von Hochschul- und Forschungspotenzialen, die die gesamte Forschungskette abdecken, empfehlenswert. Grundlagen- und Anwendungsforschung sind stets zusammen zu denken, wenn Hochschulen als Entwicklungsmotoren von Regionen agieren sollen.
- Die mit der Forschungsförderung zur Struktur- und Innovationsbildung verbundenen hohen Risiken müssen eingegangen werden, wenn man dem Ziel selbsttragender Entwicklungen näher kommen will.
- Hochschulische Ausgründungen spielen eine wichtige Rolle. Starke Unterstützungsstrukturen für Entrepreneurs sind ebenso hilfreich wie eine verstärkt fundierte Gründerausbildung und -förderung an den Hochschulen, um die Innovationsneigung innerhalb einer Region zu stärken und die regionale Arbeitsmarktbasis zu erhöhen
- Zur Stimulierung von Kooperationen ist eine Flexibilisierung bzw. Liberalisierung des Hochschulrechts vonnöten.
- Kooperationen mit den Kommunen fördern die infrastrukturelle Anbindung.

Als *Risikofaktoren* für das etwaige Nichtgelingen in diesem Sinne zielführender Forschungs- und Transferaktivitäten nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an:⁵⁰

- Bei der Förderung von Clustern innerhalb der regionalen Innovationspolitik muss in Rechnung gestellt werden, dass deren allein politische Initiierung dauerhaft nicht tragfähig im Wettbewerb ist und Kooperationen häufig überregional sowie durch persönliche Kontakte entstehen.
- Teile hochschulischer Organisationsstrukturen wie haushaltsrechtliche Vorgaben oder Kooperations- und Netzwerkbürokratie sowie Nicht-Zuständigkeiten können Kooperationen behindern.
- Zu prozessbezogenen Organisationsproblemen können u.a. fehlende Gesamtstrategien der Hochschulen für Kooperationsaktivitäten, die gremiengebundene Entscheidungsfindung in den Hochschulen oder die Fokussierung der Career Centers auf (künftige) AbsolventInnen anstelle von Unternehmen zählen.
- Vergleichsweise wenig attraktive Bezahlung sowie Personalfluktuaton mit einhergehendem Mangel an festen Ansprechpartnern bzw. Vertrauensbildung können zu personenbezogenen Hemmnissen beim Kooperationsaufbau zwischen Hochschule und Praxis werden.
- Seien Ressourcen der Transferinstitutionen strukturell falsch eingesetzt, können diese die Komplexität der Forschungsansätze und -ergebnisse nicht angemessen vermarkten.

⁵⁰ Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

- Bedingt durch die Studienstrukturreform stehen den Studierenden weniger zeitliche Ressourcen zur Verfügung, was Praxiskontakte und Gründungsvorbereitungen innerhalb des Studiums erschweren kann.
- Werden Förderschwerpunkte der Forschung per Vorabfestlegung definiert, kann es zu einer unzureichenden Berücksichtigung regionaler Stärken kommen. Auch kann eine zu starke Konzentration auf bestimmte Branchenschwerpunkte die Ansiedlung anderer Wirtschaftsbereiche erschweren.
- Eine Konzentration auf Hochschulen lässt außer Acht, dass die Forschungsleistung von Hochschulen geringer ist als die von FuE-Einrichtungen.
- Kritisch ist die Problematik eingeschränkter Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen aus dem Hochschulbereich.
- Innerhalb stadtentwicklerischer Maßnahmen ist zu beachten, dass die Abwanderung von Hochschulstandorten aus den innerstädtischen Bereichen sich negativ auf das regionale Innovationsmilieu auswirken könne.

Übersicht 4 fasst die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen identifizierten Handlungsempfehlungen zu Forschungs- und Transferaktivitäten schlagwortartig zusammen.

Übersicht 4: Handlungsempfehlungen zu Forschung und Transfer im Überblick

Gestaltungsbereich	Handlungsempfehlungen	Quelle
Regionale Innovationsaktivitäten	Regionalspezifische Gestaltung des Innovationssystems (entlang von Branchenschwerpunkten, unter Einbeziehung lokaler Akteure, auch über Vernetzung)	Dohmen/Himpele (2007:304); Fritsch (2004: 117f.); Pasternack et al. (2007: 386); Rosenfeld et al. (2005: 149); Rosner (2005: 233)
	Regionales Wissensmanagement zur Erschließung von Wissen und Generierung neuen Wissens (u.a. Ansprache von Unternehmen hinsichtlich Innovations- und Problembearbeitungsbedarf; Befruchtung Hochschule-Region über Zielvereinbarungen und Hochschulverträge einerseits und Wettbewerbe sowie temporäre Förderprogramme andererseits)	Pasternack (2010: 531ff.); Pasternack et al. (2007: 434ff)
	Stärkung von Forschungseinrichtungen/Instituten/Professuren mit Regionalbezug	Behr et al. (2010: 111)
	Stärkung von An-Instituten	Behr et al. (2010: 114)
	um die Hochschulen als regionale Innovationsmotoren zu etablieren und regional unterkritische FuE zu kompensieren: systematische Konzepte bei Unternehmenspartnerschaften, Internationalisierung, Sicherung der überregionalen Antragsfähigkeit und Kompetenzzentren für Wissenstransfer	Pasternack et al. (2007: 430); Pasternack (2010: 524)
	Ausbau und Förderung von Clustern und Innovationsnetzwerken	Assenmacher et al. (2004: 239); Behr et al. (2010: 120); Diemel (2005: 91); Fritsch (2004: 120); Ziegenbein (2007: 366)
	Stärkung der Innovationsneigung des Mittelstandes (bspw. mittels Förderprogrammen)	Behr et al. (2010: 121); Deutscher Bundestag (2009: 41); Eisenkopf (2007: 203); Rosenfeld et al. (2005: 149)
	(Sonder-)Förderung betrieblicher FuE	Holtmann et al. (2012: 12)
	Förderung von Gründungen/Spin-Offs	Gansel et al. (2005: 23); Gerlach et al. (2005: 3); Nexus (2006: 180); Rosenfeld et al. (2005: 149); Ziegenbein (2007: 373); Eisenkopf (2007: 233)
	Einrichtung bzw. Qualifizierung von Transferstellen an den Hochschulen	Behr et al. (2010: 113); Fritsch et al. (2008: 23); Rosner (2005: 233)
Transferleistungen in LOM integrieren	Koglin (2011: 14, 154)	

Gestaltungsbereich	Handlungsempfehlungen	Quelle
	Förderung von regionsinternen Institutionen, die technologische Entwicklung beobachten und diese in die Region transferieren	Fritsch (2004): 122
Kooperationsaktivitäten	Förderung von Kooperationen mit:	
	a) Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen (in den Bereichen: Verwaltung, Service, Studienangebot, Forschungsausrichtung)	Banscherus et al. (2009b: 154); Nexus (2006: 180); Ziegenbein (2007: 374)
	b) Unternehmen (in den Bereichen: Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Personaltransfer)	Deutscher Bundestag (2009: 41); Diemel (2005: 91); Dohmen/Himpele (2007:304f.); Fritsch et al. (2008: 23); Knödler/Tivig (1996: 50); Koglin (2011: 14, 153); Rosner (2005: 230)
	c) Kommunen (in den Bereichen: Infrastruktur, Information)	Dohmen/Himpele (2007: 307; Frankenberg (2001: 101)
	Förderung von Anreizstrukturen Für Unternehmen: Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen, Anschlussfinanzierungen bis zur Marktreife; Für Hochschulen: Reduzierung von Lehrdeputaten, angepasste Besoldung an Drittmittel, Abbau bürokratischer Hemmnisse	Assenmacher et al. (2004: 240); Fritsch et al. (2008: 19, 38); Kadner et al. (1997: 143); Rosenfeld et al. (2005: 149); Ziegenbein (2007: 375ff.)
	Initiierung von Kontaktveranstaltungen zur Förderung von Fachnetzwerken	Koglin (2011: 14, 154)
	Förderung von Personalaustausch	Fritsch (2004: 122)
	Liberalisierung des Hochschulrechts und der Besoldung	Fritsch et al. (2008: 33ff.)
	hochschulinternes Marketing (Science to Business)	Koglin (2011: 14, 154)
Absolventen als Unternehmer und Spin Offs	Verstärkte Gründerausbildung im Rahmen des Studienangebots	Gansel et al. (2005: 23); Gerlach et al. (2005: 3); Koglin (2011: 14, 155); Nexus (2006: 180); Rosenfeld et al. (2005: 148f.)
	Angebot von Existenzgründerseminaren	Schultz (2007: 105); Rosenfeld et al. (2005: 148); Gansel et al. (2005: 23)
	Schaffung von Unterstützungsstrukturen für Entrepreneurs an den Hochschulen (Beratungs- und Betreuungsangebot, Bereitstellung von Räumlichkeiten)	Gansel et al. (2005: 23); Gerlach et al. (2005: 3); Nexus (2006: 180); Ziegenbein (2007: 373);
	Abbau bürokratischer Hemmnisse vor allem in den Hochschulverwaltungen zur passgenauen Unterstützung der Entrepreneurs	Knödler/Tivig (1996: 50); Ziegenbein (2007: 373)
	Einlagerung von Patenten in Spin Offs	Fritsch et al. (2008: 34)

2.3. Sozialräumliche Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit

Handlungserfordernisse bestehen im Hochschulsektor zum einen in den zentralen Leistungsbereichen der Hochschulen – Lehre und Forschung –, zum anderen hinsichtlich dessen, was seit geraumer Zeit die Third Mission genannt wird. Third Mission bezeichnet gesellschaftsbezogene Aktivitäten und Wirkungen der Hochschulen.⁵¹ Diese dürften für die ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Erwartungen, die sich diesbezüglich an die Hochschulen richten, betreffen vor allem drei Bereiche: die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region, Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen und Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen.

⁵¹ Manche Autoren aus dem Bereich der akademischen Weiterbildung bezeichnen allein die von Hochschulen zu verantwortenden Weiterbildungsaktivitäten als deren Third Mission. Diesem Verständnis folgen wir hier nicht.

Regionalökonomische Entwicklungen sind einerseits an bestimmte sozialräumliche Voraussetzungen gekoppelt und bringen andererseits entsprechende Wirkungen hervor. Dies betrifft sowohl die Dimensionen der Lebensqualität – Umwelt, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit (Korczak 1995) – als auch das an die Menschen in der Region gebundene sog. Humankapital (Becker 1993). In Regionen, denen es an Rohstoffen fehlt, sind Humankapital und Innovationen der entscheidende Faktor für Wohlstand und Entwicklung (u.a. Rosner 2005: 232).

Im Vergleich zu den westlichen Bundesländern ist der Anteil der rohstoffverarbeitenden bzw. industriellen Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern ungleich geringer. Entwicklungspotenziale ostdeutscher Regionen sind daher fokussierter an wissensbasierte Ökonomien gekoppelt. Darauf nehmen Hochschulen direkten und indirekten Einfluss – sie nehmen eine Adapterfunktion zwischen „Bildungs- und Forschungssystem zum einen sowie Wirtschafts-/Beschäftigungs- und Kultursystem zum anderen ein“ (Pasternack 2007: 396). Effekte hochschulischer Tätigkeit bezögen sich zumeist auf die Region. Neben den unmittelbar zweckgebundenen Aufgaben kämen den Hochschulen mittelbare Funktionen zu, etwa gesellschaftliche Orientierungsbedürfnisse zu bedienen, Wissensvorräte zu „speichern“ und innovationsgeneigte Milieustrukturen zu stützen (ebd.: 395f.).

Die Erfüllung dieser Funktionen stellt Hochschulen in den östlichen Ländern vor besondere Herausforderungen, da sich in schrumpfenden Regionen bestimmte negative Wirkungen typischerweise verstärken:⁵² Segregations- und soziale (Des)Integrationsprozesse, veränderter Altersaufbau der schrumpfenden Bevölkerung, dadurch sich wandelnde Generationenbeziehungen, Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb, unausgeglichene Geschlechterbilanz infolge Abwanderung vor allem junger Frauen, Orientierungsprobleme, Fremdenfeindlichkeit, Popularitätsstärke rechtsextremer Parteien und generationsübergreifende Verfestigung prekärer Sozialmilieus.

Hochschulen sind – wie auch andere Bildungseinrichtungen sowie Kulturinstitutionen – regionale Träger einer Kultur der Neugierde, Forschung und Innovation. In Folge drastischer Zuspitzungen der Haushaltssituationen wird z.B. die kulturelle Verödung bestimmter Regionen vorstellbar (vgl. Hausmann/Körner 2009). Mittels einer koordinierten Kooperation, bspw. über gemeinsame Arbeitsgruppen von Akteuren der Kreativwirtschaft, Vertretern der betreffenden Ressorts und Verwaltungen, der Kammern und möglicherweise auch der Hochschulen, könnten Strategien und Handlungsoptionen entwickelt werden, um die Kultur- und Kreativwirtschaft vor Ort zu stärken (SMWA 2008: 93).

Neben diesen (a) kulturellen und sozialen Wirkungen auf die Sitzregion können Hochschulen (b) Beiträge zu Dichte und Heterogenität der Stadtbevölkerung leisten, (c) mögliche Zuwanderungstendenzen auf Grund des hochschulischen Bildungsangebots fördern und (d) neue Governanceansätze im Zusammenspiel von Hochschulen, Kommunen, Wirtschaft und Landesregierung anstoßen. Hier stellt sich die Frage, welche neuen Aufgaben Hochschulen infolgedessen ggf. zuwachsen. Es gelte, den Problemvorsprung der ostdeutschen Bundesländer, der aus dem demografischen Wandel und dem Bruch des (wirtschaftlichen) Wachstumsmodells erwächst, für einen Problemlösungsvorsprung zu nutzen. Entsprechende Forschungsleistungen müssten neben wirtschaftlichen auch soziale Innovationen in den Blick nehmen (Pasternack 2010: 531ff.).

2.3.1. Monetäre Auswirkungen

Die enge Kopplung hochschulischer und regionaler Entwicklung zeigt sich, wenn man die erheblichen hochschulbezogenen Nachfrage- und Angebotseffekte betrachtet, die monetäre Erträge zur Folge haben. Die demografische Entwicklung, gekoppelt mit dem Auslaufen des Solidarpakts II und der Ab-

⁵² Bis auf wenige Ausnahmen sind nahezu alle ostdeutschen Regionen schrumpfende Regionen.

nahme der Mittel aus den EU-Fördertöpfen, wirke sich aber nachteilig auf die regionale Entwicklung aus (Dohmen/Himpele 2007: 301).

Rosner stellt exemplarisch für Sachsen-Anhalt fest, dass die kurzfristigen hochschulischen Nachfrageeffekte eine wesentliche Rolle in der Regionalökonomie spielen selbst dann, wenn alle Absolventen das Land verlassen und sämtliche Forschungsergebnisse anderen Ländern zugutekommen würden (Rosner 2005: 223). Handlungsempfehlungen zu diesem Thema bleiben in den ausgewerteten Studien und Evaluationen eher übersichtlich:

- Im Rahmen von Entscheidungsfindungsprozessen, in denen über Kürzungen bei Ausstattung und Finanzierung der Hochschulen entschieden wird, sollten die Folgewirkungen und deren Kosten stets mitgedacht werden. Kurzfristige Einsparungen könnten nicht intendierte Folgekosten in der Region nach sich ziehen (Glorius/Schultz 2002: 31; Rosner 2005: 232-234).
- Schultz (2007) empfiehlt, den hochschulischen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen durch regionale Angebote zu befriedigen. Ein wesentlicher Teil der Beschäftigung in der Region sei über indirekte Beschäftigungseffekte an die Ausgaben der Hochschule gebunden. Allerdings liegen hier Entscheidungshoheiten nur bedingt in der Hand der Hochschulen und werden durch Landes- oder Bundesgesetze – Ausschreibepflichten – tangiert.
- Die Schließung kleinerer Hochschulstandorte hätte negative Folgen für die wirtschaftliche Lage besonders in ländlich geprägten Regionen. In diesen wirkten sich derartige Einsparoptionen sehr viel stärker aus als in größeren Städten. (Dohmen/Himpele 2007: 303)

Während die Ansiedlung von Hochschulen an den Landesgrenzen hochschulfreie Räume und Abwanderung in Nachbarländer vermeiden sollte, könne dies auch als Verlagerung statt als Lösung des Problems gesehen werden. Nun seien in Kernbereichen der Länder eben diese Effekte vorzufinden seien, wie Dohmen/Himpele (2007: 301) kritisieren. Die rückläufige Innovationskraft eben dieser führe zu Existenzsorgen (ebd.). Zudem beeinflussten auch die langfristigen Zukunftsperspektiven in einer Region die Wahl des Studienortes: „andernfalls werden junge Menschen zunächst als StudienanfängerInnen zur Mobilität gezwungen und anschließend erneut als BerufseinsteigerInnen, ggf. in der Phase der Familiengründung“ (ebd.: 305).

2.3.2. Regionale Arbeitsmarkteffekte

Hochschulen seien nicht allein über ihre unmittelbar eigenen Beschäftigungen für den regionalen Arbeitsmarkt relevant. Die Ausgaben der Hochschulen wirkten auch darüber hinaus auf die Beschäftigung in der Region. Unternehmen profitierten von Lieferbeziehungen oder der Belebung des regionalen Gründungsgeschehens. Werden die Ausgaben der Hochschulen gesenkt, könne dies daher negative Beschäftigungseffekte nach sich ziehen (Schultz 2007: 104). Drittmittel von Unternehmen könnten im Gegenzug den Finanzhaushalt und damit die Stellenausstattung der Hochschulen aufbessern, so dass jungen WissenschaftlerInnen Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden können. Empfohlen werden stärkere hochschulische Initiativen bei der Stellenvermittlung bspw. über eine zentrale Stellenbörse. Am Beispiel Halles habe gezeigt werden können, dass Dreiviertel der Studierenden nach dem Abschluss in einer anderen Region arbeiten. (Ebd.: 104f.)

Um positive Arbeitsmarkteffekte durch Hochschulen zu erzielen, wird vorgeschlagen:

- verstärkt Praktika zu regionalen Unternehmen/Institutionen anzubieten bzw. zu vermitteln,⁵³ um bereits während des Studiums frühe Praxiskontakte zu ermöglichen;

⁵³ u.a. Behr et al. (2010: 116); Dohmen/Himpele (2007: 305); Nexus (2006: 180); Pasternack et al. (2008); Rosner (2005: 234); Ziegenbein (2007: 367f.)

- Gründungsaktivitäten durch Gründerausildung als Teil des Studiums zu fördern (u.a. Gansel et al. 2005: 23);⁵⁴
- eine Verbundförderung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen anzustreben und Personaltransfers zu unterstützen (Dienel 2005: 91).

2.3.3. Stadtpolitik und Gewinnung neuer Akteure

Ein innovationsfreudiges Umfeld benötige eine offene und kreative Gesellschaft, die neue Ideen aufnehmen und transformieren kann (u.a. Fritsch 2004: 122). Die Diversität der Akteure im regionalen Umfeld könne sich positiv auf die Wissenslandschaft einer Region auswirken. Zudem könnten bspw. auch Studienabbrüche mit einem unattraktiven Umfeld zusammenhängen (Dohmen/Himpele 2008: 306). Hierzu werden folgende Handlungsideen formuliert:

- Durch die vollständig eigenständige Bewirtschaftung der hochschuleigenen Immobilien sei es den Hochschulen möglich, Räumlichkeiten für neue Nutzungsformen zu öffnen und diese zu diversifizieren. So sei die Ansiedlung kleinerer Läden und Geschäfte ebenso möglich wie die hochschulnaher FuE-Einrichtungen oder Start-Up-Unternehmen (Ziegenbein 2007: 370), um eine direkte Anbindung an die städtische Infrastruktur zu ermöglichen. Als kritisch wird in diesem Zusammenhang die Auslagerung von Hochschulstandorten aus den Innenstadtbereichen angesehen, wie bspw. geschehen in Halle (Saale) oder Potsdam-Golm (Ziegenbein 2007: 371).
- Stadträumliche Ressourcen, wie Brachflächen, könnten für unterschiedliche Nutzungsformen geöffnet und über spezielle Büros in der Stadtverwaltung auch Kulturschaffende und Künstler angelockt werden. Deren Präsenz könne zu neuen Formen der Raumnutzung und Diversifizierung der Innenstädte beitragen. (Ebd.: 365) Über Entbürokratisierungs- und Unterstützungsstrategien ließen sich sog. *spatial pioneers* anziehen, um entwertete Räume neu zu beleben: Künstler, kleine und mittelständische Unternehmen im High-Tech-Bereich, Bio-Landwirte, Anbieter alternativer Tourismuskonzepte (Matthiesen 2007: 117).
- Durch den vermehrten Zuzug internationaler Studierender und Mitarbeiter/innen könnte ebenso der immer stärkeren internationalen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft Rechnung getragen wie dem befürchteten Fachkräftemangel vorgebeugt werden (ZDW 2007: 249). Eine zukunftsweisende Region werde auch an ihrer Aufnahmebereitschaft und der Akzeptanz von Multikulturalität gemessen.

Für die Initiierung derartiger Projekte seien enge Abstimmungen von Hochschule und Kommune vonnöten – mit dem Ziel einer integrierten Stadtpolitik, welche die Stadt als Wissenschaftsstandort fokussiert (Kadner et al. 1997: 143; Ziegenbein 2007: 374). Ein innovationsfreudiges Umfeld bedürfe einer ausgebauten Infrastruktur und guter Standortfaktoren, um Mitarbeiter und Studierende anzuziehen bzw. zum Verbleib zu animieren (Ziegenbein 2007: 375). Dann sei es bspw. möglich, Kunsthochschulen für Ideenwettbewerbe und kommunale Gestaltungsaufgaben zu gewinnen (ebd.: 377).⁵⁵

2.3.4. Weiche Faktoren

Weiche Standortfaktoren basieren „auf dem individuellen Raumempfinden der Menschen in ihrer Lebens- und Arbeitswelt“ (Gabler 2004: 2.767). Sie beschreiben im Gegensatz zu harten Faktoren e-

⁵⁴ vgl. oben Punkt 2.2.4. Absolventen als Unternehmer und Spin Offs

⁵⁵ Beispiele für gelungene Arbeit zwischen Hochschulen und Kommunen seien das Kulturstadtjahr 1999 in Weimar oder die Initiative „Stadt der Wissenschaften“ 2006 in Dresden (Ziegenbein 2007: 377).

her qualitative Standorteigenschaften. Quantitativ Messbares, wie die Zahl kultureller Einrichtungen, muss dabei durch qualitative Beschreibungen subjektiver Wertungen ergänzt werden. Zu den klassischen weichen Faktoren zählen: regionales Image, soziales Klima, Kriminalität bzw. deren Abwesenheit, Bildungsangebot, Kulturdichte, Gastronomie- und Freizeitangebot, Umweltqualität und Wohnwert. Gefasst werden mit dem Begriff also nichtökonomische Faktoren, die lebensqualitätsrelevant sind.

Besonders im Zusammenhang wissensbasierter und kreativer Ökonomien werden weitere Bedingungen diskutiert, die sowohl die Lebensqualität betreffen, als auch wirtschaftliche Tätigkeiten beeinflussen. Durch die verwischte Grenze zwischen Lebens- und Arbeitswelt definiert sich die Standortattraktivität über Indikatoren beider Bereiche. Exemplarisch können hier Heterogenität/Diversität bzw. Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem und Toleranz, Netzwerk- und Milieustrukturen sowie die regionale Innovationsneigung genannt werden.

Für eine Stärkung der weichen Standortfaktoren wird in mehreren der ausgewerteten Studien plädiert (allgemein Rosenfeld et al. 2005: 149). Dabei geht es um die Bedingungen für Familien, die räumliche und kulturelle Gestaltung des Hochschulumsfelds sowie Lebensqualitäten. Auch sei ein verbessertes Hochschul- und Standortmarketing anzustreben (Dohmen/Himpele 2007: 307), um das was eine Stadt oder Region hat, stärker sichtbar werden zu lassen.

Zentral wird die Verbesserung der Bedingungen für Studierende und Wissenschaftler/innen mit Kindern/ Familie bzw. mit Familiengründungswunsch thematisiert. Für die Förderung von Familiengründungen spreche zweierlei: (a) AbsolventInnen mit Familie blieben häufiger in der Ausbildungsregion, so dass der Abfluss von Hochqualifizierten (Brain Drain) verhindert werde; (b) die Quote ungewollt kinderloser Frauen könne verringert werden, was einer Steigerung der Geburtenziffer zugute käme (Nexus 2006: 174). Vorgeschlagen werden diesbezüglich zahlreiche Maßnahmen, die z.T. gesellschaftliche (Familien)Leitbilder und Einstellungen tangieren und somit eine nicht auf einzelne Hochschulstandorte begrenzte Bearbeitung verlangen (vgl. ebd.: 174-179). An die Hochschulen richten sich diesbezüglich folgende Empfehlungen:

- Es seien Bedingungen und Angebote zu schaffen, die den Arbeits- und Studienalltag mit Kindern erleichtern und so die Familiengründung fördern.⁵⁶
- Die Sensibilisierung von Personalverantwortlichen für Familienfreundlichkeit könne dazu führen, dass diese gegenüber den Institutsleitern und Dozenten eine Vorbildfunktion einnehmen.
- Ein familienfreundliches Leitbild könne über Wettbewerbe wie bspw. „Gesucht wird das kinderreichste Institut“ gefördert werden.
- Es gelte, das Thema Partnerschaft auf die Agenda der Hochschulen zu setzen. Dazu gehöre bspw., Studienangebote nicht geschlechtsspezifisch zu fokussieren und bestehende Wissenschaftlerpartnerschaften nicht durch Mobilitätswang zu gefährden (Nexus 2006: 175-176).
- Um studierende Eltern zu unterstützen, werden konkrete Maßnahmen im Bereich des Studienangebots und -organisation sowie zusätzliche Beratungsleistungen gefordert, so u.a.: Teilzeitstudiengänge; Sonder-Prüfungsordnungen; Pflichtveranstaltungen und Prüfungstermine innerhalb der Kita-Zeiten; elternunabhängiges Familien-BAFÖG; Befreiung von Studiengebühren; Angebot von familiengerechten Wohnungen durch die Studentenwerke sowie die Einrichtung von zentralen Anlaufstellen für Beratung und alle Anträge (Nexus 2006: 176f.)
- Ähnlich sollten die Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Sinne der Familienfreundlichkeit flexibilisiert werden. Benannt werden u.a.: Lockerung der Anwesenheitspflichten; Selbstverpflichtung zu familienfreundlichen Terminen; Double-Career-Möglich-

⁵⁶ siehe oben Punkt 2.1.2. Studienplatznachfrage und -kapazitäten

keiten; Stellenvermittlung (bspw. über Universitätsnetzwerk) für mitziehende Partner (Nexus 2006: 178f.).

Insgesamt wird empfohlen, die Arbeitsbedingungen für Frauen und Eltern zu verbessern (u.a. Dörre/Neis 2010: 161; WZW 2008: 73).

Auch die Personalentwicklung könne unter Berücksichtigung weicher Faktoren optimiert werden, bspw. um zu besetzende Stellen vergeben zu können und langfristig attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. Mögliche Instrumente in diesem Kontext könnten sein:⁵⁷

„frühe Eigenständigkeit für Post-docs, Tenure Tracks für Juniorprofessoren, gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen, an Fachhochschulen auch mit gemeinnützigen oder kommerziellen FuE-Anbietern, aktive Steigerung des Frauenanteils an der Professorenschaft, Rückkehrangebote für frühere Absolventen der Hochschule, angemessene Planungssicherheit für wissenschaftliche Karrieren incl. organisationsinterner Karriereoptionen, Angebote der organisatorischen und finanziellen Unterstützung beim Umzug und Ortswechsel“ (Pasternack 2007: 432).

Entbürokratisierungsanstrengungen nach dem Motto „Bei uns können Wissenschaftler bürokratiefrei lehren und forschen!“ könnten Wissenschaftler/innen von bürokratischen Aufgaben entlasten, so gebundene Ressourcen freisetzen und die intrinsische Motivation fördern (ebd.: 431f.).

Das unmittelbare lokale Umfeld wird hinsichtlich der Betrachtung nichtökonomischer Hochschuleffekte nur in wenigen Studien aufgenommen. Gleichwohl ist von wesentlichen Wirkungen der Hochschulen auf die sozio-kulturellen Merkmale einer Region auszugehen (vgl. Leusing 2007: 39-40):

„Lücken in der ... Forschungsliteratur [sind] vor allem dort zu erkennen, wo es um den Zusammenhang von Forschungs- und Bildungseinrichtungen mit urbaner und regionaler Entwicklung geht. Es existieren zwar Studien, welche sich mit den ökonomischen Wirkungen der Wissensinstitutionen, z.B. mit den Einkommens- und Beschäftigungseffekten in der Region befassen; weitergehende regionalwirtschaftliche oder soziokulturelle Effekte der Wissensstandorte (z.B. Imagewirkungen, sozialräumliche Entwicklungen, Bildung von Wissensmilieus und ihre soziokulturellen Wirkungen) werden bisher jedoch kaum behandelt.“ (BBR/difu 2004: 58)

Mit dem Modell der „Knowledge City“ rückt die Stadt als Raum der Wissensproduktion in den Fokus. Damit verbunden ist ein mehrdimensionales Verständnis von Wissen (vgl. Franz 2007: 155). Der Sozialsraum erlange eine besondere Rolle, da nicht kodifizierte Wissensbestandteile durch *face-to-face*-Kontakte übermittelt würden. Dadurch werde die räumliche Nähe von Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Wissensproduzenten und wissensbasierter Ökonomie als Nachfrager neuen Wissens wichtiger.⁵⁸ Jedoch werde dieser Ansatz dadurch erschwert, dass wesentliche Entscheidungen außerhalb der Selbstautonomie der Hochschulen lägen, bspw. Finanzfragen, und sie somit fremdgesteuert erscheinen könnten (ebd.: 159).

In diesem Zusammenhang werden die städtebaulichen und sozialräumlichen Bedingungen im Hochschulumfeld als wichtiger Standortfaktor beschrieben, der auch im internationalen Standortwettbewerb eine Rolle spiele:⁵⁹

- Zur Steigerung der Attraktivität des Umfeldes trage die Überwindung monofunktionaler Nutzungen von hochschulischen Gebäuden bei (Kunzmann 2004: 40).
- Eine flexible Öffnung entsprechender Räumlichkeiten für Gründer könne auch als Möglichkeit der Vernetzung mit den im Umfeld der Hochschule angesiedelten Produktions- und Serviceindustrien angesehen werden (Kunzmann 2004: 40; ähnlich Daskalakis 2011: 117-118).

⁵⁷ zu personalbezogenen Organisationsproblemen siehe auch Pasternack et al. (2008: 105f.)

⁵⁸ siehe oben Punkt 2.2.3. Kooperationsaktivitäten; oben Punkt 2.3.3. Stadtpolitik und Gewinnung neuer Akteure

⁵⁹ Kunzmann (2004: 40); ähnlich Kadner et al. (1997: 143) und Ziegenbein 2007 (364f.)

- Ferner können Aufenthaltsqualität und Belebung der hochschulnahen Räume als wichtige weiche Standortfaktoren angesehen werden. Letztere könnten durch einen hochschulnahen, d.h. an Studierende und Wissenschaftler/innen adressierten Wohnungsmarkt verbessert werden (Kunzmann 2004: 40).
- Zur Förderung lokaler Wissensräume trügen Diversität und ein weltoffenes Klima bei, welche daher zu fördern seien.⁶⁰ Kulturelle Heterogenität und internationaler Austausch gelten als Inputfaktor auf dem Weg zur Generierung neuen Wissens und Innovationen. An Hochschulen seien internationale Netzwerke aufzubauen und der Zuzug nichtdeutscher Studierender und Mitarbeiter/innen anzustreben (Nexus 2006: 181-182).⁶¹ Diese könnten über verstärkte Unterstützungs- und Servicestrukturen, bspw. mittels Hilfestellungen bei der Wohnungssuche oder mehrsprachige Studienangebote, zur Niederlassung angeregt werden (Ziegenbein 2007: 373).

Desweiteren könne von einem Einfluss der Hochschulen auf das kulturelle Angebot einer Region ausgegangen werden, welcher durch entsprechende Nachfrage- und Angebotseffekte bedingt sei (Nexus 2006: 181). Für die studentische Alltagskultur erscheine der Zwischenbereich einer kulturellen ‚Laienszene‘ wichtig. Deren Existenz sei durch die enge Wahrnehmungsverbindung von Stadt- und Hochschuleigenschaften ein wesentlicher weicher Standortfaktor, den es zu fördern gelte. Es komme dadurch zu einer „Leuchtturmfunktion von Hochschulen für regionale Identität und kulturelles Selbstbewusstsein“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund sollten Kulturprogramme im Hochschulprofil verankert und Angebote im Bereich Freizeit, Sport und Kultur ausgebaut werden (ebd.: 181f.).

Gesonderte Erwähnung findet die Kultur- und Kreativwirtschaft.⁶² Diese ist durch starke Wissensbasiierung und Innovationsneigung geprägt. Die Einbindung ihrer Akteure in Netzwerke stelle für unternehmerische Erfolge eine zentrale Ressource dar. Eine enge Verbindung zu Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sei hier nicht nur im Kontext von Gründungsförderung, Kooperationen und Netzwerkausbau anzustreben (u.a. Daskalakis 2011: 117; SMWA 2008: 34),⁶³ sondern auch hinsichtlich der Prägung der sozial-räumlichen Struktur im Umfeld von Hochschulstandorten zu betrachten.

Insgesamt kann herausgestellt werden, dass sich Hochschulen und städtischer Sozialraum gegenseitig signifikant beeinflussen (u.a. Kadner et al. 1997: 143): Die Vernetzung beider Ebenen müsse im Hinblick auf Optimierungsbestrebungen ausgebaut werden (Dörre/Neiss 2010: 163; ExperConsult 2011: 49). Bei der Entwicklung von Strategien zur Regionalentwicklung empfehle sich eine Kombination verschiedener Politik- bzw. Governancebereiche, um lokale Spezifika besser nutzen zu können (Matthiesen 2007: 116-117). Verwiesen ist damit auf die Potenziale, die durch die gezielte Kopplung von Wissenschafts- und Regional- bzw. Stadtentwicklung entstehen können. Müller-Böling et al. (2011: 85) plädieren in diesem Kontext dafür, Wissenschaft als Leitthema der Stadtentwicklung zu setzen.

2.3.5. Sozial- und geisteswissenschaftliche Transfereffekte

Besonders den Natur- und Ingenieurwissenschaften wird ein hoher Effekt im Wissens- und Absolvententransfer zugesprochen. Jedoch haben auch die Sozial- und Geisteswissenschaften nicht zu vernachlässigende Auswirkungen auf die Region. Dörre/Neis (2010: 160) kritisieren den Trend zur Konzentration auf „ökonomisch interessante Forschungsergebnisse und entsprechend ausgerichtete Absolventen“. Sie betonen stattdessen die Bedeutung eines sozialen und kulturellen Klimas, welches durch die regionale Anwesenheit von Geistes- und Sozialwissenschaften geschaffen werde. Über

⁶⁰ Matthiesen (2007: 117); Nexus (2006: 182); Ziegenbein (2007: 365ff.)

⁶¹ siehe oben Punkt 2.1.4. Gewinnung neuer Studierendengruppen und neue Bildungsformen

⁶² u.a. Daskalakis (2011: 117); MWA LSA (2006); SMWA (2008); Ziegenbein (2007: 365)

⁶³ siehe oben Punkte 2.2.2. Regionale Innovationsaktivitäten bis 2.2.4. Absolventen als Unternehmer und Spin Offs

hochschulbasierte Freizeit-, Sport- und Kulturangebote könne die kulturelle Szene einer Stadt mitgeprägt werden (Nexus 2006: 181). Unverzichtbare Ausbildungsleistungen im Bereich der Lehramts- oder sozialpädagogischen Studiengänge kämen dem Bundesland und der Sitzregion zudem direkt zugute: So könnten über Modellprojekte bspw. mit Schulen oder KiTas die lokalen Bildungseinrichtungen verbessert werden (Nexus 2006: 182). Frankenberg (2001: 106) empfiehlt die verstärkte Einbeziehung der sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengänge in Kooperationen mit Unternehmen, da er in dieser Konstellation bisher ungenutzte Potenziale vermutet.

Die ostdeutschen Regionen zeichnen sich durch spezifische Problemkonstellationen aus, die in den westlichen Bundesländern (noch) nicht oder weniger stark ausgeprägt sind: demografischer Wandel, ungelöste Systemtransformationsprobleme und das Nichtfunktionieren herkömmlicher (quantitativer) Wachstumsmodelle.⁶⁴ Darin zeige sich zugleich ein hoher Forschungsbedarf, der auf innovative Lösungen und Bearbeitungsstrategien zielen müsse. Hier würden auch die Grenzen einer rein wirtschaftlich orientierten Innovationsorientierung deutlich. (Pasternack 2007: 384; 2010: 533f.) Verwiesen sei damit auf das Erfordernis sozialer Innovationen, zu deren Erzeugung entsprechende Kapazitäten auch, aber nicht nur im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften bereitzuhalten seien (ebd. 2010: 536). So werden bspw. zur Bearbeitung der Themen Stadtumbau und demografischer Wandel eine umfassende Breite an fachlichen Perspektiven benötigt:

„Auf Architekten, Ingenieur- und Naturwissenschaftler warten bauliche, Verkehrs- und technische Infrastruktur- sowie materialwissenschaftliche Fragen; auf Mediziner, Gesundheits- und Pflegewissenschaftler die Probleme, die sich aus dem veränderten Altersaufbau der geschrumpften Bevölkerung ergeben; die Sozialwissenschaften werden benötigt, um angemessen auf sich ändernde Generationenbeziehungen, Suburbanisierung, Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Siedlungsgebiete oder Segregations- und soziale (Des)Integrationsprozesse reagieren zu können; Erziehungswissenschaftler und Bildungsforscher sind gefragt, wenn auf die Veränderungen der Relation von inner- und außerfamilialem Bildungs- und Kompetenzerwerb reagiert werden muss; Ökonomen und Agrarwissenschaftler werden von der Notwendigkeit regionalisierter Stoff- und Güterkreisläufe herausgefordert; für Landschaftsplaner stehen Fragen nach der Gestaltung des Verhältnisses besiedelter und entsiedelter Räume; Geisteswissenschaftler finden Herausforderungen in den einhergehenden Orientierungsproblemen und der Notwendigkeit, dass sich die ostdeutschen Städte gleichsam neu erfinden müssen.“ (Pasternack 2007: 385)

Dabei gelte, dass es vor allem die ostdeutschen Hochschulen seien, die die wissenschaftliche Expertise zur Bearbeitung der regionalen Probleme in den östlichen Bundesländern bereitstellen könnten und müssten, da diese Expertise von außen nicht in genügendem Maße zu mobilisieren sei (Pasternack 2007: 385f.; 2010: 536). Hochschulische Ressourcenausstattungen müssten entsprechend gestaltet werden, solle aus dem ostdeutschen Problemvorsprung ein Problemlösungsvorsprung generiert werden (Pasternack 2010: 534). Letzteres schließe die Bereithaltung regionaler Ausbildungskapazitäten zur Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften ein.

2.3.6. Zwischenfazit

Die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen formulierten Handlungsempfehlungen bauen, soweit sie die sozialräumlichen Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit behandeln, auf folgenden zentralen *Zusammenhangsannahmen* auf: Die Förderung von Wissenslandschaften sei be-

⁶⁴ Beispielhaft können hier folgende Themen angeführt werden: sich ändernde Generationenbeziehungen, Suburbanisierung, Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Regionen, Segregations- und soziale (Des)Integrationsprozesse (Pasternack 2007: 385f.).

sonders in den ostdeutschen Bundesländern eine wichtige Aufgabe, da diese kaum über großindustrielle Wirtschaft verfügen. Humankapital und Innovationen würden damit zum entscheidenden Faktor der Prosperität der Regionen. Durch Hochschulen werde einerseits die Humankapitalbasis gestärkt und andererseits der regionalen Veralterung entgegengewirkt. Hochschulen seien Stimulatoren der regionalen Wirtschaft und erzeugten zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Sitzregion. Eine starke regionale Wirtschaft fördere die Bleibeabsichten der Absolventen in der Region. Allerdings führten Hochschulen selbst dann zu erheblichen Mittelzuflüssen in die Region, wenn alle Absolventen diese verlassen würden.

Um einen Standort attraktiv zu gestalten, seien räumliche Nähe zwischen den Einrichtungen, ein attraktives Umfeld sowie kulturelle Angebote und Lebensqualität wichtig, welche sich im überregionalen Standortwettbewerb als wesentliche Faktoren zeigen könnten.

Als *Erfolgsfaktoren* für sozialräumlichen Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit, die in diesem Sinne zielführend sind, nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an:⁶⁵

- Vermittlungsaktivitäten der Hochschulen für die eigenen Absolventinnen/Absolventen wirken einem Unterhöhlen der regionalen Qualifikationsbasis und einer hinsichtlich des Bildungsniveaus entmischten Bevölkerung entgegen.
- Mit der Förderung von familienfreundlichen Angeboten der Hochschulen werden familiäre Zukunftsperspektiven für die Absolventen gesichert und deren Verbleib innerhalb der Region unterstützt.
- Mit der Attrahierung von internationalen Studierenden, Kulturschaffenden und unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen entsteht eine offene kreative Stadtpolitik und ein weltoffenes Klima.
- Hochschulinterne Entbürokratisierungsanstrengungen, die das wissenschaftliche Personal von bürokratischen Aufgaben weitestgehend entlasten, erzeugen einen Standortvorteil.
- Für eine Bearbeitung von Problemkonstellationen, die besonders in den ostdeutschen Ländern auftreten, wird es unabdingbar sein, neben wirtschaftlichen auch verstärkt soziale Innovationen zu erzeugen.

Explizite *Risikofaktoren* hinsichtlich sozialräumlicher Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit werden in den ausgewerteten Studien und Evaluationen kaum benannt. Dies dürfte auf die eher rudimentäre Betrachtung dieses Themenkomplexes zurückzuführen sein. Es wird konstatiert, dass Mittelkürzungen an Hochschulen die regionalen Ausgaben und Beschäftigungseffekte negativ beeinflussen (Schultz 2007: 104). Dohmen/Himpele (2007: 303) weisen desweiteren darauf hin, dass sich Kürzungen oder Schließungen kleinerer Hochschulstandorte in ländlich geprägten Regionen negativ auf deren wirtschaftliche Entwicklung auswirkten, was zusätzlich durch eine verstärkten Konzentration von Wissenschaft und Forschung in größeren Städten verschärft werde. Pasternack (2007: 385f., 2010: 536) macht deutlich, dass die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme, die (zunächst) verstärkt in den östlichen Bundesländern auftreten, die Mobilisierung wissenschaftlicher Potenziale hauptsächlich der ostdeutschen Länder benötigt werde. Andernfalls blieben entsprechende Problembearbeitungsprozesse „analytisch unterbelichtet“. Zudem mangle es den Hochschulen an (finanzieller) Autonomie, was die Umsetzung modellhafter Ansätze wie dem des Knowledge-City-Modells, erschwere.

Übersicht 5 fasst die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen identifizierten Handlungsempfehlungen zu den sozialräumlichen Bedingungen und Effekten der Hochschultätigkeit schlagwortartig zusammen.

⁶⁵ Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

Übersicht 5: Handlungsempfehlungen zu sozialräumlichen Bedingungen und Effekten der Hochschultätigkeit im Überblick

Gestaltungsbereich	Handlungsempfehlungen	Quelle
Monetäre Effekte und regionale Arbeitsmarkteffekte	Förderung von Ausgründungen	Gansel et al. (2005: 23); Gerlach et al. (2005: 3); Nexus (2006: 180); Rosenfeld et al. (2005: 149); Ziegenbein (2007: 373)
	Förderung früher Praxiskontakte der Studierenden mit regionaler Wirtschaft	Behr et al. (2010: 116); Nexus (2006: 180); Pasternack et al. (2008); Rosner (2005: 234); Ziegenbein (2007: 367f.)
	Unterstützung von Personaltransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft	Dienel (2005: 91); Fritsch (2004: 122)
	Regionale Beschaffung der durch die Hochschule benötigten Dienstleistungen und Güter	Schultz (2002: 31)
Stadtpolitik und Gewinnung neuer Akteure	Initiierung einer integrierten Stadtpolitik als Wissenschaftsstandort	Dohmen/Himpele (2007: 307); Kadner et al. (1997: 143); Ziegenbein (2007: 374)
	Gewinnung neuer Akteure zur Gestaltung eines kreativen Umfelds:	
	a) Zuzug internationaler Studierender und Mitarbeiter/innen	Banscherus et al. (2009: 153); Deutscher Bundestag (2009: 51); Nexus (2006: 182); ZDW 2007: 249; Ziegenbein (2007: 373)
	b) Anlocken von <i>spatial pioneers</i>	Matthiesen (2007: 117); Ziegenbein (2007: 365)
	Vollständig eigenständige Bewirtschaftung der Hochschulimmobilien	Ziegenbein (2007: 370)
Weiche Faktoren	Kooperation unterschiedlicher Akteure aus Politik, Verwaltung, Kreativwirtschaft und Hochschulen zur Unterstützung des Kreativ- und Kulturwirtschaftsbereichs vor Ort	SMWA (2008: 93)
	Stärkung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen	Dohmen/Himpele (2007: 307); Dörre/Neis (2010: 161); Nexus (2006: 174ff., 181f.); SMWA 2008: 34; WZW (2008: 73); Ziegenbein 2007: 365
	Förderung eines weltoffenen Klimas	Matthiesen (2007: 117); Nexus (2006: 182); Ziegenbein (2007: 365ff.)
	Steigerung der Attraktivität des hochschulischen Umfelds	Daskalakis (2011: 117f.); Kadner et al. (1997: 143); Kunzmann (2004: 40); Ziegenbein (2007: 364f.)
	Förderung der kulturellen Szene	Nexus (2006: 181f.); SMWA (2008: 34); Ziegenbein (2007: 365)
	Attraktivierung der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal: Entlastung von Bürokratie und langfristige Beschäftigungsperspektiven	Fritsch et al. (2008: 33); Nexus (2006); Pasternack et al. (2007: 431f.)
Sozial- und geisteswissenschaftliche Transfer-effekte	Gestaltung des sozialen und kulturellen Klimas durch Sozial- und Geisteswissenschaften verstärkt einbeziehen	Dörre/Neis (2010: 160)
	Unterstützung lokaler Bildungseinrichtungen über Modellprojekte mit Studierenden pädagogischer Studiengänge	Nexus (2006: 182)
	Unternehmenskooperationen verstärkt mit Studierenden der sozial- und geisteswissenschaftlicher Studiengänge	Frankenberg (2001: 106)
	Kapazitäten zur Erzeugung sozialer Innovationen über Ausstattung der Geistes- und Sozialwissenschaften sichern	Pasternack (2010: 536)
	Bereithaltung regionaler Ausbildungskapazitäten zur Sicherung des sozial- und geisteswissenschaftlichen Nachwuchses	Pasternack (2010: 536)

Gestaltungsbereich	Handlungsempfehlungen	Quelle
	Ressourcenausstattungen ostdeutscher Hochschulen so gestalten, dass wissenschaftliche Expertise zur Bearbeitung regionaler Problemlagen erbracht werden kann und entsprechende Anreize bestehen	Pasternack (2007: 385f.; 2010: 536)

3. Gesamtauswertung

Inhaltlich ergibt die Sichtung der hier einbezogenen Gutachten, Evaluationen und Studien zunächst, dass ökonomische Betrachtungsweisen dominieren. Die sog. Third Mission – gesellschaftsbezogene Aktivitäten und Wirkungen der Hochschulen – wird in der Regel auf zwei Erwartungen, die sich an die Hochschulen richten, reduziert: die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region und Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen, also in zwei sehr eng den ‚First & second Missions‘ gekoppelte Hochschulaktivitäten. Der unter Third Mission ebenso zu fassende Handlungsbereich, Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen zu liefern, ist dagegen wenig ausgearbeitet.⁶⁶

In der vergleichenden Betrachtung der 68 ausgewerteten Studien wird überdies deutlich, dass sich die formulierten Handlungsempfehlungen stark ähneln. Weitere Auffälligkeiten sind:

- Aussagen mit stark verallgemeinernder Aussagekraft – wie die Empfehlung, Kooperationen und Netzwerkstrukturen zu fördern – überwiegen gegenüber der Benennung konkreter Maßnahmen und Wirkungszusammenhänge deutlich. Konkrete Empfehlungen, die sich mit der Entwicklung einzelner Regionen beschäftigen und einen weiteren Blick sowie weiter reichende Maßnahmenkataloge bieten, stellen Ausnahmen dar.
- Thematisch beziehen sich Überlegungen hinsichtlich der Effekte von Hochschulen auf die Region meist auf die Lehre und Ausbildung, Vermittlung von Absolventen und Kooperationen mit Unternehmen bzw. anderen regionalen Akteuren. Dabei werden überwiegend Bezüge zur Fachkräfteversorgung und (wirtschaftlichen) Innovationsfähigkeit der Regionen hergestellt.
- Die Auseinandersetzung mit dem Schrumpfungsthema spielt nur in einer quantitativ kleinen Zahl der ausgewerteten Studien eine Rolle. Der regionalspezifische sozio-demografische Kontext wird häufig nicht oder unkonkret in die Überlegungen einbezogen. Dies wiederum betrifft insbesondere die Entwicklung der sog. weichen Standortfaktoren.

3.1. Zusammenhangsannahmen, Erfolgs- und Risikofaktoren

Die in den ausgewerteten Studien und Evaluationen formulierten Handlungsempfehlungen bauen auf verschiedenen Annahmen hinsichtlich von Wirkungszusammenhängen auf. Die zentralen *Zusammenhangsannahmen* lassen sich wie folgt resümieren:

⁶⁶ Dies gilt jedoch nicht allein für die Betrachtung der ostdeutschen Hochschulen. In ganz Deutschland spielen bislang „Aktivitäten im Bereich des gesellschaftlichen Engagements ... keine Rolle bei der leistungsorientierten Mittelvergabe, die wettbewerblichen Anreizsysteme – vor allem in der Forschungsförderung –, die quantitativen Kennzahlen, die Rankingkriterien und die damit verbundenen Reputationsmechanismen setzen Hochschulen unter einen einseitigen, forschungsorientierten Performancedruck, der gesellschaftlichem Engagement und damit gemeinnützigen Aktivitäten von Hochschulen wenig Raum lässt“ (Berthold/Meyer-Guckel/Rohe 2010: 4). Überdies gibt es weder eine Tradition noch ein allgemein geteiltes Verständnis eines zivilgesellschaftlichen Auftrags für Hochschulen jenseits von Forschung und Lehre (ebd.: 9).

- Die hochschulische Bildungsfunktion umfasse verschiedene Aus- und Weiterbildungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen. Durch deren konsequente Umsetzung werde die Wissensbasis einer Region erhöht.
- Bei enger Abstimmung auf die tatsächlichen Bedarfe des regionalen Wirtschaftssektors, der sich besonders im Bedarf an Fachkräften zeige, könne dessen wirtschaftliche Prosperität ebenso stimuliert werden wie die Innovationsfähigkeit und die Attraktivität für weitere unternehmerische Ansiedlungen.
- Die Forschungs- und Transferfunktionen von Hochschulen wirkten sich direkt auf die regionale Innovationsneigung und auf die regionale Wirtschaftsentwicklung insgesamt aus. Dies basiere unter anderem auf Netzwerken bzw. Clustern, die sich aus Kooperationen mit Unternehmen oder anderen Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtungen ergeben. Hochschulen nehmen innerhalb solcher Verbünde eine Schlüsselposition ein, bspw. durch die Förderung von Ausgründungen. So könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere Unternehmen angezogen werden. Entsprechende Hochschulförderung wirke als Nachwuchsförderung und könne ein Gegengewicht zum demografischen Wandel darstellen.
- Um Effekte nachhaltig zu stimulieren und das regionale Innovationsmilieu zu stärken, sei es wichtig, in enge Kommunikation mit den kommunalen Entscheidungsträgern zu kommen, um die kommunale Infrastruktur zu verbessern und eine regionale Wissenslandschaft zu konstituieren.
- Die Förderung von Wissenslandschaften sei besonders in den ostdeutschen Bundesländern eine wichtige Aufgabe, da diese kaum über großindustrielle Wirtschaft verfügen. Humankapital und Innovationen würden damit zum entscheidenden Faktor der Prosperität der Regionen.
- Durch Hochschulen werde einerseits die Humankapitalbasis gestärkt und andererseits der regionalen Veralterung entgegengewirkt.
- Hochschulen seien Stimulatoren der regionalen Wirtschaft, da Unternehmen mit Wissenschaftskontakten innovationsfreudiger seien und häufiger neue Produkte entwickelten. Deren Kooperationsbereitschaft hänge auch mit der räumlichen Nähe zu Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen zusammen. Zudem erzeugten sie zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Sitzregion, so dass eine starke regionale Wirtschaft die Bleibeabsichten der Absolventen in der Region fördere.
- Um einen Standort attraktiv zu gestalten, seien räumliche Nähe zwischen den Einrichtungen, ein attraktives Umfeld sowie kulturelle Angebote und Lebensqualität wichtig, da diese zentrale Standortvorteile darstellen könnten.

Als *Erfolgsfaktoren* der Hochschulentwicklung, die in diesem Sinne zielführend ist, nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an,⁶⁷ dass starke Hochschulen mit Regionalbezug neben (zusätzlichen) finanziellen Unterstützungen vor allem durch folgende Ansätze entstehen:

- Die Ausrichtung an regionalwirtschaftlichen Branchenschwerpunkten bspw. durch Herstellung von Komplementarität der Bildungsangebote führt zur langfristigen Stärkung der Wissensbasis der Region und fördert langfristig den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und den regionalen Unternehmen.
- Durch die gezielte Vermittlung von Studierenden und Absolventen in den lokalen Arbeitsmarkt etwa mittels Praktika oder Karrierezentren können hochschulische Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft gestärkt werden.
- Die Förderung von Ausgründungen aus den Hochschulen kommt dem regionalen Wissenstransfer und Innovationsgeschehen zugute.

⁶⁷ Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

- Durch eine verstärkte Vernetzung mit den ortsansässigen Schulen können Schulabgänger/innen für ein Studium innerhalb der Region interessiert werden, was Abwanderungstendenzen in westliche Bundesländer entgegenwirken kann.
- Über vermehrte Beratungs- und Betreuungsangebote sowie flexiblere Studiemöglichkeiten wie Fern- und Teilzeitstudiengänge, duale Studienprogramme oder Weiterbildungsangebote lassen sich neue Studierendengruppen ansprechen. Hierzu zählen die Öffnung für Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung oder Nachwachsende aus weniger bildungsaffinen Milieus. Auch internationale Studierende können so vermehrt angezogen werden.
- Die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen kann über ein Studium Generale mit Ausbildungsanteilen aus anderen Fächergruppen oder der verstärkten Vermittlung von sozialen und kommunikativen Fähigkeiten erhöht werden.
- Eine verbessertes Betreuungsangebot, wie bspw. über Mentoring-/Tutoren-Programme oder über Beratungsleistungen der Hochschule, kann die Studienabbrecherquote verringern.
- Über die Erhöhung der Durchlässigkeit und Flexibilität zwischen Bachelor- und Masterphase und die Möglichkeit zur späteren Wiederaufnahme des Studiums, bspw. nach Elternzeiten oder einem bereits erfolgten Berufseinstieg, können neue Studierendengruppen angesprochen werden.
- Die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen kann über eine veränderte Hochschuldidaktik hin zur Vermittlung sozialer Kompetenzen und der Erhöhung fachübergreifender Wissensanteile gestärkt werden.
- Die Innovationsfähigkeit einer Region beruht stark auf Netzwerken und Clustern, welche aus engen Kooperationen zwischen Wissenschaftseinrichtungen mit regional ansässigen Unternehmen entstehen. Hilfreich ist ihre institutionelle und finanzielle Förderung, jedoch auch ihr überregionaler Erfolg, um bspw. eine wirtschaftliche Vermarktung der gemeinsamen Ergebnisse zu fördern.
- Die langfristige Kooperation von Hochschulen mit Unternehmen fördert die Innovationsfähigkeit einer Region und auch die Forschungsintensität der Hochschulen. Diese müssen systematisch ausgestaltet und koordiniert werden.
- Die Einrichtung bzw. der Ausbau und vor allem die Qualifizierung von (derzeit strukturell überforderten) Transfereinrichtungen an den Hochschulen können solche Netzwerke initiieren bzw. Kooperationsneigungen stärken, so dass sich eine Verbesserung der hochschulischen Öffentlichkeitsarbeit positiv auf Kooperationszahlen auswirken kann.
- Sollen hochschulische (Transfer)Leistungen Impulse für die Regionalentwicklung liefern, die über Transferstellen vermittelt werden können, bedarf es entsprechender Anreizstrukturen.
- Für Impulse der Regionalentwicklung ist die Bereithaltung von Hochschul- und Forschungspotenzialen, welche die gesamte Forschungskette abdecken, empfehlenswert. Grundlagen- und Anwendungsforschung sind stets zusammen zu denken, wenn Hochschulen als Entwicklungsmotoren von Regionen agieren sollen.
- Die mit der Forschungsförderung zur Struktur- und Innovationsbildung verbundenen Risiken hinsichtlich ihrer Erfolgsgewissheit müssen eingegangen werden, wenn man dem Ziel selbsttragender Entwicklungen näher kommen will.
- Hochschulische Ausgründungen spielen eine wichtige Rolle. Starke Unterstützungsstrukturen für Entrepreneurs sind ebenso hilfreich wie eine verstärkt fundierte Gründerausbildung und -förderung an den Hochschulen, um die Innovationsneigung innerhalb einer Region zu stärken und die regionale Arbeitsmarktbasis zu erhöhen
- Synergieeffekte kommen durch Kooperationen mit anderen regionalen Hochschulen zustande. So können bspw. Doppelangebote vermieden werden und neue Studiengangskonzepte oder Graduierteneinrichtungen entwickelt werden.
- Kooperationen mit den Kommunen fördern die infrastrukturelle Anbindung der Hochschulen.

- Vermittlungsaktivitäten der Hochschulen für die eigenen Absolventinnen/Absolventen wirken einem Unterhöhlen der regionalen Qualifikationsbasis und damit einer hinsichtlich des Bildungsniveaus entmischten Bevölkerung entgegen.
- Mit der Förderung von familienfreundlichen Angeboten der Hochschulen werden familiäre Zukunftsperspektiven für die Absolventen gesichert und damit deren Verbleib innerhalb der Region unterstützt.
- Mit der Attrahierung von internationalen Studierenden, Kulturschaffenden und unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen entsteht eine offene kreative Stadtentwicklung und ein weltoffenes Klima.
- Hochschulinterne Entbürokratisierungsanstrengungen, die das wissenschaftliche Personal von bürokratischen Aufgaben weitestgehend entlasten, erzeugen einen Standortvorteil.
- Für eine Bearbeitung von Problemkonstellationen, die besonders in den ostdeutschen Ländern auftreten, ist es unabdingbar, neben wirtschaftlichen auch verstärkt soziale Innovationen zu erzeugen.

Als *Risikofaktoren* für das etwaige Nichtgelingen zielführender Hochschulentwicklungen nehmen die ausgewerteten Studien und Evaluationen an.⁶⁸

- Die unzureichende Auseinandersetzung der Politik mit den Folgen des demografischen Wandels auf Hochschulpolitik und -organisation.
- Mittelkürzungen an Hochschulen, welche die regionalen Ausgaben und Beschäftigungseffekte negativ beeinflussten.
- Kürzungen oder Schließungen kleinerer Hochschulstandorte, die sich in ländlich geprägten Regionen negativ auf die regional- wirtschaftliche Entwicklung auswirkten. Zudem würde dadurch die Tendenz einer verstärkten Konzentration von Wissenschaft und Forschung in größeren Städten verschärft.
- Ein zu einseitiges Bildungs- und Ausbildungsangebot kann die Abwanderung potenzieller Studienbewerber aus der Region verstärken, wenn mögliche Studienwünsche nicht kohärent mit dem Studienangebot sind. Dies kann bspw. bei einer verstärkten fachlichen Ausrichtung entlang regionaler Branchenschwerpunkte geschehen.
- Dazu wird weiterhin wird angemahnt, dass der Verzicht auf eine Orientierung an regionalen Bedarfen der Unternehmen vermehrt zu einer überregionalen Arbeitsaufnahme der Absolventen führen kann. Folglich würden die öffentlich investierten Mittel in die Bildungsangebote der Hochschulen nicht steuerlich in die jeweiligen Bundesländer zurückfließen.
- Die Trennung der Hochschullandschaft in eine Basis(ausbildungs)bereich und einen Bereich der höheren, spezifischen Qualifikation als Folge eines zu stark regional ausgerichteten Studienangebots.
- Eine verstärkte Fokussierung auf die reine Erhöhung der Studierendenzahl bei gleichzeitiger Nichtbeachtung der Studienfachneigungen kann die Qualität der Hochschulausbildung belasten.
- Bei der Förderung von Clustern innerhalb der regionalen Innovationspolitik muss in Rechnung gestellt werden, dass deren allein politische Initiierung dauerhaft nicht tragfähig im Wettbewerb ist und Kooperationen häufig überregional sowie durch persönliche Kontakte entstehen.
- Teile hochschulischer Organisationsstrukturen wie haushaltsrechtliche Vorgaben oder Kooperations- und Netzwerkbürokratie sowie Nicht-Zuständigkeiten können Kooperationen behindern.
- Zu prozessbezogenen Organisationsproblemen können u.a. fehlende Gesamtstrategien der Hochschulen für Kooperationsaktivitäten, die gremiengebundene Entscheidungsfindung in den Hoch-

⁶⁸ Die empirische Evidenz der einzelnen Faktoren weist in den einzelnen ausgewerteten Studien unterschiedliche Grade auf, von eher vermutend bis überzeugend aus dem Datenmaterial herausgearbeitet.

schulen oder die Fokussierung der Career Centers auf (künftige) AbsolventInnen anstelle von Unternehmern zählen.

- Vergleichsweise wenig attraktive Bezahlung sowie Personalfuktuation mit einhergehendem Mangel an festen Ansprechpartnern bzw. Vertrauensbildung können zu personenbezogenen Hemmnissen beim Kooperationsaufbau zwischen Hochschule und Praxis werden.
- Unzureichende Vermarktung komplexer, hochschulischer Forschungsansätze und -ergebnisse durch falschen Ressourceneinsatz (strukturell überforderter) Transfereinrichtungen.
- Bedingt durch die Studienstrukturreform stehen den Studierenden weniger zeitliche Ressourcen zur Verfügung, was Praxiskontakte und Gründungsvorbereitungen innerhalb des Studiums erschweren kann.
- Werden Förderschwerpunkte der Forschung per Vorabfestlegung definiert, kann es zu einer unzureichenden Berücksichtigung regionaler Stärken kommen. Auch kann eine zu starke Konzentration auf bestimmte Branchenschwerpunkte die Ansiedlung anderer Wirtschaftsbereiche erschweren.
- Eine Konzentration auf Hochschulen lässt außer acht, dass die Forschungsleistung von Hochschulen geringer ist als die von FuE-Einrichtungen.
- Kritisch ist die Problematik eingeschränkter Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen aus dem Hochschulbereich.
- Innerhalb stadtentwicklerischer Maßnahmen ist zu beachten, dass die Abwanderung von Hochschulstandorten aus den innerstädtischen Bereichen sich negativ auf das regionale Innovationsmilieu auswirken könne.
- Als Folge eingeschränkter Hochschulautonomie, bspw. in Finanzfragen, erschwerte Umsetzung neuer Stadtentwicklungsansätze wie dem Knowledge-City-Modell.

3.2. Die Handlungsempfehlungen

3.2.1. Adressaten

Wenig überraschend sind die zentralen Akteure, welche angesprochen werden:

- a) Dem *Bund* werden zumeist allgemeine Maßnahmen, etwa die Förderung von Exzellenz, angetragen. Zentral thematisiert wird, die finanziellen Mittel für Hochschulen und Forschung zu erhöhen. Nur wenige Autoren kritisieren die politischen Aktivitäten grundsätzlich. Angemahnt wird eine verstärkte Zusammenarbeit unterschiedlicher Politikfelder, um damit die konkurrierende Einflussnahme verschiedener Politikbereiche und Akteure zu beenden.
- b) Für die *Bundesländer* sind die vorgeschlagenen Maßnahmenkataloge vielfältiger. Sie kreisen neben dem Vorschlag des Ausbaus der Finanzierung wesentlich um (1) mehr Hochschulautonomie in Verbindung mit einer Liberalisierung des Hochschulrechts, (2) den Ausbau der Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie die Unterstützung von Ausgründungen, (3) regionale Einbettung von Hochschul- und Innovationspolitik, (4) den weiteren Ausbau der Studienplätze, (5) die Verbesserung der Schulpolitik, (6) Veränderungen in der Personalstruktur im wissenschaftlichen Bereich, um attraktivere Beschäftigungsoptionen zu schaffen und (7) die Umgestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge.
- c) Den *Regionen/Kommunen* komme vorrangig die Aufgabe zu, weiche Standortfaktoren zu stärken und Wissenschaft als Leitthema für die Regionalentwicklung zu setzen.

- d) Besonders vielfältig ist der Maßnahmenkatalog, der an die *Hochschulen* adressiert ist. Sie sollen (1) die Informationspolitik (etwa über Transferstellen, aber auch hochschulintern) verbessern, (2) Maßnahmen für neue Studierendengruppen (Berufserfahrene ohne Abitur, Weiterbildung, Fernstudium, Seniorenstudium) ergreifen, (3) Gründungsaktivitäten fördern (u.a. durch entsprechende Ausbildungsinhalte oder frühe Praxiskontakte), (4) Kooperationen mit anderen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen (regional, überregional, international) anreizen und (5) die Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal verbessern (u.a. optimalere Nutzung personeller Ressourcen; Steigerung intrinsischer Motivation für Initiativen/Forschung/Kooperationen). Hinzu treten eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, wie der Ausbau von Absolventennetzwerken oder die Senkung der Studienabbrecherquote über verbesserte Beratungsangebote vor und während des Studiums.
- e) *Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen* werden kaum als eigene Akteurskategorie behandelt – sie werden zumeist als potenzielle Kooperationspartner und Stütze regionaler Innovationsstrukturen (mit)benannt.
- f) Auch mit Handlungsempfehlungen an *Unternehmen* bleibt die Literatur zurückhaltend. Diese sollen Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen anstreben, Praktikanten aufnehmen oder Praxistage durchführen. Einzelne Maßnahmen stellen konkreter auf die Ausgestaltung von Kooperationsbeziehungen sowie die Befriedigung regionaler Wissens- und Problembearbeitungsbedarfe ab.

Daneben finden sich allgemeinere Aussagen, die schwer auf einzelne Akteure zuzurechnen sind, so die Stärkung von Wissens-Spill-Over, die Anregung von Innovationstätigkeit oder den Ausbau bzw. die Gründung von oder Mitwirkung an Netzwerken.

3.2.2. Funktionsspezifisch – Bildung, Forschung/Transfer, Sozialraum

Unter dem Aspekt ihrer *Bildungsfunktion* werden die Hochschulen als zentrale Akteure und Ansatzpunkte im regionalen Innovationssystem betrachtet. Mögliche Handlungsoptionen für deren Zukunftsfähigkeit, gerade unter Bedingungen des demografischen Wandels, werden sowohl in der politischen und institutionellen Ausgestaltung des tertiären Bildungssystems als auch in einer veränderten Struktur des Bildungsangebots gesehen:

- Hochschulentwicklungsplanung solle, vor dem Hintergrund mangelnder Humankapitalausstattung der Regionen, die Beibehaltung bzw. den Ausbau der Studienplatzkapazitäten beinhalten, besonders bei Studiengängen, welche stärker von der Gruppe überproportional abwandernder junger Frauen nachgefragt werden.
- Synergieeffekte kommen durch Kooperationen mit anderen regionalen Hochschulen zustande. So können bspw. Doppelangebote vermieden werden und neue Studiengangskonzepte oder Graduierteneinrichtungen entwickelt werden.
- Dem Fachkräftemangel solle mit langfristigen Beschäftigungsperspektiven auch für ausländische Absolventen begegnet werden.
- Es sollen regionale Standortspezifika beachtet werden, indem das Bildungsangebot von Hochschulen entlang regionaler Branchenschwerpunkte ausgerichtet wird, um die Humankapitalbasis zu erhöhen und die Innovationsfähigkeit der Region stärken zu können. Dabei gelte es, voneinander isolierte Mehrfachangebote zu vermeiden.
- Über die Beachtung spezifischer Charakteristika von Hochschulen seien zudem Hochschul- und Forschungspotenziale zu erhalten, welche die komplette Forschungskette von Grundlagenforschung, über anwendungsorientierte Vorlauftforschung und Auftragsforschung bis hin zu Transfer, Beratung und FuE-Dienstleistungen abdecken.

- Um Absolventen beim Übergang in den regionalen Arbeitsmarkt zu unterstützen, seien verstärkte Vermittlungsanstrengungen und Kooperationen der Hochschulen mit lokalen Unternehmen empfehlenswert.
- Mit neuen Formen der Bildungsangebote, wie bspw. Weiterbildung, duale Studiengänge, Fern- oder Teilzeitstudiengänge bei gleichzeitiger Öffnung der Hochschulen für neue Studierendengruppen – Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, Bildungspotenziale in den ländlichen Gebieten oder Studierende mit Kindern – könnte eine flexible und ansprechende Angebotsstruktur entwickelt werden. Gleichzeitig solle die Durchlässigkeit und Flexibilität zwischen Bachelor- und Masterphase erhöht und die Möglichkeit zur späteren Wiederaufnahme des Studiums (bspw. nach Eltern- oder Berufszeiten) ermöglicht werden.
- Zur Neugestaltung der Bildungsangebote könne auch eine verstärkte Gründerausbildung mit breit aufgestellten Beratungs- und Betreuungsleistungen an den Hochschulen gehören.

Besonders die *Forschungs- und Transferfunktion der Hochschulen* steht im engen Zusammenhang mit regionalem Wissenstransfer und regionaler Wirtschaftsentwicklung. Aus diesem Grund werden sowohl staatliche Innovationspolitik als auch Kooperationen von Hochschulen mit öffentlichen und privaten Akteuren bspw. in Innovationsnetzwerken oder Clustern näher betrachtet und bewertet:

- Bei staatlicher Innovationspolitik sei das regionale Umfeld der Akteure in die Betrachtung mit einzubeziehen; so könnten regionale Schwerpunkte im Bereich der FuE neu gesetzt oder angepasst werden.
- Die Bedeutung von Kooperationen nehme im Innovationsumfeld zu; dabei sollten Hochschulen eine verstärkte, systematisch-organisierte Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren pflegen. So könnten Kooperationen mit anderen Hochschulen oder Wissenschaftseinrichtungen zur gemeinsamen Gestaltung der Bildungsangebote führen, Servicestrukturen ebenso effizient abgestimmt werden wie die Leistungen im Bereich FuE. Im Bereich der Unternehmenskooperationen sei es empfehlenswert, den Personaltransfer zu stärken, Weiterbildungsangebote zu konzeptionieren oder gemeinsame Forschungsvorhaben zu entwickeln. Auch die Zusammenarbeit mit kommunalen Entscheidungsträgern sei für die Ausgestaltung der lokalen Infrastruktur und weiterer weicher Standortfaktoren vonnöten.
- Zur Stimulierung derartiger Kooperationen sei eine Flexibilisierung bzw. Liberalisierung des Hochschulrechts notwendig.
- Wichtig sei es, aktiv Anreize zu gestalten. So solle bspw. die Verwertbarkeit von hochschulischen FuE-Ergebnissen unternehmerfreundlicher gestaltet oder die Anrechnung von Drittmittelprojekten auf Lehrdeputate an Hochschulen überdacht werden. Ebenso könne eine Entlastung des wissenschaftlichen Personals von bürokratischen Aufgaben (auch Kooperations- und Netzwerkbürokratie) die intrinsischen Motivationen stärken.
- Innovationsnetzwerke und Cluster sollten institutionell wie finanziell gefördert, ausgebaut und gepflegt werden. Neben monetärer Unterstützung gelte es hier, konkrete Zielsetzungen zu vereinbaren, die den beteiligten Partnern bekannt ist und deren Sinnhaftigkeit geteilt wird – gefragt sei eine Gesamtstrategie.
- Die Einrichtung bzw. der Ausbau und vor allem die Qualifizierung von (derzeit strukturell überforderten) Transfereinrichtungen an den Hochschulen könnten solche Netzwerke initiieren bzw. Kooperationsneigungen von Unternehmen stärken.
- Zu den Forschungs- und Transferleistungen von Hochschulen gehören auch Ausgründungen und Spin Offs. Mittels verstärkter Gründerausbildung, der Schaffung von Unterstützungsstrukturen an den Hochschulen, aber auch dem Abbau bürokratischer Hemmnisse könnten Entrepreneurs die lokale Innovationsbasis erhöhen und Ansiedlungsanreize für neue Unternehmen geschaffen werden.

Sozialräumliche Bedingungen und Effekte der Hochschultätigkeit werden in den ausgewerteten Studien und Evaluationen – im Vergleich zu Bildungs-, Forschungs- und Transferfunktion – weit weniger ausführlich thematisiert. Mit dem Hinweis auf die Stärkung weicher Standortfaktoren im Bereich der Transferleistung von Hochschulen wird jedoch ein zentraler Ansatzpunkt benannt, um bspw. die Ansiedlung von Unternehmen, Ausgründungen und den Verbleib der Absolventen in der Region zu unterstützen:

- Lokale Arbeitsmarkteffekte könnten bspw. durch den Ausbau von Kooperationen mit lokalen Unternehmen entstehen. Frühe Praxiskontakte der Studierenden mit der regionalen Wirtschaft, aber auch Personaltransfers von der Wissenschaft in die Wirtschaft und umgekehrt könnten sich positiv auf die Entwicklung der lokalen Humankapitalbasis auswirken.
- Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor sollten verstärkt Dienstleistungen und Güter aus der Region beziehen, was zur Stärkung lokaler Branchen führen könne.
- Wichtig sei eine integrierte Stadtpolitik, die sich unter Beteiligung der verschiedenen lokalen Akteure aktiv auf den Charakter als Wissenschaftsstandort bezieht. Um einen Standort attraktiv zu gestalten, seien räumliche Nähe zwischen den Einrichtungen, ein attraktives Umfeld sowie kulturelle Angebote und Lebensqualität wichtig. Zudem könne mit dem Zuzug von internationalen Mitarbeitern und Studierenden oder *spatial pioneers* ein kulturell vielfältiges und kreatives Umfeld geschaffen werden.
- Auch die Hochschulen könnten in diesem Sinne tätig werden, indem sie Hochschulimmobilien unterschiedlichen Verwendungszwecken (Kunst und Kultur, Dienstleistungsangebote) zuführen, aber auch die Familienfreundlichkeit für Mitarbeiter und Studierende stärken. Mit derartigen Angeboten könnten Verbleib oder Zuzug von Wissenschaftlern gestärkt werden.

3.2.3. Ressourcen-, struktur- und prozessspezifisch

Werden die aus den Studien, Gutachten und Evaluationen destillierten Handlungsempfehlungen danach sortiert, inwiefern sie Ressourcenaspekte, strukturelle oder prozessbezogene Aspekte ansprechen, so ergibt sich das Bild, welches Übersicht 7 präsentiert.

Übersicht 6: Ressourcen-, struktur- und prozessorientierte Handlungsempfehlungen

Hochschulfunktion	Handlungsempfehlungen
Ressourcenbezogene Empfehlungen	
Hochschulbildung	Beibehaltung/Ausbau der Ausbildungsleistungen der Hochschulen (quantitativ & qualitativ)
	finanzielle Stärkung der Hochschulen
	Hochschulförderung auch durch Bundesfinanzmittel; Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei Hochschulfinanzierung lockern
Forschung & Transfer	Stärkung von Forschungseinrichtungen/Instituten/Professuren mit Regionalbezug
	Ausbau und Förderung von Clustern und Innovationsnetzwerken
	Stärkung der Innovationsneigung des Mittelstandes (bspw. mittels Förderprogrammen)
	Sonderförderung betrieblicher FuE
	Förderung von Gründungen/Spin Offs
	Förderung von Anreizstrukturen für Kooperationen Für Unternehmen: Anschlussfinanzierungen bis zur Marktreife von Produkten; Für Hochschulen: Reduzierung von Lehrdeputaten, angepasste Besoldung an Drittmittel, Schaffung zeitlicher Ressourcen durch Entlastung von bürokratischen Aufgaben
	Hochschulförderung auch durch Bundesmittel; Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei

Hochschulfunktion	Handlungsempfehlungen
	Hochschulfinanzierung lockern
	Attraktivierung der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal: langfristige Beschäftigungsperspektiven
	Etablierung eines regionalen Wissensmanagements
sozialräumliche Bedingungen	Kapazitäten zur Erzeugung sozialer Innovationen verstärkt über Ausstattung der Geistes- und Sozialwissenschaften sichern
	Bereithaltung regionaler Ausbildungskapazitäten zur Sicherung des sozial- und geisteswissenschaftlichen Nachwuchses
	Ressourcenausstattungen ostdeutscher Hochschulen so gestalten, dass wissenschaftliche Expertise zur Bearbeitung regionaler Problemlagen erbracht werden kann und entsprechende Anreize bestehen

Strukturbezogene Empfehlungen

Hochschulbildung	Stärkung der Hochschulautonomie
	Einbindung regionaler Faktoren in die Hochschulplanung
	Gestaltung einer länderübergreifenden Hochschulstruktur
	Aufhebung der Trennung Fachhochschule-Universität
	Stärkung der Ausbildungsplatzkapazitäten bei stärker von Frauen nachgefragten Studiengängen
	Schaffung von Strukturen für Lebenslanges Lernen
	Öffnung der Hochschulen für: a) Weiterbildungsangebote, b) internationale Studierende, c) Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, d) Studierende mit Kindern, e) Senioren
	Erweiterung des Angebots an Teilzeit- und Fernstudiengängen
	Stärkere Orientierung am Bedarf der regionalen Wirtschaft
	Vermeidung voneinander isolierter Mehrfachangebote
	Anteil praxisorientierter Studiengänge erhöhen
	Etablierung dualer Studiengänge
	Aufwertung der Lehre und ihrer Qualität
	Öffnung der Übergänge zwischen Bachelor- und Master-Studiengängen
	Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Fächern
Neustrukturierung oder Abschaffung der Fachbereichsgrenzen	
Erhöhung der Flexibilität und Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, verschiedenen Hochschularten sowie Praxisphasen oder Elternzeiten	
Nachfragesteigerung durch individuellere Studiengänge/-verläufe	
Forschung & Transfer	Einrichtung bzw. Qualifizierung von Transferstellen an den Hochschulen
	Transferleistung in LOM integrieren
	Stärkung von An-Instituten
	Schaffung von Unterstützungsstrukturen für Entrepreneurs an den Hochschulen (Beratungs- und Betreuungsangebote, Bereitstellung von Räumlichkeiten)
	Attraktivierung der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal: Entlastung von Bürokratie und langfristige Beschäftigungsperspektiven
	Liberalisierung des Hochschulrechts und der Besoldung
	Hochschulinternes Marketing („science to business“)
sozialräumliche Bedingungen	Vollständig eigenständige Bewirtschaftung der Hochschulimmobilien und damit intensivere Einbindung in städtische Infrastruktur
Prozessbezogene Empfehlungen	
Hochschulbildung	Ansprache bildungsferner Milieus
	Anwerbung von Frauen besonders in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen

Hochschulfunktion	Handlungsempfehlungen
	Kooperation mit der Wirtschaft im Bereich der Studierendenausbildung und -vermittlung
	Förderung früher Praxiskontakte der Studierenden mit regionaler Wirtschaft
	Verstärkte Forschungsbindung bei gleichzeitigen Praxiskontakten
	Angebot von Existenzgründerseminaren
	Seniorberatung der Start-Ups
	Bereitstellung von Räumlichkeiten für Gründer/Entrepreneurs
Forschung & Transfer	Regionalspezifische Gestaltung des Innovationssystems (entlang von Branchenschwerpunkten, unter Einbeziehung lokaler Akteure)
	Förderung von Kooperationen mit: a) Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, b) Unternehmen, c) Kommunen
	Förderung von Anreizstrukturen für Kooperationen Für Unternehmen: Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen; Für Hochschulen: Abbau von bürokratischen Hemmnissen
	Förderung von regionsinternen Institutionen, die technologische Entwicklungen beobachten und diese in die Region transferieren
	Unterstützung von Personaltransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
	Verstärkte Gründerausbildung im Rahmen des Studienangebots
	Abbau bürokratischer Hemmnisse vor allem in den Hochschulverwaltungen zur passgenauen Unterstützung der Entrepreneurs
	Entwicklung systematischer Konzepte für a) Unternehmenspartnerschaften, b) Internationalisierung, c) Sicherung der Antragsfähigkeit in überregionaler Forschungsförderung, d) Kompetenzzentren für Wissenstransfer
	Initiierung von Kontaktveranstaltungen zur Förderung von Fachnetzwerken
	Einlagerung von Patenten in Spin-Offs
sozialräumliche Bedingungen	Regionale Beschaffung der durch die Hochschule benötigten Dienstleistungen und Güter
	Integrierte Stadtpolitik als Wissenschaftsstandort
	Gewinnung neuer Akteure zur Gestaltung eines kreativen Umfelds: a) Zuzug internationaler Studierender und Mitarbeiter, b) Anlocken von <i>spatial pioneers</i>
	Stärkung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen
	Förderung eines weltoffenen Klimas
	Steigerung der Attraktivität des hochschulischen Umfelds
	Förderung der kulturellen Szene
	Unterstützung des Kreativ- und Kulturwirtschaftsbereichs durch Kooperation von Politik, Verwaltung, Kreativwirtschaft und Hochschulen
	Gestaltung des sozialen und kulturellen Klimas durch Sozial- und Geisteswissenschaften verstärkt einbeziehen
	Unterstützung lokaler Bildungseinrichtungen über Modellprojekte mit Studierenden pädagogischer Studiengänge
	Unternehmenskooperationen verstärkt mit Studierenden der sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengänge

3.2.4. Vor- und Nachteilsbewertungen

Die in den hier ausgewerteten Studien formulierten Handlungsempfehlungen werden z.T. übereinstimmend begründet, z.T. mit konkurrierenden Einschätzungen versehen. Die jeweils wichtigsten Begründungen zu den einzelnen Empfehlungen sowie Einwände und Problemanzeigen fasst die abschließende Übersicht 8 zusammen. Die meisten der Handlungsempfehlungen werden in den ausge-

werteten Texten mehrfach, d.h. von unterschiedlichen Autoren und Autorinnen formuliert; z.T. erscheinen sie geradezu kanonisch, insofern sie sich in jedem Text finden, sobald dieser das entsprechende Thema berührt. Einige wenige Handlungsempfehlungen werden nur von einzelnen Autoren benannt; um diese als selten auftretende Anregungen kenntlich zu machen, sind sie in der Spalte „Handlungsempfehlung“ kursiv gesetzt.

Übersicht 7: Begründungen und konkurrierende Einschätzungen der Handlungsempfehlungen

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
Hochschulbildung		
Stärkung der Hochschulautonomie	Erhöhung hochschulischer Handlungsspielräume in der Mittelbewirtschaftung, Personalstruktur, Ausrichtung und Struktur	Steuerungshoheit der Bundesländer würde ausgehöhlt Professionalisierung der Hochschulleitungsstrukturen vonnöten
Beibehaltung/Ausbau der Ausbildungsleistungen der Hochschulen (quantitativ & qualitativ)	Möglichkeit, die regionale Humankapitalbasis zu stärken und dem Fachkräftemangel zu begegnen	Weiträumigkeit der Arbeitsplatzsuche kann mit Qualifikationsniveau steigen, damit Gefahr eines „Brain Drain“ und Abfluss von Bildungsinvestitionen
Verstärkte Forschungsbindung bei gleichzeitigen Praxiskontakten	Aufgezeigte berufliche Zukunftsperspektiven können Abwanderungstendenzen abschwächen, was Fachkräftebestand stabilisieren kann und damit auch Basis regionaler FuE ist	Potenzielle Widersprüchlichkeit zwischen gleichzeitig verstärkter Forschungs- und Praxisbindung des Studiums
Einbindung regionaler Faktoren in die Hochschulplanung	Orientierung an regionalen Spezifika kann Hochschule-Praxis-Verbindungen stärken und zur Annäherung zwischen Absolventen und regionalem Arbeitsmarkt beitragen	Risiko der Provinzialisierung – Ausgleich durch überregionale/internationalisierende Angebote nötig
finanzielle Stärkung der Hochschulen	Ausgleich finanzieller Nachteile gegenüber westdeutschen Hochschulen	Finanzielle Ressourcenaufstockung kann im Kontrast zur Entwicklung der Studierendenzahlen und damit der quantitativen Studienplatzauslastung stehen
	Sicherung der Lehrqualität durch Anziehung entsprechend bezahlten und ausgestatteten Personals	
Hochschulförderung auch durch Bundesmittel; Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei Hochschulfinanzierung lockern	Entlastung knapper Haushalte der Länder	Föderalismusreformen müssten teilweise rückgängig gemacht bzw. neu verhandelt werden
	Einbindung geförderter Projekte in bundesweite Netzwerkstrukturen	
Gestaltung einer länderübergreifenden Hochschulstruktur	Abstimmung und Koordination regional-spezifischer Bildungsangebote möglich	Um die Breite an Bildungsangeboten länderübergreifend sichern zu können, wird der Ausrichtung an regionalen Spezifika im Einzelfall ggf. nicht entsprochen werden können
	Abwanderungstendenzen in Folge zu starker Profilbildung von Hochschulen können durch gemeinsame Konzepte benachbarter Regionen ausgeglichen werden	Wettbewerbsförderale Länderegoismen erschweren eine gemeinsame Strukturplanung
Aufwertung der Lehre und ihrer Qualität	Steigerung der Studienattraktivität und des Studienerfolgs	Didaktische Ausbildung der Hochschullehrer/innen bisher unzureichend
Erhöhung der Flexibilität und Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, verschiedenen Hochschularten sowie Praxisphasen oder Elternzeiten	Auslastung von Studienplatzkapazitäten	Heterogenisierung der hochschulischen Angebotsstruktur kann zu bürokratischer Überforderung der Hochschulverwaltungen und organisatorischen/inhaltlichen Hindernissen in der Studiengangsgestaltung führen

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
Öffnung der Übergänge zwischen Bachelor- und Master-Studiengängen	Flexibilisierung individueller Studienplanung; niedrigere Zugangshürden; Beitrag zur Auslastung von Studienplatzkapazitäten	Mögliche Überbuchung der Studienplatzkapazitäten
<i>Neustrukturierung oder Abschaffung der bisher voneinander abgegrenzten Fachbereiche</i>	Stärkere Praxisorientierung der Studiengänge hochschulartenunabhängig möglich	Neu- oder Umstrukturierung von bisherigen Hochschulorganisationseinheiten; Umsetzungshemmnisse durch mögliche Vorbehalte der Fächergruppen
	Stärkung der trans- und interdisziplinären Forschung und Lehre	
	logische Schlussfolgerung aus bisherigen Aufweichungstendenzen der Hochschulartentrennung	
	Erhöhung der Hochschulbildungsbeteiligung	
Stärkung der Ausbildungsplatzkapazitäten bei besonders von Frauen nachgefragten Studiengängen	Verbesserung der regionalen Humankapitalbasis	Einseitiger Ressourceneinsatz zur Erhöhung von Bildungskapazitäten, deren Auslastung damit nicht unbedingt gesichert scheint
	Abwanderungsneigung junger Frauen kann entgegengewirkt werden	Ungewissheit über die Absorptionsfähigkeit des regionalen Beschäftigungssystems für diese Absolventinnen
Anwerbung von Frauen besonders in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen	Dämpfung der Abwanderungsneigung junger Frauen	Vorrangig ein gesellschaftlich (Rollenmuster) und im Schulsektor zu lösendes Problem – Hochschulaktivitäten hier nur begrenzt wirksam
	Steigerung der hochschulischer Bildungsbeteiligung	
	Langfristige Sicherung der Studienplatzauslastung und des regionalen Fachkräftebedarfs	
Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Fächern/Quereinstiege ermöglichen zur Nachfragesteigerung	Ermöglichung individuellerer Studiengänge und -verläufe zur Steigerung der Studienattraktivität und -nachfrage	
Schaffung von Strukturen für Lebenslanges Lernen	Stärkt Fachkräftebasis und ist für FuE von Bedeutung	Fraglich, ob Hochschulangebote für Kinder oder Senioren tatsächlich die Fachkräftebasis in der Region erhöhen
	Erhöhung der Hochschulbildungsbeteiligung	
Öffnung der Hochschulen für: a) Weiterbildungsangebote, b) internationale Studierende, c) Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, d) Studierende mit Kindern, e) Senioren	Steigerung der hochschulischen Bildungsbeteiligung	Heterogenisierung macht hochschulische Anpassungsleistungen nötig, deren Gestaltung Ressourcen benötigt
	Auslastung vorhandener Studienkapazitäten	
	potenziell gesteigerte Innovationsneigung durch höhere Qualifikation	vermehrter Bedarf an gesellschaftlichen Integrationsleistungen muss berücksichtigt werden
	Förderung der Multikulturalität sowie Offenheit und damit der Innovationsneigung und Zukunftsfähigkeit einer Region	
Erweiterung des Angebots an Teilzeit- und Fernstudiengängen	Junge Familien und Arbeitnehmern wird das Absolvieren eines Hochschulstudiums erleichtert, was zur Steigerung der Hochschulbildungsbeteiligung und hochschulischer Kapazitätsauslastung beitragen kann	Umbau tradierter hochschulischer Bildungsvorstellungen nötig
		Mehraufwand für Hochschullehrer und Verwaltungen kaum abschätzbar

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
Stärkere Orientierung am Bedarf der regionalen Wirtschaft	Stärkung Hochschule-Praxis-Verbindungen; Annäherung zwischen Absolventen und regionalem Arbeitsmarkt	Risiko der Provinzialisierung – Ausgleich durch überregionale/internationalisierende Angebote nötig; begrenzte Fächerangebote in einer Region können Abwanderungsneigung erhöhen, wenn Wunschfach nicht verfügbar
	Komplementarität der Bildungsangebote führt zur Stärkung regionaler Wissensbasen und fördert den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und den regionalen Unternehmen	hoher Spezialisierungsgrad kann Vergleichbarkeit der Bildungsangebote einschränken
Kooperation mit der Wirtschaft im Bereich der Studierenden-ausbildung und -vermittlung	Möglichkeit für Studierende, Praxis- und Erfahrungswissen während der Ausbildung zu sammeln	Zu starke Ausrichtung der Studiengänge an regionalen Unternehmenslandschaften kann Beschäftigungsfähigkeit außerhalb der Regionen vermindern;
	Hochschulen können über Angebote wie Praktika und Karrierezentren Kooperationen mit Unternehmen sichern, die dann auch im Bereich FuE Vorteile sichern	Wirtschaft hat keine einheitliche Meinung hinsichtlich der durch ein Studium zu erwerbenden Qualifikationen (z.B. hinsichtlich Generalist vs. Spezialist)
Vermeidung regionaler Doppelangebote	Ressourceneinsparung	Ausdünnung des Bildungsangebots; höhere Mobilitätsanstrengungen an (potentielle) Studierende
Anteil praxisorientierter Studienangebote erhöhen	Anpassung an regional gegebene Wirtschaftsstruktur	etwaige Organisationsstruktur-Änderungen des Hochschulsystems können mit erheblichen Ressourceneinsatz verbunden sein
	Höhere Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen; Förderung positiver Arbeitsmarkteffekte	Universitätsausbildung vorrangig wissenschaftlich ausgerichtet – stärkere Praxisorientierung führt zu weiterem Aufweichen der Trennung zwischen Universitäten und Fachhochschulen Hochschulen bereiten, anders als Berufsausbildungen, auf die Praxis gerade durch eine gewisse Distanz zur Praxis vor
Kooperation mit anderen Hochschulen	Vermeidung von Doppelangeboten im Bereich der Studiengänge	Zielkonflikt zwischen Konkurrenz und Kooperation
	Wechsel zwischen Hochschulformen möglich und damit flexiblere Studienganggestaltung	

Forschung & Transfer

Regionalspezifische Gestaltung des Innovationssystems (entlang von Branchenschwerpunkten, unter Einbeziehung lokaler Akteure)	Einbeziehung regionaler Akteure zur Schaffung passgenauer Strukturentscheidungen in der Region	Lock-in-Effekte können entstehen, wenn einzelne Branchen vorrangig gefördert werden, was die Ansiedlung anderer Wirtschaftsbereiche erschweren kann
	Erhöhung der Kooperationsneigung	Politische Steuerung von Innovationssystemen kann zu künstlicher Stimulation einzelner Wirtschaftsbereiche führen, die langfristig nicht markt-/konkurrenzfähig sind
	Öffentliche Steuerung kann privates Engagement in der Region anreizen	
Etablierung eines regionalen Wissensmanagement zur Erschließung vorhandenen und	Förderung der regionalen Wirtschaft und deren überregionaler Konkurrenzfähigkeit	
	Gegenseitige Befruchtung von Region und Hochschule	Risiko der Provinzialisierung – Ausgleich durch überregionale/internationalisierende Aktivitäten nötig

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
Generierung neuen Wissens	Direkte Ansprache von Unternehmen und deren Einbindung in das regionale Innovationssystem möglich	Sicherung der Übergänge von Anschub- zu Eigenfinanzierung nötig
	Entwicklung von Spezialisierungsprofilen	Ggf. unzureichende Betrachtung der (potenziellen) regionalen Wachstumskerne
Stärkung von Forschungseinrichtungen/ Instituten/Professuren mit Regionalbezug sowie An-Instituten	Anschluss der Region an überregionale Wissenskanäle	Als Finanzier solcher regionalspezifischen Förderungsansätze könnte der Bund sich zurücknehmen und dies folglich auf die geschwächten Haushalte der Länder zurückfallen
	problemspezifische Arbeit an regionalen Problemlagen auch mittels direkten Kontakten zu Akteuren in der Region möglich	
	Höhere Drittmiteinnahmen zuträglich für wissenschaftlichen Ruf von Einrichtungen/Professoren	
	Stärkung des regionalen Innovationssystems	
Entwicklung systematischer Konzepte für Unternehmenspartnerschaften, Internationalisierung, Sicherung der Antragsfähigkeit und Wissenstransfer	Langfristige Aufstellung der Hochschulen als regionale Innovationsmotoren	Ressourceneinsatz für Zusammenarbeit und Koordination unterschiedlicher Akteure nötig
	Sicherung der hochschulischen Ressourcenaustattung	
Ausbau und Förderung von Clustern und Innovationsnetzwerken	Erhöhung technologischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit einer Region	Ggf. hohe Transaktionskosten der Bildung und Aufrechterhaltung von Netzwerken Netzwerke können nicht nur Probleme lösen, sondern auch erzeugen
	Öffentliche Innovationsförderung kann als Ankerpunkt für private Drittmittelgeber dienen	Cluster und Netzwerke sollten natürlich wachsen und nicht aus politischem Kalkül entstehen, da a) erhebliche Steuerungsprobleme derartige Initiativen erschweren b) bestimmte Wirtschaftsbereiche künstlich gefördert würden c) deren Marktfähigkeit nach Ablauf der Förderperioden nicht gesichert sein könnte
	Ansiedlungs- und Neugründungsanreize für Unternehmen	
	Schaffung neuer Arbeitsplätze in innovatorientierten Branchen	Ggf. Entstehung von Lock-In-Effekten, die andere (potenzielle) Wachstumskerne behindern
	Ausbau internationaler Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen	
	Förderung betrieblicher FuE und Stärkung der Innovationsneigung des Mittelstandes (bspw. mittels Förderprogrammen)	Steigerung überregionaler/internationaler Konkurrenzfähigkeit und Wirtschaftskraft von KMUs
Erhöhung der Kooperationsneigung und Netzwerkbildung		Organisatorischer Mehraufwand für KMUs schwerlich zu tragen Koordinationsprobleme möglich
Sicherung/Ausbau regionaler Arbeitsplätze		
Verhinderung des Brain Drain		
Förderung von Gründungen/Spin Offs	Stimulierung des regionalen Innovationssystems	Bedarf an klarer Förderstruktur, um Entrepreneurs passgenau unterstützen zu können
	Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region	Erfolge ggf. erst nach längerer Zeit sichtbar

Handlungsempfehlung		Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
		Ansiedlungsanreize für Unternehmen	Erfolg von Gründungen variiert stark zwischen Wirtschaftsbereichen Volkswirtschaftliche Bedeutung kaum genau abschätzbar
Einrichtung bzw. Qualifizierung von Transferstellen an den Hochschulen		Förderung von Kooperationen	Transfereinrichtungen benötigen langfristige Konzepte und Strukturentscheidungen zu ihren Aufgabenbereichen
			Strukturelle Überforderung durch Komplexität unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen einerseits und Branchen andererseits
		Kooperationsanbahnung selten über Transfereinrichtung, meist über direkte Kontakten von Hochschullehrern und Wirtschaft	
		Ausbau/Stärkung von Netzwerken/Clustern	Fehlende Kenntnisse der Zukunftsmärkte und -strukturen
		Steigerung der Innovationsneigung in der Region	
Transferleistungen als Indikatoren in die Leistungsorientierte Mittelverteilung integrieren		Steigerung der Kooperationsneigung der Hochschullehrer/innen	Bürokratischer Mehraufwand Wissenschaftsdisziplinen eignen sich unterschiedlich stark für Transferleistungen Natur- und Ingenieurwissenschaften werden zu Lasten anderer Fächer gestärkt
Förderung von regionsinternen Institutionen, die technologische Entwicklungen beobachten und diese in die Region transferieren		Gestaltung regionaler Wissenslandschaft	Zur Sicherstellung der Wirksamkeit müssten entsprechende Einrichtungen jeweils disziplinspezifisch arbeiten
		Einbindung in überregionale Wissenskanäle	
		Stärkung der überregionalen Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen	
Förderung hochschulischer Kooperationen mit...	anderen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen	Synergieeffekte über gemeinsame Graduiertenkollegs	Konkurrenzsituation um Studierende, wissenschaftlichen Nachwuchs und die Ressourcenausstattung kann Kooperationsneigungen hemmen
		Gemeinsame Verwaltungseinrichtungen können ressourcenschonender agieren	
		Stärkung der hochschulischen Forschungsleistung	
	Unternehmen	Förderung regionaler Innovationsfähigkeit; Erhöhung hochschulischer Forschungsintensität	Finanzierungslücke zwischen Invention und Innovation
		Positionierung der Hochschulen als Dienstleister für Unternehmen, was Ressourcenausstattung steigern kann	Verwertung gemeinsamer Forschungsergebnisse restriktiv
		Verbindung von Wissenschaft und Praxis	Bedürfnisse und Anforderungen (Struktur, Finanzierung, Personal, Zeitplanungen) von Unternehmen und Hochschulen unterschiedlich gestaltet
	Kommunen	Förderung der infrastrukturellen Anbindung von Hochschulen in der Kommune; Stärkung der Innovationsbasis	Formale Unzuständigkeit der Kommunen für Hochschulen erzeugt die Notwendigkeit, dass konkrete Akteure sich fortwährend zuständig fühlen und Impulse geben müssen

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
Förderung von Anreizstrukturen für Kooperationen	Stärkung der Forschung an Hochschulen; Initiierung regionaler Wissenslandschaften; Ausbau des regionalen Innovationssystems; Verbindung von Wissenschaft und Praxis	Bei schwacher Unternehmensstruktur werden Kooperationspartner überregional gesucht, was zu einem Wissensfluss an andere Standorte führen kann Unternehmenskooperationen beruhen häufig auf persönlichen Kontakten, diese nur schwer von außen stimulierbar Unternehmen durch finanziellen/organisatorischen Mehraufwand belastet Kommerzialisierung von durch Hochschulforschung gewonnenem Wissen schwierig
	Vermeidung von Doppelangeboten; Abmilderung der Folgen knapper Haushaltsmittel	Flexibles Verwaltungshandeln von Nöten Hochschulrecht für individuelle Anreizsetzungen nicht ausgelegt (Besoldung, Finanzierung)
	Stärkung überregionaler Konkurrenzfähigkeit	kleinteilige Hochschullandschaft und KMU-geprägte Wirtschaftsstruktur erschweren Suche nach Kooperationspartnern
	Initiierung von Kontaktveranstaltungen zur Förderung von Fachnetzwerken	Förderung von Kooperationen Anbindung an regionale und überregionale Wissenslandschaften
Förderung von Personalaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft	Förderung unternehmensnaher FuE	Erfordert erhebliche Flexibilität der Unternehmen und Hochschulen
	überregionale Anbindung lokaler Akteure	
	Kooperationsförderung über persönliche Kontakte	
	Stärkung der lokalen Humankapitalbasis	
Liberalisierung des Hochschulrechts und der Besoldung	Stimulierung von Kooperationen und der Motivation bei den Hochschullehrern	Finanzschwache Hochschule im Wettbewerb um Spitzenwissenschaftler benachteiligt
Hochschulinternes Marketing (science to business)	Verankerung betriebswirtschaftlichen/unternehmerischen Denkens	Etablierung zusätzlicher Aufgabenbereiche
	Motivation von Kontaktaufnahmen mit Ziel von Kooperationen	
Schaffung von Angeboten und Unterstützungsstrukturen für Gründer/Entrepreneurs an den Hochschulen (Existenzgründerseminare, Beratungs- und Betreuungsangebot, Räumlichkeiten, Abbau bürokratischer Hemmnisse)	Verbindung von Wissenschaft und Praxis	Schaffung von passgenauen Strukturen für Entrepreneurs personell, finanziell und organisatorisch schwierig
	Stärkung regionaler Wirtschaftskraft	Erfolg von Gründungen erst langfristig sichtbar und bewertbar
	Schaffung von Arbeitsplätzen und Absolventenverbleib in der Region	Gründungsmotivation auch abhängig von schwer beeinflussbaren externen Faktoren wie Arbeitsmarktbasis, ansässigen Firmen, sozialem Image einer Region
	Motivationsanreize nach dem Studium ein Unternehmen zu gründen	
	Ansiedlungsanreize für weitere Unternehmen	Regional finanzierte Leistungen können nur als Zukunftsinvestitionen gelten, wenn potenzielle Gründer in der Region bleiben – Steuerbarkeit dessen eher gering
Einbindung der Gründer/Entrepreneurs in überregionale Wissenslandschaften		

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
<i>Einlagerung von Patenten der Hochschulen in Spin-Offs</i>	Verwertungsmöglichkeit des durch hochschulische Forschung erlangten Wissens	Verwertung gemeinsamer Forschungsergebnisse restriktiv
	Möglichkeit zu (wenn auch eher geringem) Mittelrückfluss an Hochschulen	

Sozialräumliche Bedingungen und Wirkungen

Förderung von Ausgründungen	Förderung des Absolventenverbleibs in der Region	Tendenzielle Manifestierung der KMU-basierten Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands
	Stärkung regionaler Wirtschaft und Innovationsfähigkeit	
Förderung früher Praxiskontakte der Studierenden mit regionaler Wirtschaft	Anpassung an regional gegebene Wirtschaftsstruktur	Universitätsausbildung vorrangig wissenschaftlich ausgerichtet, stärkere Praxisorientierung führt zu weiterem Aufweichen der Trennung zwischen Universitäten und Fachhochschulen
	Höhere Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen und positive Arbeitsmarkteffekte	
Unterstützung von Personaltransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft	Lokale Arbeitsmarkteffekte: Unterstützungseffekte für Ausgründungen bzw. den Verbleib der Absolventen in der Region; Stärkung der regionalen Humankapitalbasis	Kulturelle Unverträglichkeiten
Regionale Beschaffung der durch die Hochschule benötigten Dienstleistungen und Güter	Indirekte Beschäftigungseffekte	Entscheidungshoheiten liegen nur bedingt in der Hand der Hochschulen: gesetzlich geregelte Ausschreibepflichten
Integrierte Stadtentwicklung als Wissenschaftsstandort	Frühzeitiges Ausräumen von kommunal beeinflussbaren Entwicklungshemmnissen der Hochschulen	Politische Schwerpunktsetzung auf Wissenschaftsstandort sollte andere Standorteigenschaften nicht unterrepräsentiert lassen
	Attraktivierung des Standortes durch kulturelle Angebote und erhöhte Lebensqualität	
	Beitrag zur Schaffung eines kulturell vielfältigen und kreativem Umfelds	
Gewinnung neuer Akteure zur Gestaltung eines kreativen Umfelds: a) Zuzug internationaler Studierender und Mitarbeiter, b) Anlocken von <i>spatial pioneers</i>	Beitrag zur kulturellen Heterogenität und internationalem Austausch, der als Inputfaktor der Generierung neuen Wissens und Innovationen gilt	Steht in Spannung zur im Vergleich geringeren Aufgeschlossenheit gegenüber kultureller und ethnischer Heterogenität; höheren fremdenfeindlichen Kriminalität und zum entsprechenden Image zahlreicher ostdeutscher Städte und Regionen
Vollständig eigenständige Bewirtschaftung der Hochschulimmobilien	Räumlichkeiten können für neue Nutzungsformen geöffnet/diversifiziert werden, womit sich die Anbindung der Hochschule an städtische Infrastruktur verbessert lässt	
Unterstützung des Kreativ- und Kulturwirtschaftsbereichs durch Kooperation von Politik, Verwaltung, Kreativwirtschaft und Hochschulen	Stärkung der kultur- und kreativwirtschaftlichen Wirtschaftskraft; Diversifizierung der Innenstädte; kulturelle Vielfalt; Abfedern von Abwanderungsneigungen	Einschränkungen durch kritische kommunale Finanzsituation; Kooperationsanstrengungen bedürfen entsprechende Strukturen in Verwaltung/Hochschulen/Politik, deren Schaffung fordert Ressourceneinsatz

Handlungsempfehlung	Vorteile, positive Erwartungen	Nachteile, mögliche Probleme
Stärkung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen	Abwanderung von Hochqualifizierten (Brain Drain) kann entgegengewirkt werden	
	Senkung der Quote ungewollt kinderloser Frauen	
Förderung eines weltoffenen Klimas	Höhere Wahrscheinlichkeit, internationale Mitarbeiter/innen und Studierende anzuziehen	Steht in Spannung zur im Vergleich geringeren Aufgeschlossenheit gegenüber kultureller und ethnischer Heterogenität, höheren fremdenfeindlichen Kriminalität und zum entsprechenden Image zahlreicher ostdeutscher Städte und Regionen
	Kulturelle Heterogenität und internationaler Austausch als Inputfaktor zur Generierung neuen Wissens und von Innovationen	
Steigerung der Attraktivität des hochschulischen Umfelds	Stadträumliche Aufwertung	Einschränkungen durch kritische kommunale Finanzsituation
	Steigerung der Aufenthalts- und Standortqualität	
Förderung der kulturellen Szene	Steigerung der Lebensqualität	
	Kulturelle Heterogenität gilt als Inputfaktor zur Generierung neuen Wissens und Innovationen	
Attraktivierung der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal: Entlastung von Bürokratie und langfristige Beschäftigungsperspektiven	Erleichterte Stellenbesetzungen durch gesteigerte Arbeitsplatzattraktivität; Freisetzung von Ressourcen	Langfristige Beschäftigungspolitik kann Flexibilität der Personalplanung verringern – hochschulinterne Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen ggf. erschwert
	Steigerung der intrinsischen Motivation durch Entlastungen (Plus an Leistungsfähigkeit)	
Geistes- und sozialwissenschaftliche Transfereffekte verstärkt einbeziehen (Sicherung der Ausstattung und Kapazitäten)	Entwicklung des sozialen Klimas	Messung möglicher Effekte, die entstehen/verstärkt werden, schwerlich auf einzelne Maßnahme zurückzuführen, daraus kann ein Legitimationsproblem (gegenüber Finanziers etc.) entstehen
	Prägung der kulturellen Szene	
	Erzeugung sozialer Innovationen	
Unternehmenskooperationen mit Studierenden der sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengänge initiieren	Breite an fachlicher Expertise kann für regional vorhandene Problemstellungen genutzt werden	Praxisnahe Ausbildung der Studierenden vonnöten
		KMU-geprägte Unternehmenslandschaften bieten nur wenige Ansatzpunkte derartiger Kooperationen
Schaffung von Anreizen, wissenschaftliche Expertise der Geistes- und Sozialwissenschaftler zu regionalen Problemlagen zu erbringen	Ostdeutscher Problemvorsprung kann in wissenschaftliche Problemlösungskompetenzen überführt werden	Wissenschaftliche Anerkennung von Forschungen mit Regionalbezug kaum ausgeprägt
	Schaffung regionaler Arbeitsplätze für Geistes- und Sozialwissenschaftler	

3.2.5. Bestehende Umsetzungsaktivitäten

Die hier ausgewerteten Studien und Evaluationen waren in den Jahren 2000 bis 2010 entstanden. Innerhalb dieses Jahrzehnts bzw. seither ist ein Teil der Empfehlungen auch flächendeckend bzw. teilweise, d.h. in einigen Ländern bzw. an einigen Hochschulen, umgesetzt worden. Soweit die Aktivitäten bereits hinreichend konsolidiert sind, könnten sie daher nun Gegenstand evaluativer Überprüfung hinsichtlich des realisierten Zielerreichungsgrades sein.

Vergleichsweise weiträumig sind zwischenzeitlich folgende Aspekte realisiert worden:

- *die Stärkung der Hochschulautonomie*: Dies geschah im Zuge allgemeiner Hochschulreformaktivitäten, war also nicht durch die spezielle ostdeutsche Situation motiviert. Die ostdeutschen Länder

verhielten sich vielmehr zunächst eher reserviert gegenüber diesen Neuerungen (vgl. König 2010; 2011). Kritiker monieren, die Hochschulautonomie-Steigerung sei vor allem ein Ausbau der Hochschulleitungsautonomie, komme also auf der Arbeitsebene nicht an;

- *die quantitative Beibehaltung der ostdeutschen Hochschulkapazitäten durch den Hochschulpakt 2020*: Die ostdeutschen Studienplätze werden in diesem Rahmen als Flexibilitätsreserve des gesamtdeutschen Hochschulsystems genutzt. Solange die Nachfrage nach Studienplätzen in den westlichen Bundesländern besonders hoch ist, können die ostdeutschen Hochschulen ihre Kapazitäten vglw. unaufwendig durch Studierendenanwerbung und Überlauftreffeffekte auslasten;
- *der Ausbau der Studien- und Bildungsfinanzierung* mittels Stipendien (Deutschlandstipendium), Bildungskrediten (KfW-Studienkredit) und dem BAföG: Die einzelnen Instrumente werden, was ihre Wirkung in den ostdeutschen Regionen betrifft, unterschiedlich bewertet. So kann das Deutschlandstipendium ein anhaltendes Problem für ostdeutsche Hochschulen bleiben, da die notwendige Gegenfinanzierung der Stipendien durch regionale Geldgeber schwer zu organisieren ist;
- *die Öffnung der Hochschulen für Personen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung*: Diese ist zumindest rechtlich überall geregelt worden. Über die faktischen Zugangsmöglichkeiten bzw. Zugangshürden, die von Fachbereichen und Instituten im Rahmen der Eignungsfeststellungsverfahren errichtet werden, gibt es bislang kein einheitliches Bild. Die Hochschulen scheinen sich diesbezüglich noch in einer Gewöhnungs- und Testphase zu befinden;
- *die Etablierung von Career Centers*: Diese Einrichtungen gelten mittlerweile als Standard in einer dienstleistungsorientierten Hochschule. Sie unterstützen die Vermittlung von Praktikumsplätzen, bieten Beratungsangebote zum Einstieg in das Beschäftigungssystem und veranstalten in Kooperation mit regionalen, z.T. auch überregionalen Beschäftigern Absolventenmessen;
- *die Gründung von Patentverwertungsagenturen*, um die Verwertung von Forschungsergebnissen zu verbessern: Diese Agenturen wurden typischerweise in Kooperation mehrerer Hochschulen, z.T. auch außeruniversitärer Forschungseinrichtungen gebildet. Sie entlasten Wissenschaftler/innen von dem administrativen Aufwand, den Patentierungen und Patentverwertungen verursachen;
- *der Ausbau und die Förderung von Clustern und Innovationsnetzwerken*: Sie gelten als einer der wichtigsten Wege, von unterkritischen zu kritischen Größen der Strukturen von Wissensproduktion und -transfer zu gelangen.

Teilweise, d.h. in einigen Ländern bzw. an einigen Hochschulen, wurden zwischenzeitlich folgende Aspekte realisiert, die (auch) in den hier ausgewerteten Studien und Evaluationen als fallübergreifende Handlungsempfehlungen formuliert worden waren:

- *die indikatorengestützte Zuweisung von Budgetanteilen durch Leistungsorientierte Mittelverteilung (LOM)*: Aufschlussreich ist hierbei, dass der ansonsten stark betonte Wissenstransfer aus den Hochschulen in den LOM-Modellen der Länder nur ein schwaches Echo findet (vgl. König et al. 2012);
- *die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Gymnasien*: Diese sind mittlerweile an zahlreichen Orten anzutreffen und zielen darauf, künftige Schulabgänger/innen frühzeitig auf die Studiemöglichkeiten der Heimatregion aufmerksam zu machen;
- *die Erleichterung des Studiums für Studierende mit Kindern und die Stärkung der Familienfreundlichkeit von Hochschulen*: Hier gibt es, jenseits der spezifischen Situation in Ostdeutschland, eine bundesweite Sensibilisierung, z.B. über Zertifizierungen als „Familienfreundliche Hochschule“;
- *die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Bachelor- und Masterstudium*: Dort, wo die Nachfrage nach Master-Studienplätzen nicht überbietet, sind die ursprünglichen Befürchtungen fortwährend überfüllter Master-Programme gegenstandslos geworden. Daher neigen dann die entsprechenden Institute zu einem entspannten Zulassungsverhalten. Davon profitieren auch Fachhoch-

schulbachelor-Absolventen, denen ohnehin ein grundsätzlicher Anspruch zusteht, in ein Universitäts-Master-Programm wechseln zu können. Gleiches gilt übrigens auch für Universitätsbachelor-Absolventen, die in ein FH-Master-Programm wechseln möchten.

- *das Angebot von Existenzgründerseminaren:* Ein Teil der in den letzten Jahren gegründeten Career Centers und Transferstellen bieten solche Veranstaltungen an, wobei Kooperationen mit IHKs oder Wirtschaftsförderungsgesellschaften vglw. häufig sind;
- *die Einrichtung von Transferstellen:* Diese sind an zahlreichen Hochschulen eingerichtet worden, um den Transfer von wissenschaftlichem Wissen in Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern. Offen ist hier häufig noch, wie es dauerhaft und qualifiziert gelingen kann, die (insbesondere disziplinäre) Vielfalt von wissenschaftlichen Angeboten mit der Vielfalt an Branchen und Problemstellungen zu synchronisieren.

4. Schlussfolgerungen

Insgesamt betrachtet, zeichnen sich die Handlungsempfehlungen der hier ausgewerteten 68 Studien, Gutachten und Evaluationen durch ein hohes Maß an Erwartbarkeit aus. Die meisten der Empfehlungen werden in den ausgewerteten Texten mehrfach, d.h. von unterschiedlichen Autoren und Autorinnen formuliert; z.T. erscheinen sie geradezu kanonisch, insofern sie sich in jedem Text finden, sobald dieser das entsprechende Thema berührt. Nur einige wenige Handlungsempfehlungen werden lediglich von einzelnen Autoren benannt.

Ein wesentlicher Grund dafür dürfte im Modus des Zustandekommens der Texte liegen: Die zugrundeliegenden Projekte waren in aller Regel innerhalb vergleichsweise kurzer Bearbeitungsfristen zu realisieren. Damit fehlten häufig die Projektressourcen, um an die Phase der empirischen Erhebung eine allzu umfangreiche Auswertung im Blick auf fallübergreifend relevante Handlungsempfehlungen anzuschließen. Stattdessen bleibt den Autoren in solchen Fällen nur, ihre vorhandenen, aus allgemeiner Feldkenntnis resultierenden Wissensbestände mit den empirischen Ergebnissen des gerade zu erledigenden Auftragsprojekts daraufhin abzugleichen, inwieweit beide miteinander kompatibel sind. Wo die konkreten Projektergebnisse mit dem bereits vorhandenen Wissen nicht kollidieren, dort lassen sich dann die allgemein anerkannten Empfehlungen für anstehende Handlungsnotwendigkeiten erneut formulieren. Diese sind häufig eher plausibilitätsgestützt als stringent aus der jeweils konkreten Empirie gearbeitet. Infolgedessen entsteht und verfestigt sich im Laufe der Zeit ein größeres Set an Empfehlungen, die die Wissenschaft an die Akteure des Praxisfelds richtet, das regelmäßig auftaucht und wiederholt wird.

Auffällig ist, dass die spezifischen Bedingungen des demografischen Wandels in Ostdeutschland und die daraus resultierenden besonderen Herausforderungen zwar meist als kritische Rahmenbedingungen benannt werden. Eher selten jedoch schlagen sie auf die formulierten Handlungsempfehlungen durch. Die meisten Empfehlungen können gleichermaßen Geltung für nicht schrumpfende und schrumpfende Regionen beanspruchen.

4.1. Herausforderungen

Zunächst aber widmen sich die meisten hier ausgewerteten Studien Bestandsaufnahmen der Situation. Lässt man diese Revue passieren, so sind sechs *Hauptprobleme* zu identifizieren, die sowohl die Situation in Ostdeutschland kennzeichnen als auch Herausforderungen für die dortigen Hochschulen markieren:

1. der Produktivitätsrückstand der Wirtschaft, welcher auf Schwächen der Innovationsstrukturen verweist, die wiederum wesentlich im geringen Umfang privat finanzierter Forschung und Entwicklung (FuE) gründen;
2. die sich anbahnende Fachkräftelücke in der regionalen Wirtschaft, alsbald aber auch im öffentlichen Beschäftigungssektor, welche die innerbetrieblichen Generationenübergänge gefährdet;
3. außerökonomische gesellschaftliche Verwerfungen, die soziale und finanzielle Kosten produzieren;
4. die unterdurchschnittlichen ostdeutschen Anteile an der bundesweiten Verteilung von Spitzenforschung (sog. Exzellenz);

5. die Notwendigkeit, in Folge der geringer werdenden relevanten Altersjahrgänge in Ostdeutschland die künftige Studienplatzauslastung aktiv zu organisieren, und die daraus folgende Anforderung, Angebote für eine heterogener werdende Studierendenschaft zu offerieren;
6. die problematische Entwicklung der Landeshaushalte mit nominalen Ausgabensenkungserfordernissen von bis zu einem Fünftel und realen, d.h. unter Einbeziehung von typischen Kostensteigerungen, von bis zu einem Drittel bis zum Jahre 2020 im Vergleich zu 2008.

Der letztgenannte Punkt dramatisiert die zuvor genannten beträchtlich. Dessen voraussichtlich problematische Wirkungen werden dadurch zugespitzt, dass sie innerhalb eines kurzen Zeitfensters alle gemeinsam auftreten. Damit sind langsame Umstellungen faktisch ausgeschlossen:

1. Seit 2009 bereits verlaufen die Zuschüsse aus dem Solidarpakt degressiv; nach der derzeitigen Beschlusslage sollen sie bis 2020 auf Null abgeschmolzen werden. Dann werden die Steueraufkommen in den ostdeutschen Ländern ca. 80 % der Landeshaushalte ausmachen.
2. Durch die relative makroökonomische Positionsverbesserung der ostdeutschen Länder in Folge der EU-Osterweiterung geht die Berechtigung zur Ziel-1-Förderung im Rahmen der Strukturförderung absehbar zu Ende, seit 2010 bereits für Leipzig, Halle und Südbrandenburg, mit der Neuprogrammierung 2013 voraussichtlich auch für die anderen Regionen. Die dann nötige 50-prozentige landesseitige Gegenfinanzierung wird die weitere Durchführung europäisch unterstützter Investitionsvorhaben erheblich erschweren.
3. Abwanderung und demografischer Wandel bewirken sinkende Einwohnerzahlen und damit geringere Zuweisungen im Rahmen des (pro-kopf-bezogenen) Länderfinanzausgleichs.
4. Die im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Löhne und höhere Arbeitslosigkeit erzeugen dauerhaft vergleichsweise geringere Einkommenssteuereinnahmen.
5. Die nach wie vor bestehenden Produktivitätsrückstände und dadurch geringere Wirtschaftsleistung bewirken auch bei anderen Steuern vergleichsweise niedrigere Einnahmen.
6. Sonderprogramme des Bundes im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich sind nicht auf Dauer zu stellen; so stehen insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) und die (gegenfinanzierungsfreie) Investitionszulage unter starkem politischem Druck, nicht verlängert zu werden.
7. Das 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz mindert die Steuereinnahmen der Länder.
8. Zudem greift ab 2020 das strukturelle Verschuldungsverbot nach Art. 109 (3) GG.

All dies zusammengenommen muss von einer Nominalminderung der ostdeutschen Landeshaushalte von bis zu einem Fünftel und einer Realminderung – d.h. unter Einbeziehung typischer Kostensteigerungen – um 20 bis 30 % bis zum Jahre 2020 im Vergleich zu 2008 ausgegangen werden.⁶⁹ Vor diesem Hintergrund ist von drei *zentralen Annahmen* auszugehen:

1. Sowohl für wirtschaftliche als auch außerökonomische Entwicklungen werden mit dem absehbaren Ende der hohen Finanztransfers in die öffentlichen Haushalte der ostdeutschen Länder vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen sein.
2. Die Wohlstandsentwicklung wird unmittelbar mit dem Grad an selbsttragender Entwicklung korrelieren, der unter Mobilisierung endogener Entwicklungs-, insbesondere Innovationspotenziale realisiert wird.
3. Zu den endogenen Potenzialen gehören als zentrale Schaltstelle der Regionalentwicklung die Hochschulen, und ebenso sind die Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt werden.

⁶⁹ vgl. Ragnitz/Seitz (2007), Finanzministerium Sachsen-Anhalt (o.J. [2008]), Seitz (2006), Steinbrecher/Thater/Thum (2009)

Handlungserfordernisse bestehen im Hochschulsektor zum einen in den zentralen Leistungsbereichen der Hochschulen – Lehre und Forschung –, zum anderen hinsichtlich ihrer sog. Third Mission, also gesellschaftlichen Aktivitäten und Wirkungen der Hochschulen:

- In Lehre und Forschung ergeben sich Herausforderungen insbesondere hinsichtlich der Auslastung der Studienkapazitäten, der Bewältigung zunehmender Heterogenität der Studierendenschaft und der Sicherung wissenschaftlichen Nachwuchses. Um bestehende Leistungsreserven zu mobilisieren, erscheint zweierlei vordringlich: zum einen Organisations- und Personalentwicklungsanstrengungen zu unternehmen; zum anderen vorhandene Kooperationspotenziale in der Region verstärkt zu nutzen.
- Die Third Mission dürfte für die ostdeutschen Hochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Erwartungen, die sich diesbezüglich an die Hochschulen richten, betreffen vor allem drei Bereiche: die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region, Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen und Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen.

4.2. Potenziale

Vorrangig geht es um erfolgversprechende Strategien, dauerhaft Studierende zu gewinnen und Nachweise zu erbringen, dass die Hochschulen auch für regionale Entwicklungen wirksam werden. Nur dies wird Sicherungen gegen Ausstattungskürzungen der Hochschulen und eine Ausdünnung der Hochschullandschaft darstellen. Ergänzend werden die Regionen externe Potenziale gewinnen müssen: Fachpersonal, Investitionen und Netzwerkeinbindungen insbesondere. Auch hierbei müssen, als eines der wichtigsten Verödungshemmnisse, die in den Regionen angesiedelten Hochschulen wirksam werden: Durch ihre weitestgehende öffentliche Finanzierung und ihren Charakter als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge stellen sie im Vergleich zu anderen Akteuren institutionell sehr stabile Ankerpunkte einer regionalen Kultur der Problemlösungsorientierung und Innovation dar.

Gleichwohl ist der Umfang der Finanzausstattung absehbar eher prekär. Daher ist die Frage zu stellen, ob die verfügbaren Finanzmittel bereits optimal eingesetzt werden. Die Antwort auf diese Frage kann bei der internen Hochschulorganisation ansetzen, da diese von den Hochschulen selbst am ehesten beeinflussbar ist:

- Soweit sie nur suboptimal funktioniert, werden in den organisatorischen Prozessen überflüssigerweise Mittel verausgabt, die dann selbstredend den Kernleistungsbereichen der Hochschule – Lehre, Forschung und Nachwuchsentwicklung – nicht zur Verfügung stehen.
- Hochschulen, die weniger als andere mit besonders attraktiven Vergütungen bzw. Besoldungen und individuellen Ausstattungen locken können, müssen alternative Motivationsanreize erschließen, um besonders leistungsfähiges Personal zu binden. Ein solcher, an das intrinsische Interesse von Wissenschaftlern anknüpfender Anreiz könnte eine radikale Entlastung von bürokratischen Nebenfunktionen sein.
- Beides zusammen – Organisationsoptimierung und Erschließung intrinsischer Motivationsanreize – ließe sich in einer Entbürokratisierungsoffensive zusammenführen. Eine Hochschulzukunftstrategie, die auf maximale Mobilisierung der endogenen Ressourcen setzt, könnte hier ansetzen: „Bei uns können Wissenschaftler bürokratiefrei lehren und forschen!“, müsste das Signal nach innen und außen sein.

Durch den regionalen Fachkräftebedarf lässt sich inzwischen das Studium in den ostdeutschen Regionen mit der glaubwürdigen Aussicht auf attraktive Beschäftigungschancen in der Region unmittelbar im Abschluss an das Examen verbinden. Für viele Studienrichtungen kann bereits heute zu Stu-

dienbeginn eine faktische Arbeitsplatzgarantie in der Region gegeben werden. Doch darf dies, wenn es Lebensentscheidungen beeinflussen soll, nicht nur behauptet, sondern muss auch erlebbar gemacht werden. Eine ins Studium integrierte Verbindung zur beruflichen Praxis bei regionalen Beschäftigten kann diese Erlebbarkeit erzeugen. Diesbezügliche Aktivitäten müssen frühzeitig einsetzen, nämlich *bevor* sich ein Abwanderungswunsch herausgebildet und ggf. verfestigt hat. Das heißt: Solche Aktivitäten müssen in einem frühen Stadium des Studiums beginnen. Sie wiederum können die Neigung stärken, berufliche wie private Lebensperspektiven in der Hochschulregion zu suchen.

Drängende Erwartungen richten sich an die Hochschulen, wenn es um die Gestaltung regionaler Innovationsstrukturen geht. Solche benötigen einerseits Promotoren und andererseits Inkubationszentren:

- Als Promotoren können Politik, Verwaltung und Wirtschaft wirksam werden.
- Die Inkubation erfordert einen geschützten Raum, in dem Optionen durchgespielt werden können. Diesen Raum bietet die autonome Wissenschaft. Wissenschaftliche Einrichtungen erzeugen, speichern und vermitteln Vorratswissen, das es ihnen ermöglicht, reale Probleme, die ihr von der Praxis angetragen werden, angemessen bearbeiten zu können. Angemessen heißt: Sie vermögen die Problemhorizonte der Praktiker zu erweitern und voranalytische Urteile durch wissenschaftlich gestützte Urteile zu ersetzen. Die Wissenschaft kann, auf der Grundlage gespeicherten Vorratswissens, Problemlösungswege vor dem Hintergrund der Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, typischer Fehler, nichtintendierter Handlungsfolgen und alternativer Optionen aufzeigen.

Indem die Hochschulen zu Inkubatoren regionaler Innovationssysteme werden, nehmen sie eine zwar regional fokussierte, aber nicht regional begrenzte oder begrenzende Aufgabe wahr: Die Hochschulen können regionale Wissensbedarfe dadurch bedienen, dass sie ihre jeweiligen Regionen an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -distribution anschließen.

Ein wichtiges Instrument, mit dem Hochschulen ihre regionalen Kontexte mit den ihnen eigenen Kompetenzen gestalten könnten, ist der Aufbau und die Unterhaltung eines regional vernetzten Wissensmanagements. Dieses hätte die Aufgaben, ungenutztes Wissen zu aktivieren, die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anzuregen und gegebene Problemstellungen mit Problemlösungswissen zusammenzuführen. Dazu ist dreierlei sicherzustellen:

- Erstens ist der Zugang zu dem Wissen, das in der Region an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz vorhanden ist, niedrigschwellig zu ermöglichen – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation.
- Zweitens wird derart eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht, die potenziell jedes Problemlösungsbedürfnis mit den regional vorhandenen problemlösungsbezogenen Wissensressourcen verbindet.
- Drittens müssen Wissensbedarfe, die regional nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

Ein derart komplexes Wissensmanagement wird sich ohne Beteiligung der ortsansässigen Hochschulen kaum umsetzen lassen. Wenn sich die Hochschulen dadurch, dass sie ein solches Wissensmanagement (mit) aufbauen und unterhalten, zu Knotenpunkten der regionalen Innovationsentwicklung entwickeln, dann wird es ihnen leichter fallen, ihre Unentbehrlichkeit nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren.

Neben den ökonomischen Herausforderungen, die das Ziel einer selbsttragenden Regionalentwicklung formulieren, herrscht ebenso kein Mangel an nichtökonomischen Herausforderungen:

- Daraus folgen Wissensbedarfe etwa hinsichtlich der Gestaltung des Verhältnisses besiedelter und entsiedelter Räume, der Infrastruktur und Verwaltungsprobleme dünn bevölkerter Siedlungsge-

biete, der Sozialraumentwicklung oder der Neubestimmung des Verständnisses von Erwerbstätigkeit incl. der Veränderung individueller Lebensverlaufsregimes.

- Die Wissensbedarfe müssen allerdings nicht nur formuliert, sondern auch bedient werden. Anders als sonstige Akteure sind Hochschulen prädestiniert, die Entwicklungen nicht einfach geschehen zu lassen, sondern einen strategischen Umgang damit zu entwickeln: Sie haben die intellektuellen Kapazitäten im Haus, um die Aufklärung der Problemlagen zu betreiben.

Indem die entsprechenden Expertisebedarfe bedient werden, können nicht zuletzt die an den Hochschulen vertretenen Sozial- und Geisteswissenschaften Akzeptanz gewinnen, die aus der optimalen Bereitstellung von umweltrelevanten Problemlösungen bezogen wird. Solche Legitimität kann als Verstärkungsfaktor organisationaler Stabilität der Hochschulen wirken. Allein das Normensystem der Wissenschaft – Unabhängigkeit, Kritik, Methodenbindung usw. – zu vertreten, sichert jedenfalls noch nicht deren organisationale, genauer: überlebensrelevante Stabilität. Werden jedoch zur wissenschaftsgestützten Bewältigung dieser Probleme nicht in angemessener, d.h. interdisziplinärer Weise bei maßgeblicher Beteiligung der Sozialwissenschaften die wissenschaftlichen Potenziale des Landes selbst mobilisiert, dann bleiben sowohl die Entwicklungen selbst als auch die Problembearbeitungsprozesse analytisch unterbelichtet. Denn von außen wird diese Expertise in der erforderlichen Komplexität und Stetigkeit nicht kommen.

4.3. Systematisierte Konzepte: Schema eines Handlungsprogramms

Die Herausforderungen sind so komplex, dass systematisierte Konzepte nötig erscheinen. Zusammengefasst geht es um

- aktive Akquisition von Studieninteressierten und Kapazitätsauslastung,
- Bewältigung deutlich gesteigerter Heterogenität der Studierenden,
- Nachwuchsgewinnung, -entwicklung und -sicherung,
- Besetzung zentraler akademischer Positionen mit Spitzenpersonal,
- möglichst weiträumige Herstellung von Antragsfähigkeit in der allgemeinen Forschungsförderung bzw. gleichgewichtigen Vertretung der ostdeutschen Forschung darin,
- Kommunikationsfähigkeit mit regionalen Akteuren hinsichtlich deren spezifischer Wissens-, Kooperations- und Innovationsbedürfnisse,
- Beiträge für regionale Innovationssysteme, wobei die Hochschulen eine Kompensationsfunktion für die unterkritisch vorhandene privat finanzierte FuE wahrnehmen müssen,
- Sicherung des Fachkräftebedarfs der regionalen Beschäftigten.

Mit den oben aufbereiteten Handlungsempfehlungen, die sich aus der Auswertung der 68 Studien, Gutachten und Evaluationen ergaben, liegt eine umfangreiche Toolbox vor. Aus dieser können sich Akteure bei der Gestaltung systematisierter Konzepte bedienen.⁷⁰ Dabei verfügen die Instrumente über unterschiedliche Grade der Eignung und der Kompatibilität miteinander. Zum Teil können sie sich in ihrer Anwendung gegenseitig verstärken, teils bauen sie aufeinander auf, z.T. schließen sie sich aber auch gegenseitig aus.

Welche Instrumente jeweils angewandt werden können bzw. in erhöhtem Maße geeignet sind, hängt von der Zieldefinition der in Gang zu setzenden Prozesse ab. Insbesondere sind dabei die potenziellen Nachteile und möglichen Probleme zu berücksichtigen, die sich mit einzelnen Instrumenten ver-

⁷⁰ siehe oben Punkte 3.2.2. Funktionsspezifisch: Bildung, Forschung/Transfer, Sozialraum; 3.2.3. Ressourcen-, struktur- und prozessspezifisch; 3.2.4. Vor- und Nachteilsbewertungen; insbesondere dort die Übersichten 7 und 8

binden (können).⁷¹ Eingeordnet werden müssen die verschiedenen Instrumente in konkrete Zeit-Maßnahmen-Pläne. Diese bilden das Rückgrat der systematisierten Konzepte. Sie müssen zudem auf die örtlichen Gegebenheiten und die jeweiligen Ressourcensituation abgestimmt sein und umgesetzt werden.

4.3.1. Problembestimmung, Zieldefinition, Zielhierarchie

Der Ausgangspunkt beim Entwerfen systematisierter Handlungskonzepte ist die exakte Bestimmung der lösungsbedürftigen Probleme. Hierbei sollten insbesondere die wichtigsten Hemmnisse erfasst werden, die wünschenswerten Entwicklungen entgegenstehen. Im Anschluss daran können solche Handlungsziele definiert werden, deren Erreichung mit hoher Wahrscheinlichkeit problemlösend wirkt.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass grundsätzlich keine wie auch immer geartete Vollständigkeit der Problembearbeitung zu erreichen ist: Da zur Struktur eines Problems seine Rahmenbedingungen gehören, ist die Problemkomplexität durch Erweiterung des Betrachtungsrahmens makroskopisch potenziell unendlich steigerbar; und da ein Problem auch intern in immer noch eine weitere Tiefendimension hinein ausdifferenziert werden kann, findet dessen Komplexität mikroskopisch erst dort ihre Grenze, wo die Geduld der Akteure und Bezugsgruppen längst erschöpft ist. Daher bedarf es einer Zielhierarchie, innerhalb derer Prioritäten und Posterioritäten festgelegt werden. Prioritäten sind vorrangig zu verfolgen; Posterioritäten können entweder in Angriff genommen werden, soweit daneben weitere Problemlösungsressourcen vorhanden sind, oder werden aufgeschoben auf spätere Zeitpunkte, wenn die prioritären Probleme bereits gelöst sein werden. Der Priorisierungsprozess lässt sich folgendermaßen organisieren:

Übersicht 8: Priorisierungsprozess

1. Schritt	Auflistung aller Ziele
2. Schritt	Zusammenfassung verwandter kleinerer Ziele zu einem Oberziel, soweit es sinnvoll ist.
3. Schritt	Beurteilung jedes Zieles nach dem Nutzen, den es für die Problemlösung hat. Dabei Gewichtung, ob der Nutzen „hoch“, „mittel“ oder „gering“ ist.
4. Schritt	Beurteilung jedes Zieles danach, ob die initiierende Organisation in der Lage sein wird, es innerhalb der nächsten 6-9 Monate zu erreichen. Dabei Gewichtung, ob die Fähigkeit, dies zu bewerkstelligen, „hoch“, „mittel“ oder „gering“ ist.
5. Schritt	Kombination der „hoch“/„mittel“/„gering“-Einschätzungen des 3. und des 4. Schrittes: Errechnung einer entsprechenden Punktzahl für jedes Ziel.
6. Schritt	Festlegung der Rangfolge durch Ordnung der Ziele nach ihrer Punktzahl. Höhere Punktzahlen entsprechen vorrangig zu verfolgenden Zielen.

Unter Verwendung von Anregungen aus EFQM/Deutsches EFQM Center (2005: 5)

Zu beachten ist dabei, dass einzelne Zielerreichungen die Voraussetzungen für eine oder mehrere andere Zielerreichungen sein können. Ebenso kann es sein, dass die Umsetzung einzelner Ziele *grundlegende* Leistungslücken schließt, so dass es sinnvoll ist, diese vor allen anderen zu verfolgen. Entsprechend darf das Priorisierungsschema nicht dogmatisiert, sondern muss die Reihenfolge der hierarchisierten Ziele im Umsetzungsprozess ggf. angepasst werden.

⁷¹ vgl. oben Punkt 3.2.4. Vor- und Nachteilsbewertungen, insbesondere Übersicht 7

4.3.2. Strukturen und Akteursbeziehungen qualifizieren

Strukturell kommen zwei Möglichkeiten in Frage: Die definierten problemlösenden Ziele können (a) im Rahmen einer vorhandenen Organisation oder (b) einer neu zu schaffenden Organisation verfolgt werden. Die Qualifizierung der Struktur lässt sich anhand von Netzwerken illustrieren. Um innerhalb von Netzwerken zu erfolgreichen Problembearbeitungen zu gelangen, sind einige erfolgsfördernde Faktoren zu erzeugen. Dazu zählen insbesondere:

- gemeinsame Ziele,
- mindestens ein als Netzwerkmotor wirkender Akteur,
- konfliktarme und konsensfähige Themenbereiche,
- konkrete Projekte,
- gemeinsames Grundverständnis für das Arbeitsfeld,
- Nutzen für alle Beteiligten,
- klare Strukturen, d.h. klare Zuständigkeiten und eine verbindliche Arbeitsteilung,
- Benennung fester Ansprechpartner,
- guter Informationsfluss,
- Offenlegung der jeweiligen Eigeninteressen,
- ausreichende Finanz- und Personalressourcen,
- persönliche Kontakte,
- gute Öffentlichkeitsarbeit,
- institutionelle Unterstützung der Zusammenarbeit,
- Netzwerkgröße, die *Face-to-Face*-Interaktion aller Beteiligten zulässt, sowie
- Vorhandensein persönlicher Kompetenzen (vgl. Hamm 2007: 123).

Ein konkretes Anliegen kann inhaltlich hervorragend fokussiert und technisch exzellent ausgestaltet sein und dennoch scheitern, weil die Kommunikation zwischen den Beteiligten nicht funktioniert oder z.B. ein Vorgesetzter die verfolgten Absichten unterläuft. Daher ist es ratsam, die Bildung eines Netzwerks mit einer Diagnose des sozialen Systems, innerhalb dessen die Ziele umgesetzt werden sollen, zu verbinden. Hierfür sollten fünf Fragen beantwortet werden:⁷²

- Welche Akteure des sozialen Systems sind für das Netzwerkanliegen relevant?
- Was sind die subjektiven Deutungen der betreffenden Akteure in Bezug auf das Netzwerkanliegen?
- Welche Regeln des sozialen Systems beeinflussen den Erfolg des Netzwerks?
- Welche Interaktionsstrukturen beeinflussen den Erfolg?
- Wie ist der Entwicklungsstand des sozialen Systems hinsichtlich des Netzwerks?

Die Frage nach den relevanten Akteuren zielt auf eine Unterscheidung zwischen dem Gesamtsystem, in das ein Vorhaben eingebunden ist, und dem sog. Primärsystem. Das Primärsystem umfasst alle die Akteure, die den Netzwerkerfolg maßgeblich beeinflussen und damit das Netzwerk relevant behindern oder unterstützen können – gleichgültig, ob diese Personen im Einzelfall etwas miteinander zu tun haben oder nicht, ob sie dem Netzwerk direkt angehören oder von ihm betroffene Personen sind. Das Primärsystem des je konkreten Vorhabens ist damit weniger von der Struktur des Netzwerks abhängig als von den tatsächlichen Machtverhältnissen (vgl. König/Volmer 1999: 12). Wird dieses Primärsystem identifiziert, dann lässt sich z.B. abschätzen, von wo Einwände und Widerstände zu erwarten sind, und es kann dementsprechend agiert und vorgebeugt werden. Da es sich beim Wissen über das Primärsystem häufig um ‚latentes Wissen‘ handelt, das nicht unmittelbar zugänglich

⁷² in Anlehnung an das Systemische Projektmanagement nach König/Volmer (1999: 12)

ist, muss eine entsprechende Analyse erfolgen. Gleiches gilt für die netzwerkbezogenen Deutungen der relevanten Personen sowie die erfolgskritischen Regeln, Interaktionsstrukturen und den Entwicklungsstand des sozialen Systems hinsichtlich des Netzwerks.

4.3.3. Prozessentwicklung

Die Prozessentwicklung dient der Bearbeitung definierter Probleme. Sie ist folglich als Problembearbeitungsprozess zu organisieren. Dessen Grundmuster lässt sich als ein Phasenschema fassen, dass mit einer Vier-Schritt-Abfolge beschrieben werden kann: Problemdefinition → Programmierung → Implementation → Evaluation [→ Beendigung oder Neu-Problemdefinition, usw.] (Schubert 1991: 69ff.; Scharpf 1982: 93):

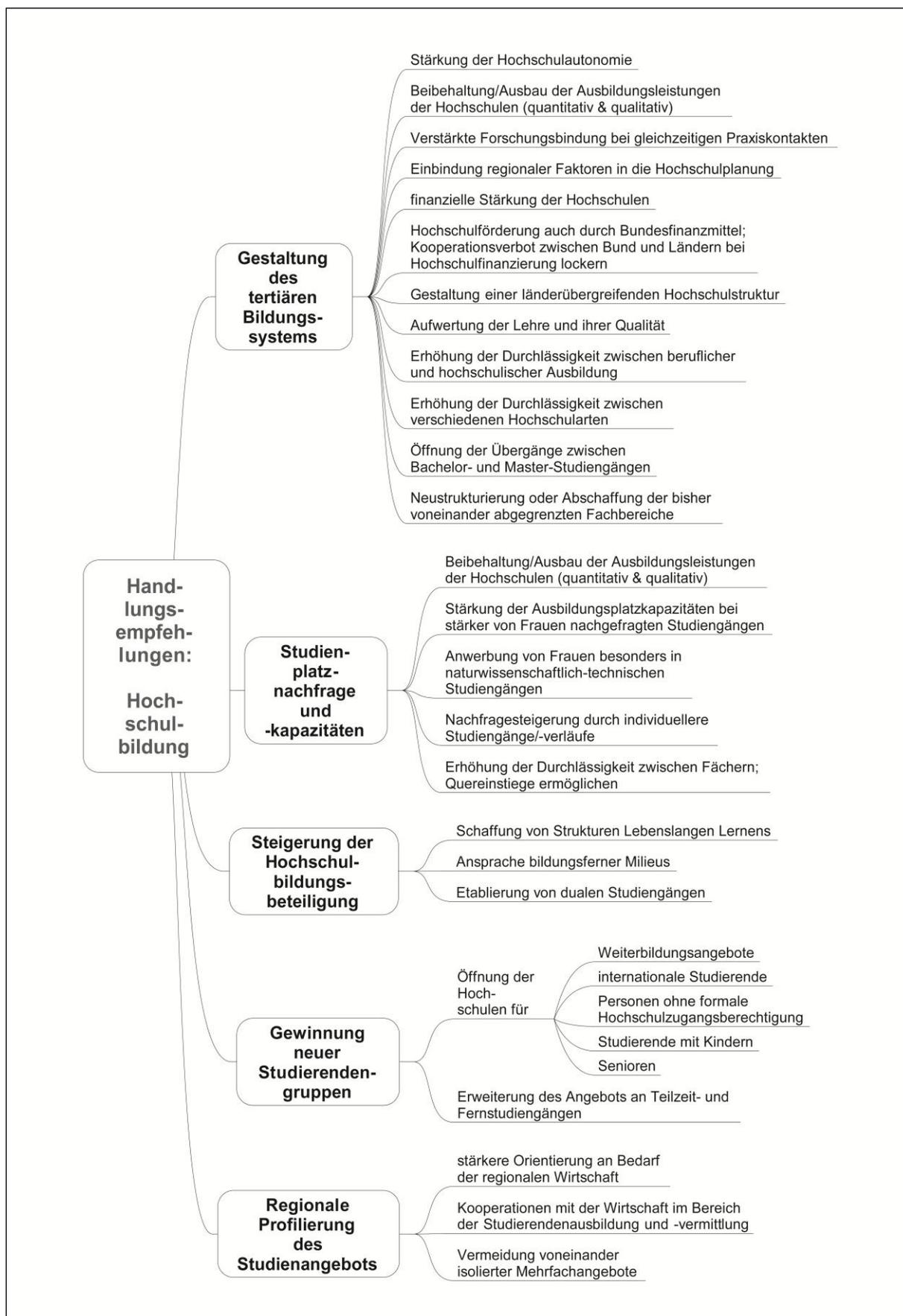
- Am Anfang steht die Problemidentifizierung und präzise -formulierung (Problemdefinition).
- Diese führt zur Zieldefinition, wird verbunden mit einer Analyse der vorhandenen und benötigten Ressourcen – sächliche, personelle und finanzielle – sowie der Formulierung eines Handlungsprogramms (Programmierung). Hier spielt die Prioritätensetzung eine entscheidende Rolle.
- Es folgt die konkrete Umsetzung der Absichten incl. der ggf. notwendigen Akquisition benötigter, aber noch nicht vorhandener Ressourcen (Implementation).
- Diese erzeugt Wirkungen, die sich beobachten lassen und bewertet werden können (Evaluation).
- Sind die gewünschten Wirkungen eingetreten und unerwünschte Nebenwirkungen ausgeblieben, kann der Vorgang beendet werden. Andernfalls ist die Phase der Evaluation an die Phase der Programmformulierung rückgekoppelt: Das Programm wird mit dem Wissen aus der Evaluation reformuliert – der Zyklus des Problembearbeitungsprozesses ist geschlossen und kann erneut durchlaufen werden.

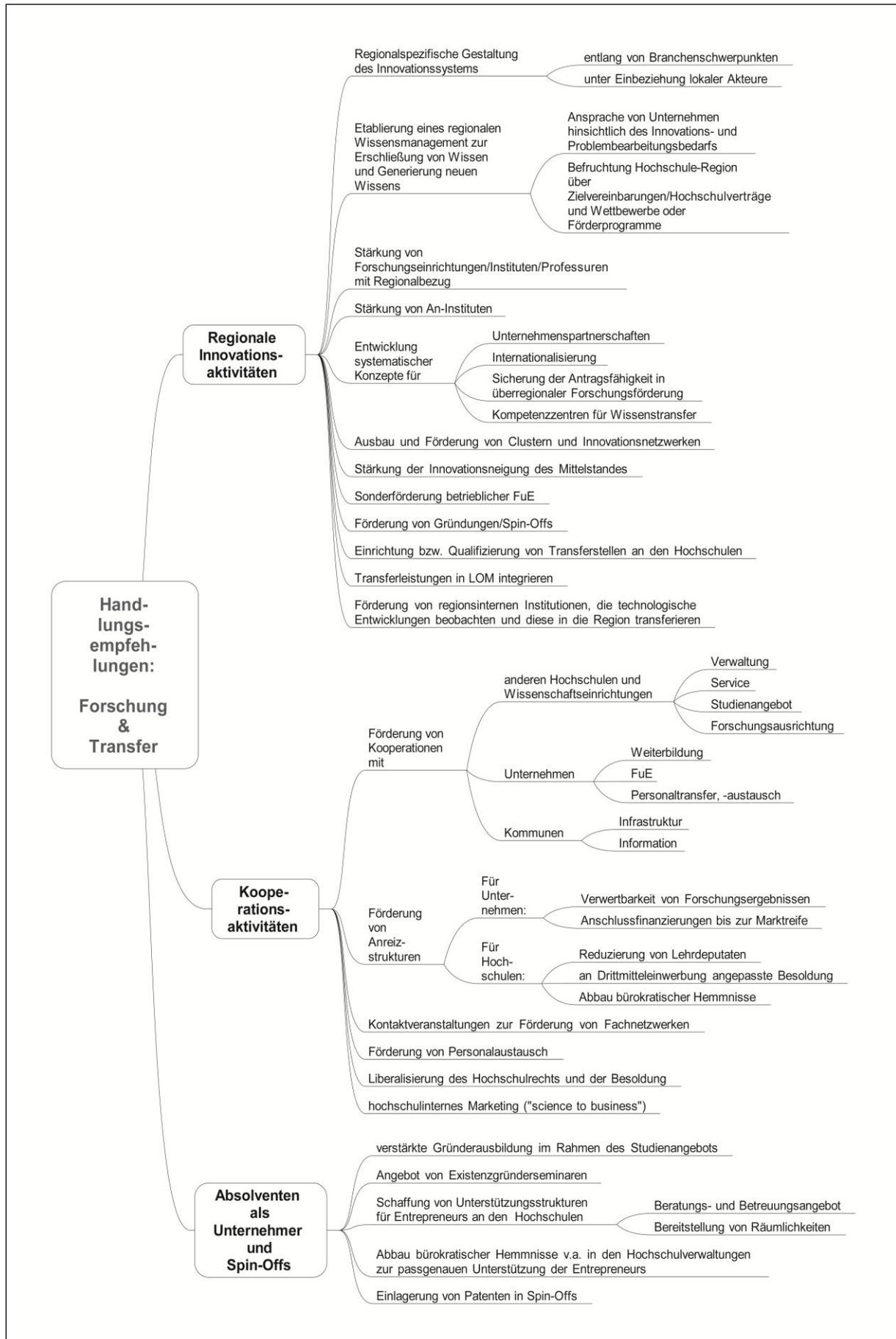
Selbstredend ist diese Modellierung keine 1:1-Abbildung von Realprozessen. Die Phasen des Problembearbeitungsprozesses sind analytische Abstraktionen und kommen in der Realität nie derart getrennt vor. Nicht nur überlappen sie sich zeitlich, sondern sind durch feedbackgesteuerte Rückkopplungsschleifen auch komplex miteinander verflochten. Das gilt es zu berücksichtigen.

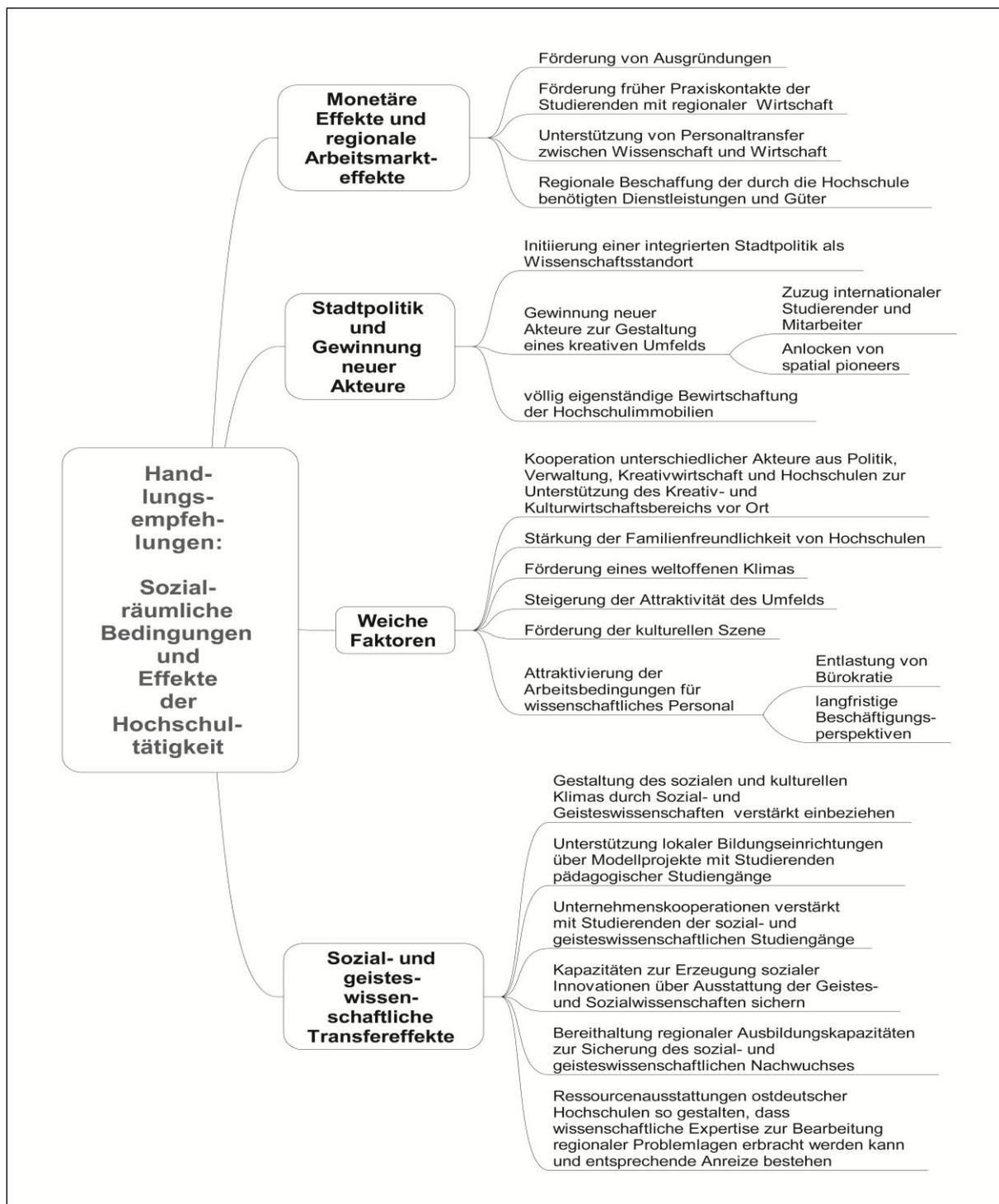
Um Prozess und Akteure nicht zu überfordern, die gegebenen Ressourcenbegrenzungen zu berücksichtigen und in zumindest einigen Bereichen auch möglichst schnell sichtbar werdende Erfolge zu erreichen, die wiederum die Mitwirkungsbereitschaft zunächst zögerlicher Partner fördern, sollten Kooperationsbeziehungen in *Ausbaustufen* projektiert und mit Leben erfüllt werden. Als allgemeines Handlungsschema zur Intensivierung des Kooperationsgeschehens kann ein dreistufiges Vorgehen empfohlen werden:

- *Stufe 1:* die Prioritäten, d.h. die Unverzichtbarkeiten umsetzen;
- *Stufe 2:* Initiativen einleiten, die zwar nicht prioritär, aber dringend wünschenswert sind und über die Einvernehmlichkeit zwischen den Partnern besteht;
- *Stufe 3:* Maßnahmen vorbereiten und umsetzen, die zunächst noch konfliktbehaftet sind, für die also erst ein Konsens unter den Beteiligten gefunden werden muss.

Übersicht 9: Die Handlungsempfehlungen im Überblick







Auch künftig werden die ostdeutschen Hochschulen finanziert werden – die Frage ist, in welchem Umfang. Dieser Umfang wird aller Voraussicht nach davon abhängen, wie weit die Hochschulen zu plausibilisieren vermögen, dass etwaige Minderauslastungen von Studienkapazitäten durch solche Leistungen substituiert werden, die ihr Finanzier als refinanzierungsfähig ansehen kann. Die Refinanzierungsfähigkeit der über eine Grundausstattung hinausgehenden Hochschulfinanzierung muss über deren direkte und indirekte Effekte innerhalb des Sitzlandes dargestellt werden. Gelingt dies nicht, dann droht eine Reduzierung der Hochschulkapazitäten auf das Niveau, welches man in einer imaginierten Neuaufbausituation bei heutiger Kenntnis der Größe der künftigen Studienanfänger-Altersjahrgänge und der Landeshaushaltsentwicklungen projektieren würde.

Literatur

Ausgewertete Studien

- Assenmacher, Marianne/Leßmann, Grit/Wehrt, Klaus (2004): Regionale Entwicklungsimpulse für Hochschulen. Einkommens-, Beschäftigungs- und Kapazitätseffekte der Hochschulen Anhalt und Harz (FH), Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH), Wernigerode.
- Bandelin, Jost/Braun, GERAL/Hosa, Elise (Hg.) (1999): Der Beitrag der Universitäten und Fachhochschulen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Universität Rostock, o.O..
- Banscherus, Ulf/Reiß, Mirjam/Gulbins, Annerose/Seidel, Eric (2009): Herausforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklung der sächsischen Hochschullandschaft bis 2020. Sächsisches Hochschulrating, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Leipzig.
- Banscherus, Ulf/Reiß, Mirjam/Gulbins, Annerose/Seidel, Eric (2009a): Herausforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklung der sächsischen Hochschullandschaft bis 2020. Entwicklungsszenario, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Leipzig.
- BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/Difu, Deutsches Institut für Urbanistik (2004): Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung. Untersuchungsergebnisse seit 1990. Heft 6: Bildung und Forschung, Berlin.
- Becker, Gary Stanley (1993): Human Capital. A theoretical and empirical analysis, with special reference to education, University of Chicago Press, Chicago.
- Behr, Michael/Ehrlich, Martin/Schmidt, Rudi/Thieme, Christoph (2010): Der Beitrag ostdeutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung regionaler Innovationspotentiale, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, Jena.
- BMVBW, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen/BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2004): Herausforderungen des demographischen Wandels für die Raumentwicklung in Deutschland, Bonn/Berlin.
- Cantner, Uwe/Fornahl, Dirk/Graf, Holger (2003): Innovationssystem und Gründungsgeschehen in Jena. Erste Erkenntnisse einer Unternehmensbefragung, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Jena.
- Cantner, Uwe/Fritsch, Michael (2006): Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin/Sankt Augustin.
- Czarnitzki, Dirk/Licht, Georg (2004): Die Rolle der Innovationsförderung im Aufholprozess Ostdeutschlands, o.O., auch unter <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp0468.pdf> (15.12.2011).
- Daskalakis, Maria (2011): Ökonomische Relevanz der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Region Kassel. Identifizierung und Nutzung regionaler Entwicklungspotenziale, unter Mitarbeit von David Hofmann, Anne Hildebrand, Kassel University Press, Kassel.
- Dienel, Christiane (2005): Vision Sachsen-Anhalt 20-xx. Zukunftsperspektiven für nachhaltiges staatliches Handeln, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
- Dieterle, Willi K. M. (Hg.) (2006): Unternehmensgründungen aus Brandenburger Hochschulen. Qualifizierung durch Training, Beratung und Coaching, Weißensee-Verlag, Berlin.
- Dohmen, Dieter/Himpele, Klemens (2007): Struktur- und Exzellenzbildung durch Hochschulen in den neuen Ländern. Abschlussbericht eines Projekts im Rahmen des Forschungsprogramms Aufbau Ost, FiBS, Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, o.O., auch unter http://www.fibs.eu/de/sites/_wgData/Forum_039_Hochschule-Ost.pdf (7.5.2012).
- Dohnanyi von, Klaus/Most, Edgar (2004): Für eine Kurskorrektur des Aufbau-Ost. Bericht des Gesprächskreises Ost der Bundesregierung, Hamburg/Berlin, 28. Juni 2004, URL [http://www.Bdaonline.de/www/bdaonline.nsf/id/F23-D973151C5F608C1256EC80037BDCA/\\$file/Endfassung_Kurskorrektur_des_Aufbau_Ost.pdf#search=%22Dohnanyi%20Edgar%20Most%22](http://www.Bdaonline.de/www/bdaonline.nsf/id/F23-D973151C5F608C1256EC80037BDCA/$file/Endfassung_Kurskorrektur_des_Aufbau_Ost.pdf#search=%22Dohnanyi%20Edgar%20Most%22) (21.8.2006).
- Dörre, Klaus/Neis, Matthias (2010): Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang, Ed. Sigma, Berlin.
- Eisenkopf, Alexander (2007): Wettbewerb und Innovation. Die Grenzen staatlicher Innovationspolitik, in: Gertraud Koch, Bernd Jürgen Warneken (Hg.), Region - Kultur - Innovation. Wege in die Wissensgesellschaft, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 201-214.

- ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co KG (Hg.) (2011): Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und zukünftige Einbindung in die strategische Entwicklung der Region, Dortmund, auch unter <http://www.fh-bonn-rhein-sieg.de/fhbrsmedia/Downloads/publikationen/Regionalstudie+2011.pdf> (30.11.2011).
- Frankenberg, Peter (2001): Schlusswort, in: Hochschulrektorenkonferenz (Hg.), Hochschulen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, o.O., S. 93-100.
- Franz, Peter (2007): „Knowledge cities“: Wachstumsstrategien und institutionelle Barrieren für Städte mit Wissenschaftseinrichtungen, in: *Wirtschaft im Wandel* 5/2007, S. 154-160.
- Franz, Peter/Rosenfeld, Martin T. W./Roth, Diana (2002): Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region. Empirische Ergebnisse zu den Nachfrageeffekten und Hypothesen über mögliche Angebotseffekte der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle, Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH, Halle (Saale).
- Friedrich, Klaus/Schulz, Andrea (Hg.) (2008): Brain drain oder brain circulation? Konsequenzen und Perspektiven der Ost West Migration, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig.
- Fritsch, Michael (2004): Von der innovationsorientierten Regionalförderung zur regionalisierten Innovationspolitik, in: ders. (Hg.), *Marktdynamik und Innovation – Gedächtnisschrift für Hans-Jürgen Ewers, Duncker & Humblot, Berlin*, S. 105-127.
- Fritsch, Michael (2008): Die Arbeitsplatzeffekte von Gründungen. Ein Überblick über den Stand der Forschung, in: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 41, S. 55-69, auch unter http://doku.iab.de/zaf/2008/2008_1_zaf_Fritsch.pdf (28.12.2011).
- Fritsch, Michael/Henning, Tobias/Slavtchev, Viktor/Steigenberger, Norbert (2008): Hochschulen als regionaler Innovationsmotor?, Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung, auch unter http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_158.pdf (18.12.2011).
- Fritsch, Michael/Slavtchev, Viktor (2007): Universities and Innovation in Space, in: *Industry and Innovation* 14 (2), S. 201-218.
- Gansel, Benjamin B./Raith, Matthias G./Wilker, Helge M. (2005): Die Hochschule als regionaler Impulsgeber für Unternehmensgründungen. Eine empirische Untersuchung des Technologietransfers der Universität Magdeburg von 1990 bis 2004, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg.
- Gerlach Andreas/Sauer, Thomas/Stoetzer, Matthias-Wolfgang (2005): Formen und regionale Verteilung des Wissenstransfers von Hochschulen. Eine repräsentative Fallstudie für Jena, Fachhochschule Jena, Fachbereich Betriebswirtschaft, Jena.
- Glorius, Birgit/Schultz, Andrea (2002): Die Martin-Luther-Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geographie, Halle (Saale).
- Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH) (Hg.) (2002): Hochschule Harz - Innovationsmotor der Region. Fachvorträge des wissenschaftlichen Kolloquiums im Rahmen der Jubiläumsfeier 10 Jahre Hochschule Harz, Hochschule Harz, Wernigerode.
- Holtmann, Everhard/Ragnitz, Joachim/Vökl, Kerstin (2012): Ostdeutschland 2020: die Zukunft des „Aufbau Ost“. Einschätzungen künftiger Förderaktivitäten und Handlungsempfehlungen von Experten aus Wissenschaft und Praxis, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, auch unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/09098.pdf> (8.6.2012).
- IWH, Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hg.) (2011): Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, Halle (Saale), URL http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/iwh.pdf?__blob=publicationFile (20.8.2012).
- Kadner, Beate/Rausch, Jochen/Sedlacek, Peter (1997): Hochschul- und Stadtentwicklung in Jena, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Geographie, Jena.
- Knödler, Reinhard/Tivig, Thusnelda (1996): Die Universität Rostock als Regionaler Wirtschaftsfaktor, Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Rostock.
- Koch, Gertraud/Warneken, Bernd Jürgen (Hg.) (2007): *Region - Kultur - Innovation. Wege in die Wissensgesellschaft*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Koglin, Gesa (2011): *Wie neues Wissen in die Wirtschaft kommt. Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen in Berlin-Brandenburg*, Regioverlag, Berlin.
- Kröhnert, Steffen/Morgenstern, Annegret/Klingholz, Reiner (2007): *Talente, Technologie und Toleranz. Wo Deutschland Zukunft hat*, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin, auch unter http://www.berlininstitut.org/fileadmin/user_upload/Studien/TTT_Webversion.pdf (14.12.2011).
- Kunzmann, Klaus R. (2004): Wissensstädte: Neue Aufgaben für die Stadtpolitik, in: Ulf Matthiesen (Hg.), *Stadregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissenschaftsbasierte Stadtpolitik*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 29-41.

- Leßmann, Grit/Wehrt, Klaus (2005): Der Standorteffect ostdeutscher Hochschulen. Verbesserungen der Humankapitalbasis durch mehr Studienplätze? In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 1/2005, S. 42-49.
- Leusing, Britta (2007): Hochschulen als Standortfaktor. Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg, Universität Flensburg, Flensburg, auch unter http://iim.uni-flensburg.de/fileadmin/ms3/inst/iim/content/download/4_For_schung/Discussion_Papers/15_Leusing_HochschulenStandortFaktor.pdf (5.12.2011).
- MacKinnon, Danny/Cumbers, Andrew/Chapman, Keith (2002): Learning, innovation and regional development: A critical appraisal of recent debates, in: Progress in Human Geography 26 (3), S. 293-311.
- Mallmann, Mathias/Schreyer, Christoph (2011): A Study on Regional Innovation Systems in the EU, o.O., auch unter <http://wissenschaftsmanagement-online.de/converis/artikel/1486#> (9.11.2011).
- Matthiesen, Ulf (2004): Das Ende der Illusionen. Regionale Entwicklung in Brandenburg und Konsequenzen für einen neuen Aufbruch, in: SPD-Landesverband Brandenburg und Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V./Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie Berlin (Hg.), Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn?, S. 97-111.
- Matthiesen, Ulf (Hg.) (2004a): Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Matthiesen, Ulf (2007): Strengthening the Human Resource Base in Eastern Germany, in: Sebastian Lentz (Hg.): Restructuring Eastern Germany, Springer Verlag, Berlin, S. 111-122.
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (2010): Kulturanalyse für Mecklenburg-Vorpommern. Auswertung einer Befragung von kulturellen Einrichtungen und Initiativen im Jahr 2008, Schwerin, auch unter http://www.kulturportal-mv.de/download/kulturanalyse_2008.pdf.
- Müller-Böling, Detlef/Hener, Yorck/Herdin, Gunvald/Grünewald, Sebastian (2011): Erfolgsfaktoren wissenschaftlicher Metropolregionen. Analysen und Handlungsempfehlungen für das Ruhrgebiet, Stiftung Mercator, Essen.
- MWA LSA, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2006): Kulturwirtschaftsbericht Sachsen-Anhalt 2006, unter Mitarbeit von Michael Söndermann und Christoph Backes, Magdeburg, auch unter http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Kultur_und_Medien/PDF/Kultur/dokumente/Kulturwirtschaftsbericht_S-A_2006.pdf (29.12.2011).
- Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH (2005): Erster Zwischenbericht zum 30.09.2005. Rückwanderung als dynamischer Faktor für ostdeutsche Städte, Berlin.
- Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH (2006): Implementierung familienfreundlicher Maßnahmen und Strategien in ostdeutschen Modellregionen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl: Hochschulen als Katalysator regionaler Entwicklung in Ostdeutschland, auch unter http://www.menschen-fuer-ostdeutschland.nexusinstitut.de/media/downloads/Abschlussbericht_Hochschule.pdf (16.2.2012).
- Nutz, Manfred (2004): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das Hochschulwesen. Demographischer Wandel - Auswirkungen auf das Bildungssystem. 13. Wissenschaftliches Kolloquium am 18. und 19. November 2004 im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Pasternack, Peer (2007): Zusammenfassung und Schlussfolgerungen. Die ostdeutschen Hochschulen als Elemente einer Problemlösungskonstellation Ost, in: ders. (Hg.), Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost, Akademische Verlags-Anstalt, Leipzig, S. 367-442.
- Pasternack, Peer (2010): Die mitteldeutsche Leistungsachse. Hochschulbildung und Forschung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Resümee und Schlussfolgerungen, in: ders. (Hg.), Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen, Akademische Verlags-Anstalt, Leipzig, S. 506-541.
- Pasternack, Peer/Bloch, Roland/Hechler, Daniel/Schulze Henning (2008): Fachkräfte bilden und binden. Lehre und Studium im Kontakt zur beruflichen Praxis in den ostdeutschen Ländern, Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (HoF), Wittenberg, auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_4_2008.pdf (27.8.2012).
- Rolfes, Manfred/Röpcke, Julian/Rozanski, Kathleen (Hg.) (2010): Regionale Bedeutung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das Beispiel Potsdam, Potsdam, auch unter <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2010/4591/pdf/pks48.pdf> (13.6.2012).
- Rosenfeld, Martin T. W./Franz, Peter/Roth, Diana (2005): Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte von öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen am Beispiel der Region Halle, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Rosner, Ulf (2005): Regionalökonomische Effekte von Hochschulen, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg.

- Roth, Diana (2006): Die Wissenschaftseinrichtungen als Standortfaktor. Eine handlungsorientierte empirische Untersuchung über das Wissenstransferpotenzial in einer Region; dargestellt am Beispiel der Wissenschaftseinrichtungen in der Region Halle, Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH, Halle (Saale).
- Schultz, Andrea (2007): Die Universität als Wirtschaftsfaktor. Regionalwirtschaftliche Einkommens- und Beschäftigungseffekte sowie Wissenstransfer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken.
- SMWA, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Hg.) (2008): Kulturwirtschaftsbericht 2008, Dresden, auch unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/11541/documents/11963> (29.12.2011).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (Hg.) (2011): Bildung und Kultur. Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Wiesbaden, URL https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/KennzahlenMonetaer2110432097004.pdf?__blob=publicationFile (18.4.2012).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (Hg.) (2012): Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2012, Wiesbaden, URL https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/BroschuerHochschulenBlick0110010127004.pdf?__blob=publicationFile (17.8.2012).
- Titze, Mirko (2010): Die Identifikation von Wissenschaftsräumen. Eine Konzeptstudie über methodische Ansätze sowie Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Erfassung, Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH, Halle (Saale).
- Weber, Andreas/Klingholz, Reiner (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin.
- Wissel von, Carsten (2009): Von Silikon- und Sonnentälern. Der neue Regionalismus und die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung in der Region, in: Die Hochschule 1/2009, S. 16-38, auch unter http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/09_1/dhs_2009_1.pdf (27.10.2011).
- WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg/Geschäftsstelle (2008): Die demographische Entwicklung und ihre Auswirkung auf das Hochschulsystem in Sachsen-Anhalt. Konzepte der Hochschulen und Erfordernisse an eine Landesstrategie, unveröff.
- ZDW, Zentrum Demografischer Wandel der Technischen Universität Dresden (2007): Hochschulen im demografischen Wandel. Die Lage in Sachsen. Erstellt im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, o.O., auch unter http://www.studieren.sachsen.de/download/Hochschulen_im_demografischen_Wandel_120607.pdf (1.12.2011).

Weitere Literatur

- Aderhold, Jens/John, René (Hg.) (2005): Innovation. Sozialwissenschaftliche Perspektiven, UVK, Konstanz.
- Arbo, Perter/Paul, Benneworth (2007): Understanding the Regional Contribution of Higher Education Institutions: A Literature Review, o.O., auch unter <http://www.oecd.org/dataoecd/55/7/37006775.pdf> (28.12.2011).
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld, auch unter <http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=8400> (19.6.2010).
- Behrmann, Niels (2007): Patente als Quelle von Innovationen, in: Gertraud Koch/Bernd Jürgen Warneken (Hg.), Region - Kultur - Innovation. Wege in die Wissensgesellschaft, Wiesbaden, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185-200.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2006): Wegweiser demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Bonn.
- Berthold, Christian/Leichsenring, Hannah (2009): Demographische Entwicklung und Hochschulen – Pilotprojekt Thüringen. Projektbericht. Bestandsaufnahme und politische Empfehlungen, Gütersloh, URL http://www.che.de/downloads/Projektbericht_Thueringen_Endfassung_090529.pdf (27.6.2012).
- Berthold, Christian/Volker Meyer-Guckel/Wolfgang Rohe (Hg.) (2010): Mission Gesellschaft. Engagement und Selbstverständnis der Hochschulen. Ziele, Konzepte, internationale Praxis, Edition Stifterverband, Essen; auch unter www.che.de/downloads/Studie_Mission_Gesellschaft_FINAL.pdf (24.10.2011).
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010) (Hg.): Förderkatalog, URL www.foerderkatalog.de (18.6.2010).

- Brandt, Arno/Kerstin Brunken/Jan-Phillip Gehrke/Ingo Wiekert/Thomas Ketzmerick (2010): Fachkräftemangel und demographischer Wandel bis 2020. Gutachten im Auftrag der Region Hannover. Teil II: Handlungsansätze für kleine und mittlere Unternehmen in der wissensintensiven Wirtschaft in der Region Hannover, Halle (Saale), URL http://www.zsh-online.de/fileadmin/PDF-Dokumente/Fachkraeftemangel_Teil_II_Langfassung.PDF (5.6.2010).
- Cantner, Uwe/Graf, Holger (2006): The network of innovators in Jena. An application of social network analysis, in: *Research Policy* 35, S. 463-480.
- Cantner, Uwe/Meder, Andreas (2007): Technological proximity and the choice of cooperation partner, in: *Journal of Economic Interaction and Coordination* 2, S. 45-65.
- Cantner, Uwe/ Meder, Andreas (2008): Innovators and the Diversity of Innovation Systems, in: *Applied Economics Quarterly* 54, S. 9-26.
- CHE, Centrum für Hochschulentwicklung Gütersloh (2012): Modellrechnungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Deutschland; auch unter http://www.che.de/downloads/CHE_AP152_Studienanfaengerprognose.pdf (30.2.2012).
- Deutsche Telekom Stiftung/BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (Hg.) (2011): Innovationsindikator 2011, o.O., auch unter http://www.innovationsindikator.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Innovationsindikator_2011.pdf (13.10.2011).
- EFI, Expertenkommission Forschung und Innovation (2011): Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2011, Berlin, auch unter http://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten/2011_deu.pdf (16.11.2011).
- EFQM/Deutsches EFQM Center (2005): EFQM Levels of Excellence – Stufen der Excellence. Committed to Excellence – Verpflichtung zu Excellence. Leitfaden für Bewerber, Frankfurt a.M., URL http://www.ilep.de/downloads/Committed_Bewerber_Leitfaden_D_4.0.pdf (12.2.2006).
- Falck, Oliver/Fritsch, Michael/Heblich, Stephan (2010): The Phantom of the Opera: Cultural Amenities, Human Capital, and Regional Economic Growth, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Jena.
- Florida, Richard (2002): *The Rise of the Creative Class*, Basic Books, New York.
- Finanzministerium Sachsen-Anhalt (o.J. [2008]): Mittelfristige Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2009 bis 2013, Magdeburg.
- Föhl, Patrick (2009): Potentiale von Kooperationen als Präventiv- und Anpassungsstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels im Kulturbereich, in: Andrea, Hausmann/Jana Körner (Hg.), *Demografischer Wandel und Kultur*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage, Wiesbaden, S. 203-227.
- Fritsch, Michael/Slavtchev, Viktor (2005): The Role of Regional Knowledge Sources for Innovation. An Empirical Assessment, Technische Universität Bergakademie Freiberg, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Freiberg.
- Fritsch, Michael/Graf, Holger (2010): How General Conditions Affect Regional Innovation Systems. The Case of the Two Germanys, Friedrich-Schiller-Universität/Max-Planck-Institut für Ökonomik, Jena.
- Fritsch, Michael/Kauffeld-Monz, Martina (2010): The impact of network structure on knowledge transfer: an application of social network analysis in the context of regional innovation networks, in: *Annals of Regional Science* 44, S. 21-38.
- Fritsch, Michael/Noseleit, Florian/Slavtchev, Viktor/Wyrwich, Michael (2010): Innovative Gründungen und ihre Bedeutung für den Standort Thüringen, Studie im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie der Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT), Friedrich-Schiller-Universität, Jena.
- Fuller, Steve (2005): What makes universities unique? Updating the ideal for an entrepreneurial age, in: *Higher Education Management and Policy* 17(3), S. 27-50.
- Graf, Holger/Henning, Tobias (2009): Public Research in Regional Networks of Innovators: A Comparative Study of Four East German Regions, in: *Regional Studies* 43, 1349-1368.
- Hamm, Bernd (2007): Netzwerke als Überlebensstrategie peripherer Regionen. Regionale Netzwerke und Erneuerbare Energien. Abschlussbericht, Trier, http://www.netzwerk-exzellenz.uni-trier.de/?dl=yes&file_id=50&ctrlhash=1490744a62367c282a67f62e7d6932eb (10.4.2008).
- Hausmann, Andrea/Körner, Jana (Hg.) (2009): *Demografischer Wandel und Kultur*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage, Wiesbaden.
- Hechler, Daniel/Pasternack, Peer (2011): Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt, unter Mitarbeit von Reinhard Kreckel und Martin Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg, auch unter http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_1_2011.pdf (16.01.2012).

- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung/Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst/Schader Stiftung (Hg.) (2008): Kulturwirtschaft fördern - Stadt entwickeln. 3. Hessischer Kulturwirtschaftsbericht, Wiesbaden/Darmstadt.
- HRK, Hochschulrektorenkonferenz (Hg.) (2001): Hochschulen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, Bonn.
- Kempkes, Gerhard/Helmut Seitz (2004): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bildungsausgaben. Eine empirische Analyse der Ausgaben im Schulbereich auf der Länder- und Gemeindeebene, in: Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem. 13. Wissenschaftliches Kolloquium am 18. und 19. November 2004 im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- KMK, Kultusministerkonferenz (2009): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009–2020, URL http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Zwischenstand_Vorausberechnung_Studienanfaengerzahlen_2009_2020.pdf (12.5.2010).
- KMK, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2012): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012-2025. Fortschreibung; URL http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Vorausberechnung_der_Studienanfaengerzahlen_2012-2025_01.pdf (30.1.2012).
- König, Eckard/Gerda Volmer (1999): Was ist Systemisches Projektmanagement?, in: dies. (Hg.), Praxis der systemischen Organisationsberatung, Deutscher Studien Verlag, Weinheim, S. 11-25.
- König, Karsten (2010): Zwischen institutioneller Autonomie und Bundespolitik. Hochschulsteuerung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in: Peer Pasternack (Hg.), Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig, S. 66-108.
- König, Karsten (2011): Hochschulsteuerung, unter Mitarbeit von Yvonne Anger, Janine Hoffmann und Victoria Neuber, in: Peer Pasternack (Hg.), Hochschulen nach der Föderalismusreform, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig, S. 106-154.
- König, Karsten/Gesa Koglin/Jens Preische/Gunter Quaißer (2012): Transfer steuern. Eine Analyse wissenschaftspolitischer Instrumente in sechzehn Bundesländern, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg; auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2012.pdf (8.9.2012).
- Korczak, Dieter (1995): Lebensqualität-Atlas. Umwelt, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit in Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Maretske, Steffen (2006): Regionale Disparitäten: eine bleibende Herausforderung, in: Informationen zur Raumentwicklung 9, S. 473-484.
- Matthiesen, Ulf (2007a): Stadtentwicklung, Wissen und Lernen unter Schrumpfungsbedingungen, in: Leibniz-Gemeinschaft (Hg.), Raumwissenschaftliche Forschung für die Praxis, Bonn, S. 19-23.
- Matthiesen, Ulf/Gerhard Mahnken (Hg.) (2009): Das Wissen der Städte. Neue stadregionale Entwicklungsdynamiken im Kontext von Wissen, Milieus und Governance, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Merkel, Janet/Maria Oppen (2010): Wo Neues gewagt wird. Wie städtische Kulturen Kreativität fördern, in: WZB-Mitteilungen März 2010, S. 16-19.
- MWME, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2007): 5. Kulturwirtschaftsbericht Nordrhein-Westfalen. Kultur- und Kreativwirtschaft Wettbewerb – Märkte – Innovationen, Düsseldorf.
- Pasternack, Peer (2007a): Forschungslandkarte Ostdeutschland, unter Mitarbeit von Daniel Hechler, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg.
- Pasternack, Peer (Hg.) (2007b): Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost, Akademische Verlags-Anstalt, Leipzig.
- Pasternack, Peer (Hg.) (2009): Hochschulen in kritischen Kontexten. Forschung und Lehre in den ostdeutschen Regionen, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg.
- Pasternack, Peer (Hg.) (2010): Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen, Akademische Verlags-Anstalt, Leipzig.
- Pasternack, Peer/Roland Bloch/Claudius Gellert/Michael Hölscher/Reinhard Kreckel/Dirk Lewin/Irene Lischka/Arne Schildberg (2006): Die Trends der Hochschulbildung und ihre Konsequenzen. Wissenschaftlicher Bericht für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Republik Österreich, Wien.
- Prognos (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem. Finanzielle Spielräume und Reformbedarf, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, URL http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/BuG_Familie_Studie_Demographie_als_Chance.Studie.pdf (27.8.2012).
- Ragnitz, Joachim/Helmut Seitz (2007): Gutachten zur Ermittlung haushaltsrelevanter Kennziffern. Gutachten im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Dresden.

- Scharpf, Fritz W. (1982): Der Erklärungswert ‚binnenstruktureller‘ Faktoren in der Politik- und Verwaltungsforschung, in: Joachim Jens Hesse (Hg.), Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 13, Opladen, S. 90-104.
- Schubert, Klaus (1991): Politikfeldanalyse, Opladen.
- Seitz, Helmut (2006): Die finanzpolitische Situation in Thüringen. Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen und der Rückführung der Osttransferleistungen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dresden/Erfurt.
- Spehl, Harald/Sauerborn, Klaus/Sauer, Martin/Maurer, Jan/Feser, Hans Diете/Mallocki, Christian von/Schmitt, Rebecca/Schulze, Peter M./Flohr, Martin (2007): Regionalwirtschaftliche Wirkungen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Phase II: Effekte wissenschaftlicher Einrichtungen auf Humankapital, Gründungen, Wissens- und Technologietransfer sowie Wachstum und Innovation (Leistungsabgabe); Kurzfassung, Trier, auch unter http://vwl-makro.wiwi.uni-kl.de/fileadmin/homepage/Veroeffentlichungen/Forschungsberichte/Uniregio_phase_II_kurz.pdf (5.12.2011).
- Spiess, C. Katharina/Katharina Wrohlich (2008): Does Distance Determine Who Attends a University in Germany?, Bonn, URL <http://ftp.iza.org/dp3615.pdf> (12.4.2010).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (2010): 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, URL <http://www.destatis.de/laenderpyramiden/> (3.6.2010).
- Steinbrecher, Johannes/Christian Thater/Marcel Thum (2009): Langfristige Prognose der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025. Endbericht. Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen. Unter Mitarbeit von Oskar Krohmer, Institut für Wirtschaftsforschung Niederlassung Dresden, Dresden.
- Sternberg, Rolf/Litzenberger, Timo (2004): Regional clusters in Germany – their geography and their relevance for entrepreneurial activities, in: European Planning Studies 12, S. 767-791.
- Tivig, Thusnelda/Pascal Hetze (Hg.) (2007): Deutschland im demografischen Wandel, Rostocker Zentrum zur Erforschung des demografischen Wandels, Rostock.
- Van Deuverden, Kistina (2010): Auch nach 20 Jahren: Steuereinnahmen in den Neuen Ländern schwach, in: Wirtschaft im Wandel 2/2010, S. 91-104.

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Institut

Das Institut für Hochschulforschung (HoF) wurde 1996 gegründet. Es knüpfte an die Vorgängereinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ an, die seit 1991 die ostdeutsche Hochschultransformation begleitet hatte.

Als An-Institut ist HoF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert und dort am Master-Studiengang Soziologie beteiligt. Am HoF arbeiten derzeit 40 Wissenschaftler/innen, unterstützt vom Fachinformationsservice, drei Verwaltungsangestellten und zahlreichen studentischen MitarbeiterInnen.

Programm

Das HoF-Tätigkeitsprofil wird durch sechs Aspekte bestimmt:

- Hochschulforschung ist keine Disziplin, sondern ein Forschungsfeld. Dieses wird mit öffentlichen Mitteln unterhalten, weil ein Handlungsfeld – das Hochschulwesen – aktiv zu gestalten ist: Um die Rationalität der entsprechenden Entscheidungsprozesse zu steigern, wird handlungsrelevantes Wissen benötigt. In diesem Sinne ist HoF bewusst im Feld zwischen Forschung und Beratung tätig. Dabei setzt die Beratung Forschung voraus – nicht umgekehrt.
- Das Hochschulsystem bildet einerseits den Adapter zwischen Bildungs- und Wissenschaftssystem. Andererseits trägt es zur Kopplung von kultureller und ökonomischer Reproduktion der Gesellschaft bei. Mithin ist die Integration von vier Systemlogiken zu bewerkstelligen: gesellschaftlich unterstützte individuelle Selbstermächtigung (Bildung), wissensgeleitete Erzeugung von Deutungen, Erklärungen und daraus konstruierten Handlungsoptionen (Wissenschaft), sinngebundene Orientierung (Kultur) sowie ressourcengebundene Bedürfnisbefriedigung (Ökonomie). Die Hochschulforschung muss dies systematisch abbilden.
- Daher ist Hochschulforschung ein fortwährendes interdisziplinäres Kopplungsmanöver. Sie empfängt ihre wesentlichen methodischen und theoretischen Anregungen aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft. Systematisch ist sie zwischen den z.T. inhaltlich überlappenden Forschungsfeldern Bildungs- und Wissenschaftsforschung angesiedelt. Schnittstellen weist sie insbesondere zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu vergleichbar interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Schul- sowie der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Die Interdisziplinarität der Hochschulforschung macht eigene Nachwuchsentwicklung nötig. HoF stellt sich dieser Aufgabe, indem es Promotionsprojekte unterstützt. Alle Promovierenden am Institut sind zugleich in die Bearbeitung von Forschungsprojekten einbezogen, um auf diese Weise einen sukzessiven Einstieg in Methoden, theoretische Ansätze und Themen des Forschungsfeldes zu erlangen.
- HoF ist das einzige Institut, welches in den ostdeutschen Bundesländern systematisch Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge. Seit 2006 sind diese in das Zentralthema „Raumbezüge von Hochschulentwicklung im demografischen Wandel“ eingeordnet.
- HoF kooperiert eng mit dem WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg. Beide Einrichtungen sind durch

Kooperationsvertrag, gemeinsame Leitung und Projekte miteinander verbunden.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Das Institut bearbeitet alle wesentlichen Themen der aktuellen Hochschulentwicklung:

- Im Zentrum stehen seit 2006 Untersuchungen zu Raumbezügen der Hochschulentwicklung im demografischen Wandel.
- Ebenso bearbeitet HoF Fragen der Hochschulorganisation und -governance, Qualitätsentwicklung an Hochschulen, des akademischen Personals, der Gleichstellung, der Hochschulbildung, Studienreform und Nachwuchsförderung sowie zu Forschung an Hochschulen. Damit wird nahezu komplett das Spektrum der Hochschulentwicklung und -forschung abgedeckt.
- Daneben ist HoF die einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen, die kontinuierlich auch zeithistorische Themen bearbeitet.

Publikationen

HoF publiziert die Zeitschrift *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung*, gibt bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig die Reihe *Hochschulforschung Halle-Wittenberg* heraus. Forschungsreports werden in den *HoF-Arbeitsberichten* veröffentlicht. Ferner informiert der Print-Newsletter *HoF-Berichtstatter* zweimal im Jahr über die Arbeit am HoF. Quartalsweise wird der elektronische *Newsletter des Instituts für Hochschulforschung (HoF)* verschickt. Ein Großteil der Publikationen steht auf der Website des Instituts zum Download zur Verfügung (<http://www.hof.uni-halle.de>).

Wissenschaftsinformation

HoF verfügt über einen Fachinformationsservice mit Spezialbibliothek und Informations- und Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung ([ids hochschule](http://ids.hochschule.de)):

- Die Bibliothek verfügt über ca. 50.000 Bände und etwa 180 Zeitschriften. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.
- „ids hochschule“ macht – unter Beteiligung zahlreicher Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen und Fachinformationseinrichtungen – Forschungsergebnisse zur Hochschulentwicklung zugänglich (<http://ids.hof.uni-halle.de>).

Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg stand im Zusammenhang mit der Neubelebung des historischen Universitätsstandorts. 1502 war die Wittenberger Universität „Leucorea“, gegründet worden. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 der Standort durch die Vereinigung mit der Universität in Halle aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Stiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF weitere fünf wissenschaftliche Einrichtungen.

Bislang erschienene HoF-Arbeitsberichte

- 5'12 Romy Höhne / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000-2010). Erträge einer Meta-Analyse*, 91 S.
- 4'12 Peer Pasternack (Hg.): *Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)*, 135 S.
- 3'12 Karsten König / Gesa Koglin / Jens Preische / Gunter Quaißer: *Transfer steuern – Eine Analyse wissenschaftspolitischer Instrumente in sechzehn Bundesländern*, 107 S.
- 2'12 Johannes Keil / Peer Pasternack / Nurdin Thielemann: *Männer und Frauen in der Frühpädagogik. Genderbezogene Bestandsaufnahme*, 50 S.
- 1'12 Steffen Zierold: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, 63 S.
- 7'11 Peer Pasternack / Henning Schulze: *Wissenschaftliche Wissenschaftspolitikberatung. Fallstudie Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR)*, 64 S.
- 6'11 Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Wandel der Hochschulbildung in Deutschland und Professionalisierung*, 64 S.
- 5'11 Peer Pasternack: *HoF-Report 2006 – 2010. Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg*, 90 S.
- 4'11 Anja Franz / Monique Lathan / Robert Schuster: *Skalenhandbuch für Untersuchungen der Lehrpraxis und der Lehrbedingungen an deutschen Hochschulen. Dokumentation des Erhebungsinstrumentes*, 79 S.
- 3'11 Anja Franz / Claudia Kieslich / Robert Schuster / Doreen Trümpler: *Entwicklung der universitären Personalstruktur im Kontext der Föderalismusreform*, 81 S.
- 2'11 Johannes Keil / Peer Pasternack: *Frühpädagogisch kompetent. Kompetenzorientierung in Qualifikationsrahmen und Ausbildungsprogrammen der Frühpädagogik*, 139 S.
- 1'11 Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Deutungskompetenz in der Selbstanwendung. Der Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte*, 225 S. ISBN 978-3-937573-24-3.
- 4'10 Peer Pasternack: *Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht*, 79 S. ISBN 978-3-937573-23-6.
- 3'10 Irene Lischka / Annika Rathmann / Robert D. Reisz: *Studierendenmobilität – ost- und westdeutsche Bundesländer. Studie im Rahmen des Projekts „Föderalismus und Hochschulen*, 69 S.
- 2'10 Peer Pasternack / Henning Schulze: *Die frühpädagogische Ausbildungslandschaft. Strukturen, Qualifikationsrahmen und Curricula. Gutachten für die Robert Bosch Stiftung*, 76 S.
- 1'10 Martin Winter / Yvonne Anger: *Studiengänge vor und nach der Bologna-Reform. Vergleich von Studienangebot und Studiencurricula in den Fächern Chemie, Maschinenbau und Soziologie*, 310 S.
- 5'09 Robert Schuster: *Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens*, 70 S.
- 4'09 Manfred Stock unter Mitarbeit von Robert D. Reisz und Karsten König: *Politische Steuerung und Hochschulentwicklung unter föderalen Bedingungen. Stand der Forschung und theoretisch-methodologische Vorüberlegungen für eine empirische Untersuchung*, 41 S.
- 3'09 Enrique Fernández Darraz / Gero Lenhardt / Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Private Hochschulen in Chile, Deutschland, Rumänien und den USA – Struktur und Entwicklung*, 116 S.
- 2'09 Viola Herrmann / Martin Winter: *Studienwahl Ost. Befragung von westdeutschen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen*, 44 S.
- 1'09 Martin Winter: *Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland*, 91 S.
- 5'08 Karsten König / Peer Pasternack: *elementar + professionell. Die Akademisierung der elementarpädagogischen Ausbildung in Deutschland. Mit einer Fallstudie: Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin*, 159 S.
- 4'08 Peer Pasternack / Roland Bloch / Daniel Hechler / Henning Schulze: *Fachkräfte bilden und binden. Lehre und Studium im Kontakt zur beruflichen Praxis in den ostdeutschen Ländern*, 137 S.
- 3'08 Teresa Falkenhagen: *Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 123 S.
- 2'08 Heike Kahlert / Anke Burkhardt / Ramona Myrre: *Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven*, 120 S.
- 1'08 Peer Pasternack / Ursula Rabe-Kleberg: *Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme*, 81 S.
- 4'07 Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn. Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt*, 46 S.
- 3'07 Michael Hölscher / Peer Pasternack: *Internes Qualitätsmanagement im österreichischen Fachhochschulsektor*, 188 S.
- 2'07 Martin Winter: *PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerausbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts*, 58 S.
- 1'07 Karsten König: *Kooperation wagen. 10 Jahre Hochschulsteuerung durch vertragsförmige Vereinbarungen*, 116 S.

- 6'06 Roland Bloch: *Wissenschaftliche Weiterbildung im neuen Studiensystem – Chancen und Anforderungen. Eine explorative Studie und Bestandsaufnahme*, 64 S.
- 5'06 Rene Krempkow / Karsten König / Lea Ellwardt: *Studienqualität und Studienerfolg an sächsischen Hochschulen. Dokumentation zum „Hochschul-TÜV“ der Sächsischen Zeitung 2006*, 79 S.
- 4'06 Andrea Scheuring / Anke Burkhardt: *Schullaufbahn und Geschlecht. Beschäftigungssituation und Karriereverlauf an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht*, 93 S.
- 3'06 Irene Lischka: *Entwicklung der Studierwilligkeit*, 116 S.
- 2'06 Irene Lischka unter Mitarbeit von Reinhard Kreckel: *Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt. Prognosen und Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt*, 52 S.
- 1'06 Anke Burkhardt / Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *HoF Wittenberg 2001 – 2005. Ergebnisreport des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 107 S.
- 7'05 Peer Pasternack / Axel Müller: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“-Prozess*, 156 S.
- 6'05 Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Frauenkarrieren und –barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext*, 156 S., ISBN 3-937573-06-2, € 10,00.
- 5'05 Jens Hüttmann / Peer Pasternack: *Studiengebühren nach dem Urteil*, 67 S.
- 4'05 Klaudia Erhardt (Hrsg.): *ids hochschule. Fachinformation für Hochschulforschung und Hochschulpraxis*, 71 S.
- 3'05 Juliana Körnert / Arne Schildberg / Manfred Stock: *Hochschulentwicklung in Europa 1950-2000. Ein Datenkompendium*, 166 S., ISBN 3-937573-05-4, € 15,-.
- 2'05 Peer Pasternack: *Wissenschaft und Hochschule in Osteuropa: Geschichte und Transformation. Bibliografische Dokumentation 1990-2005*, 132 S., ISBN 3-937573-04-6, € 15,-.
- 1b'05 Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Fachhochschule Merseburg*, 51 S.
- 1a'05 Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Harz*, 51 S.
- 6'04 Dirk Lewin / Irene Lischka: *Passfähigkeit beim Hochschulzugang als Voraussetzung für Qualität und Effizienz von Hochschulbildung*, 106 S.
- 5'04 Peer Pasternack: *Qualitätsorientierung an Hochschulen. Verfahren und Instrumente*, 138 S., ISBN 3-937573-01-1, € 10,00.
- 4'04 Jens Hüttmann: *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. Unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 100 S.
- 3'04 Martin Winter: *Ausbildung zum Lehrberuf. Zur Diskussion über bestehende und neue Konzepte der Lehrerbildung für Gymnasium bzw. Sekundarstufe II*, 60 S.
- 2'04 Roland Bloch / Peer Pasternack: *Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse*, 124 S.
- 1'04 Christine Teichmann: *Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland. Ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung*, 40 S.
- 5'03 Hansgünter Meyer (Hg.): *Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003*, 79 S.
- 4'03 Roland Bloch / Jens Hüttmann: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.
- 3'03 Irene Lischka: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S., ISBN 3-9806701-8-X, € 10,-.
- 2'03 Robert D. Reisz: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.
- 1'03 Robert D. Reisz: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.
- 5'02 Christine Teichmann: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.
- 4'02 Hans Rainer Friedrich: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S. ISBN 3-9806701-6-3.
- 3'02 Irene Lischka: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.
- 2'02 Reinhard Kreckel / Dirk Lewin: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.
- 1'02 Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.
- 5'01 Peer Pasternack: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und

- Katja Schulze, 131 S., ISBN 3-9806 701-5-5, € 5,-.
- 4'01 Christine Teichmann: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.
- 3'01 Heidrun Jahn: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.
- 2'01 Jan-Hendrik Olbertz / Hans-Uwe Otto (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven*, 127 S., ISBN 3-9806701-4-7, € 5,-.
- 1'01 Peer Pasternack: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.
- 5'00 Irene Lischka: *Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.
- 4'00 Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt / HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg*, 83 S., ISBN 3-9806701-3-9, € 7,50.
- 3'00 Dirk Lewin: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.
- 2'00 Anke Burkhardt: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S., ISBN 3-9806701-2-0, € 12,50.
- 1'00 Heidrun Jahn: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.
- 7'99 Bettina Alesi: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990 – 1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation*. In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S., ISBN 3-9806701-1-2, € 7,50.
- 6'99 Heidrun Jahn / Reinhard Kreckel: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.
- 5'99 Irene Lischka: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.
- 4'99 Heidrun Jahn: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, 35 S.
- 3'99 Dirk Lewin: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, 61 S.
- 2'99 Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, € 12,50.
- 1'99 Gertraude Buck-Bechler: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.
- 5'98 Irene Lischka: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.
- 4'98 Peer Pasternack: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.
- 3'98 Heidrun Jahn: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.
- 2'98 Dirk Lewin: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.
- 1'98 Heidrun Jahn: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.
- 5'97 Anke Burkhardt: *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.
- 4'97 Irene Lischka: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.
- 3'97 Gertraude Buck-Bechler: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.
- 2'97 Irene Lischka: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.
- 1'97 Heidrun Jahn: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, 22 S.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von Peer Pasternack
Redaktion: Daniel Hechler

Themenhefte:

Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg 2011* (2012, 329 S., € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung* (2012, 99 S.; € 17,50)

Karsten König / Rico Rokitte (Hg.): *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 209 S.; € 17,50)

Edith Braun / Katharina Kloke / Christian Schneijderberg (Hg.): *Disziplinäre Zugänge zur Hochschulforschung* (2011, 211 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulföderalismus* (2011, 217 S.; € 17,50)

Carsten Würmann / Karin Zimmermann (Hg.): *Hochschulkapazitäten – historisch, juristisch, praktisch* (2010, 216 S.; € 17,50)

Georg Krücken / Gerd Grözinger (Hg.): *Innovation und Kreativität an Hochschulen* (2010, 211 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Zwischen Intervention und Eigensinn. Sonderaspekte der Bologna-Reform* (2009, 215 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen in kritischen Kontexten. Forschung und Lehre in den ostdeutschen Regionen* (2009, 203 S.; € 17,50)

Robert D. Reisz / Manfred Stock (Hg.): *Private Hochschulen – Private Higher Education* (2008, 166 S.; € 17,50)

Martin Winter: *Reform des Studiensystems. Analysen zum Bologna-Prozess* (2007, 218 S.; € 17,50)

Peer Pasternack: *Forschungslandkarte Ostdeutschland*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler (Sonderband 2007, 299 S., € 17,50)

Reinhard Kreckel / Peer Pasternack (Hg.): *10 Jahre HoF* (2007, 197 S., € 17,50)

Karsten König (Hg.): *Verwandlung durch Verhandlung? Kontraktsteuerung im Hochschulsektor* (2006, 201 S.; € 17,50)

Georg Krücken (Hg.): *Universitäre Forschung im Wandel* (2006, 224 S.; € 17,50)

Konjunkturen und Krisen. Das Studium der Natur- und Technikwissenschaften in Europa (2005, 246 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Konditionen des Studierens* (2004, 244 S.; € 17,50)

Martin Winter (Hg.): *Gestaltung von Hochschulorganisation. Über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, Hochschulen zu steuern* (2004, 254 S.; € 17,50)

Anke Burkhardt / Uta Schlegel (Hg.): *Warten auf Gender Mainstreaming. Gleichstellungspolitik im Hochschulbereich* (2003, 282 S.; € 17,50)

Barbara M. Kehm (Hg.): *Grenzüberschreitungen. Internationalisierung im Hochschulbereich* (2003, 268 S.; € 17,50)

Peer Pasternack / Martin Winter (Hg.): *Szenarien der Hochschulentwicklung* (2002, 236 S.; € 17,50)

Bestellungen unter: institut@hof.uni-halle.de – <http://www.die-hochschule.de>

Schriftenreihen „Wittenberger Hochschulforschung“ / „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen nach der Föderalismusreform*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 368 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 547 S.

Eva Bosbach: *Von Bologna nach Boston? Perspektiven und Reformansätze in der Doktorandenausbildung anhand eines Vergleichs zwischen Deutschland und den USA*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 182 S.

Roland Bloch: *Flexible Studierende? Studienreform und studentische Praxis*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 336 S.

Reinhard Kreckel (Hg.): *Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 400 S.

Anke Burkhardt (Hg.): *Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Fördersystem in Deutschland*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 691 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2007, 471 S.

Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in den USA (1950-2000)*, Lemmens Verlag, Bonn 2007, 148 S.

Peer Pasternack: *Qualität als Hochschulpolitik? Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes*, Lemmens Verlag, Bonn 2006, 558 S.

Anke Burkhardt / Karsten König (Hg.): *Zweckbündnis statt Zwangsehe: Gender Mainstreaming und Hochschulreform*, Lemmens Verlag, Bonn 2005, 264 S.

Reinhard Kreckel: *Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung*, Lemmens Verlag, Bonn 2004, 203 S.

Irene Lischka / Andrä Wolter (Hg.): *Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 302 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack / Reinhard Kreckel (Hg.): *Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 341 S.

Barbara M. Kehm / Peer Pasternack: *Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 254 S.

Peer Pasternack (Hg.): *DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 315 S.

Peter Altmiks (Hg.): *Gleichstellung im Spannungsfeld der Hochschulfinanzierung*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2000, 107 S.

Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 567 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack (Hg.): *Profilbildung – Standards – Selbststeuerung. Ein Dialog zwischen Hochschulforschung und Reformpraxis*, hrsg. unt. Mitarb. v. Gertraude Buck-Bechler und Heidrun Jahn, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 291 S.

Peer Pasternack: *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 427 S.

Heidrun Jahn / Jan-Hendrik Olbertz (Hg.): *Neue Stufen – alte Hürden? Flexible Hochschulabschlüsse in der Studienreformdebatte*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998, 120 S.

Weitere Veröffentlichungen aus dem Institut für Hochschulforschung (HoF)

Klaus Friedrich / Peer Pasternack (Hg.): *Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe. Fallstudien der Expertenplattform „Demographischer Wandel“ beim Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt*, Universitätsverlag Halle, Halle (Saale) 2012, 312 S.

Peer Pasternack: *Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts* (Der Hallesche Graureiher 2/12), Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2012, 112 S.

Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: *Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt* (WZW-Arbeitsberichte 2/2011), WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt* (WZW-Arbeitsberichte 1/2011), unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel und Martin

Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 107 S.

Johannes Keil / Peer Pasternack: *Qualifikationsprofile in Arbeitsfeldern der Pädagogik der Kindheit. Ausbildungswege im Überblick*, unt. Mitarb. v. Yvonne Anders, Andrea Binder, Hans Gängler, Klaus Fröhlich-Gildhoff, Anne Levin, Manfred Müller-Neuendorf, Iris Nentwig-Gesemann, Monika Pfaller-Rott, Volker Pud-zich, Simone Stelzmüller u. Mathias Tuffentsammer, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2011, 114 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack (Red.): *Zukunftsgestaltung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungsoptionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“*, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 68 S.

Enrique Fernández Darráz / Gero Lenhardt / Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit. Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft*, Transcript Verlag, Bielefeld 2010, 200 S.

Yvonne Anger / Oliver Gebhardt / Karsten König / Peer Pasternack: *Das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) im Schnittpunkt von Anspruchsgruppen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit*, WZW/HoF, Wittenberg 2010, 111 S.

Peer Pasternack / Carsten von Wissel: *Programmatische Konzepte der Hochschulentwicklung in Deutschland seit 1945*, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2009, 83 S. URL http://www.boeckler.de/pdf/p_arb_p_204.pdf.

Daniel Hechler / Jens Hüttmann / Ulrich Mählert / Peer Pasternack (Hg.): *Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Handbuch*, Metropolis Verlag, Berlin 2009, 292 S.

Nicolai Genov / Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag*, Edition Sigma, Berlin 2007, 334 S.

Peer Pasternack: *Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005*, CD-ROM-Edition, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/Institut für Hochschulforschung, Berlin/Wittenberg 2006.

Manfred Stock: *Arbeiter, Unternehmer, Professioneller. Eine theorievergleichende Analyse zur sozialen Konstruktion von Beschäftigung in der Moderne*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, 398 S.

Peer Pasternack / Roland Bloch / Claudius Gellert / Michael Hölscher / Reinhard Kreckel / Dirk Lewin / Irene Lischka / Arne Schildberg: *Die Trends der Hochschulbildung und ihre Konsequenzen. Wissenschaftlicher Bericht für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Republik Österreich*, bm:bwk, Wien 2005, 227 S.

Peer Pasternack / Arne Schildberg / Ursula Rabe-Kleberg / Kathrin Bock-Famulla / Franziska Larrá: *Entwicklungspotenziale institutioneller Angebote im Elementarbereich*, Verlag Deutsches Jugendinstitut, München 2005,

Peer Pasternack / Falk Bretschneider: *Handwörterbuch der Hochschulreform*, UniversitätsVerlag Weblar, Bielefeld 2005, 221 S.

Barbara M. Kehm (Hg.): *Mit SOKRATES II zum Europa des Wissens. Ergebnisse der Evaluation des Programms in Deutschland*, Wissenschaftliches Zentrum für Berufs- und Hochschulforschung der Universität Kassel & HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Kassel/Wittenberg 2005, 404 S.

Peer Pasternack: *Politik als Besuch. Ein wissenschaftspolitischer Feldreport aus Berlin*, UniversitätsVerlag Weblar, Bielefeld 2005, 253 S.

Manfred Stock / Helmut Köhler: *Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989*, Leske + Budrich, Opladen 2004, 153 S.

Jens Hüttmann / Peer Pasternack / Ulrich Mählert (Hg.): *DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung*, Metropolis-Verlag, Berlin 2004, 310 S.

Jens Hüttmann / Peer Pasternack (Hg.): *Wissensspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945*, Drei-Kastanien-Verlag, Wittenberg 2004, 414 S.

Peer Pasternack: *177 Jahre. Zwischen Universitäts-schließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994*, Stiftung Leucorea an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2002, 122 S.

Martin Winter / Thomas Reil (Hg.): *Qualitätssicherung an Hochschulen. Theorie und Praxis*, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2002, 192 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Flexibilisierung der Hochschulhaushalte. Handbuch*, Schüren Verlag, Marburg 2001, 336 S.

Peer Pasternack / Thomas Neie (Hg.): *stud. ost 1989–1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2000, 464 S.

Peer Pasternack / Monika Gibas (Hg.): *Sozialistisch behaust & bekunet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999, 246 S.

Barbara M. Kehm: *Higher Education in Germany. Developments Problems, Future Perspectives*. CEPES, Bucarest 1999, 145 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97*, Leipzig 1998, 234 S.